

Rundbrief 1-2023



DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Brief der Geschäftsführerin

Veranstaltungen und andere Aktivitäten

- 4 Geschäftsstelle
- 5 Junge DGO
- 8 Zweigstellen

Publikationen

- 12 Zeitschrift OSTEUROPA
- 17 Zeitschrift OSTEUROPA-Recht
- 18 Osterweiterung – der DGO Podcast
- 20 Länder-Analysen

Mitglieder

- 24 Protokoll der Mitgliederversammlung
- 28 Neuer Vorstand nimmt die Arbeit auf
- 30 Klaus-Mehnert-Preis
- 32 Karin-Wolff-Preis
- 34 Veröffentlichungen
- 35 Personalien
- 37 Junge DGO
- 38 Ostopie

Aktuelles aus der Osteuropaforschung

- 40 Personalien
- 41 Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) zur geplanten Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes im Hinblick auf die Area Studies
- 44 „Einfach nur die Höchstbefristungsdauer weiter zu verkürzen, wird keines der Probleme lösen“ Interview mit Sven Jaros zu den Auswirkungen des WissZeitVG

Veranstaltungsberichte

- 46 Propagandaschlacht um die Ukraine
- 48 Leben und Sterben im Krieg. Eröffnung der Ausstellung „Die Gesichter des Krieges“
- 50 Krieg und Friedensethik. Begriffe, Positionen, Kontroversen
- 53 The Crimean Tatars. National Self-Assertion in Times of War (Café Kyiv)
- 55 Forum für historische Belarus-Forschung. Krieg und Gewalt: Aufarbeitungen in der belarusischen Literatur
- 58 The Istanbul Convention in Central and Eastern Europe. Presentation of the Special Issue of OSTEUROPA-Recht
- 60 With[out] Russia. Impacts of the War against Ukraine on the International and European Order
- 64 Flucht und Exil im östlichen Europa. Macht und Ohnmacht
- 70 Energiewende, Nachhaltigkeit und inklusive Entwicklung in Zentralasien

Impressum

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder,

der russische Krieg gegen die Ukraine macht nicht an den Grenzen beider Länder Halt. Flucht und Exil prägen inzwischen das Leben vieler Menschen, die direkt durch die militärischen Angriffe in der Ukraine oder indirekt durch die zunehmenden Repressionen in Russland und Belarus von dem Krieg betroffen sind. Diese Veränderungen beeinflussen auch die Politik, Wirtschaft und Gesellschaften der europäischen Aufnahmestaaten. Die diesjährige Jahrestagung der DGO in Berlin thematisierte diese innen- und außenpolitischen Dimensionen der Fluchtbewegung, behandelte politische Handlungsspielräume aus dem Exil und unterstrich insbesondere die Möglichkeiten und Grenzen eines transnationalen zivilgesellschaftlichen Dialogs im Exil. Auch in weiteren Diskussionen, Filmpräsentationen und Ausstellungen der DGO, der Zweigstellen und der Jungen DGO standen der Krieg und seine Folgen in den letzten Monaten im Fokus. Darüber hinaus standen Themen wie die Energiewende in Zentralasien oder der Umgang ostmittel- und osteuropäischer Staaten mit der Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen im Mittelpunkt unserer Veranstaltungen. Die Zeitschrift OSTEUROPA beleuchtete mit dem Themenheft „Diorama“ weitere Konfliktschauplätze im östlichen Europa: von den zunehmend spannungsgeladenen deutsch-polnischen Beziehungen bis zu dem militärischen Konflikt um die armenische Enklave Bergkarabach in Aserbaidschan.

Als Wissenschaftsorganisation beteiligt sich die DGO auf vielfältige Weise an der Diskussion über die Auswirkungen der politischen Situation im östlichen Europa auf die Forschung zu der Region. Die Entwicklung der Ukraine-Studien in Deutschland war Thema einer Debatte auf der diesjährigen Mitgliederversammlung. Ein Themenheft der Zeitschrift OSTEUROPA-Recht analysierte die Auswirkungen des russischen Krieges gegen die Ukraine auf die Rechtsforschung in und über das östliche Europa. Und einige Beiträge in den von der DGO mit herausgegebenen Länder-Analysen erörterten die Wissenschaft in Krisenzeiten. Darüber hinaus beteiligt sich die DGO weiterhin an allgemeinen wissenschaftspolitischen Debatten. So erarbeiteten einige Mitglieder des Vorstands und der Jungen DGO



Gabriele Freitag
Geschäftsführerin
DGO

einen Kommentar zu den Auswirkungen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes auf die Karrierechancen junger Wissenschaftler*innen und nahmen dabei die spezifischen Anforderungen der Area Studies genauer in den Blick. Den Text finden Sie ebenso wie Veranstaltungsberichte und eine Übersicht über unsere Publikationen auf den folgenden Seiten.

Neben dem Klaus-Mehnert-Preis für junge Wissenschaftler*innen konnte die DGO in diesem Jahr erstmals den Karin-Wolff-Essaypreis verleihen. Informationen über die beiden Preisträgerinnen erhalten Sie ebenfalls im vorliegenden Rundbrief. Außerdem informieren wir Sie über die internen Entwicklungen in der DGO. Wir stellen Ihnen die neuen Mitglieder des Vorstands, die Leiterinnen unserer neuen Zweigstelle Heidelberg und die neuen Sprecherinnen der Jungen DGO vor. Und Sie erfahren, wer im ersten Halbjahr neu in die DGO eingetreten ist. In den letzten fünf Jahren ist die Zahl unserer Mitglieder kontinuierlich gewachsen. Das ist erfreulich und zeigt, wie wichtig gerade in Krisenzeiten eine lebendige Verbandsarbeit ist. Allen, die sich aktiv in der DGO engagieren, danken wir ebenso wie unseren vielen Partnerorganisationen für die Zusammenarbeit!

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihre



Veranstaltungen

Geschäftsstelle: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Kooperationspartner
5. Februar, Berlin	Filmpräsentation / Podiumsdiskussion Propagandaschlacht um die Ukraine	berlin producers media GmbH, WDR, arte, Hessischer Rundfunk, Deutsche Welle
5. Februar, Berlin	Lesung / Gespräch Zekamerone. Geschichten aus dem Gefängnis	Maxim Gorki Theater, Suhrkamp Verlag
22. Februar–5. April, Berlin	Fotoausstellung / Veranstaltungsreihe Die Gesichter des Krieges. Ausstellung mit Bildern des ukrainischen Fotografen Mstyslav Chernov	Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche, Bundeszentrale für politische Bildung, Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge
22. Februar, Berlin	Fotoausstellung / Begleitprogramm Vernissage: Die Gesichter des Krieges / Gespräch: Leben und Sterben im Krieg	Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche, Bundeszentrale für politische Bildung, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge
27. Februar, Berlin	Event The Crimean Tatars: National Self-Assertion in Times of War / Cafe Kyiv – Wir wählen die Freiheit!	Konrad-Adenauer-Stiftung
2. März, online	Podiumsdiskussion The Istanbul Convention in Central and Eastern Europe Presentation of the Special Issue of OSTEUROPA-Recht	OSTEUROPA-Recht
	Aufzeichnung: https://tinyurl.com/The-Istanbul	
22. März, Berlin	Fotoausstellung / Begleitprogramm Die Gesichter des Krieges / Gespräch: Krieg und Friedensethik Begriffe, Positionen, Kontroversen	Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche, Bundeszentrale für politische Bildung, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge
22. März, online	Fachgespräch Ein Jahr Krieg gegen die Ukraine. Was sind die rechtlichen Folgen?	Fachgruppe Recht
	Aufzeichnung: https://tinyurl.com/Ein-Jahr-Krieg-gegen	
31. März, Prag, hybrid	Podiumsdiskussion With[out] Russia. Impacts of the War against Ukraine on the International and European Order	Deutsche Botschaft Prag, Charles University of Prague
	Aufzeichnung: https://tinyurl.com/Without-Russia	

Datum / Ort	Titel	Kooperationspartner
15.–16. Juni, Berlin	Jahrestagung Flucht und Exil im östlichen Europa. Macht und Ohnmacht	Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung
	Aufzeichnung der Eröffnung: https://tinyurl.com/Flucht-und-Exil	
20. Juni, Berlin	Konferenz Energiewende, Nachhaltigkeit und inklusive Entwicklung in Zentralasien	SPCE Hub, ISoGBW, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)
29. Juni–1. Juli, Regensburg	Tagung 30. Tagung Junger Osteuropa-Expert*innen (JOE) / 30th Conference of junior scholars in the field of East European studies	Junge DGO, Forschungsstelle Osteuropa (FSO) an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien, Institut für Ostrecht
	Veranstaltungsreihe FORUM FÜR HISTORISCHE BELARUS-FORSCHUNG	Forum für historische Belarus-Forschung
28. Februar, online	Podiumsdiskussion Krieg und Gewalt. Aufarbeitungen in der belarusischen Literatur	Universität Potsdam
	Aufzeichnung: https://tinyurl.com/Krieg-und-Gewalt	
26. Juni, online	Podiumsdiskussion The Role of Intellectuals in the Processes of Society Transformation in Belarus	
	Aufzeichnung: https://tinyurl.com/Role-of-Intellectuals	

Junge DGO: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
13.–14. Januar, München	Aktiventreffen Junge DGO	
6. Februar, online	Podiumsdiskussion #nachgehakt: Präsidentschaftswahlen in Tschechien	Martina Winkler (Kiel) Sebastian Lambertz (Berlin)
1. März, online	Young Research Forum Moving memories – memory on the move? Erinnerungsinitiativen von Displaced Persons 1946/47 in Oberösterreich und Bayern. Die Beispiele Ebensee und Flossenbürg	Sarah Grandke (Hamburg)
29. März, online	Young Research Forum Ost, Post-Ost und danach Ethnienübergreifende Identitätskonstrukte in Deutschland und Tschechien	Anastasiia Marsheva (Gießen)

Regionalgruppen der Jungen DGO: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
Berlin / Brandenburg		
21. Februar, Berlin	Lesung & Diskussion Tanya Pyankova "The Age of Red Ants" (PANDA platforma)	Tanya Pyankova (Ivano-Frankivsk)
Bremen		
5. Oktober 2022–8. Jan 2023, Dresden	Fotoausstellung Chernobyl Memory Tour. Fotoausstellung als Fens-terausstellung in Kooperation mit „Weiterdenken“ Heinrich-Böll Stiftung Sachsen Bilder von Susanne Schattenberg (Bremen) und Michael Rochlitz (Bremen)	Gerold Wefer (Bremen) Caroline Finkeldey (Bremen) Mareike zum Felde (Bremen)
29. Januar, Bremen	Podiumsdiskussion Ostpie #2: Was ist „Osteuropa“? Heinrich-Böll-Stiftung Bremen, Theater Bremen	Elisa Satjukow (Leipzig)
21. Februar, Bremen	Podiumsdiskussion Ostpie #3: Fight for your rights! Feminismen als Antrieb des Protests Heinrich-Böll-Stiftung Bremen, Theater Bremen	Tetiana Goncharuk (Kyiv) Masha Rubina (Razam) Rebekka Pflug (Wien)
21. April, Bremen	Science Slam Ostpie #5 Science Slam - vorbereitender Workshop für die Slammer*innen	
22. April, Bremen	Workshop Ostpie #4: Workshop „Was ist Antislawismus?“ Heinrich Böll-Stiftung Bremen, Theater Bremen	Sergej Prokopkin (Berlin)
15. Mai, Bremen	Science Slam Ostpie #5: Science Slam – Eine Bühne für die Osteuropaforschung Heinrich Böll-Stiftung Bremen, Theater Bremen	Daniel Gebler (Oldenburg) Nina Krienke (Bremen) Phillip Schroeder (Düsseldorf) Katsiaryna Yashchuk (Halle-Wittenberg)
30. Juni, Bremen	Pubquiz Ostpie #6: Pubquiz: Was können wir von Osteuropa lernen? Heinrich Böll-Stiftung Bremen, Theater Bremen	In Kooperation mit der Regionalgruppe Leipzig
Leipzig		
6.–7. Juni, Halle	Workshop Forschen in Zeiten multipler Krisen. Rechercheperspektiven für die Osteuropaforschung	Lisa Füchte (Leipzig) Corinne Geering (Leipzig) Sven Jaros (Halle) Anne Kluger (Münster) Laura Krebs (Halle) Elisa Satjukow (Leipzig) Marie Schwarz (Halle)

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
5. Oktober 2022–8. Jan 2023, Dresden	Fotoausstellung Chernobyl Memory Tour. Fotoausstellung als Fens-terausstellung in Kooperation mit „Weiterdenken“ Heinrich-Böll Stiftung Sachsen Bilder von Susanne Schattenberg (Bremen) und Michael Rochlitz (Bremen)	Gerold Wefer (Bremen) Caroline Finkeldey (Bremen) Mareike zum Felde (Bremen)
18. April, Halle	Filmvorführung Nic dwa razy / Nichts zweimal - Literatur und Film im Dialog Im Rahmen der polnischen Filmreihe des Alexander-Brückner-Zentrums Halle und der Regionalgruppe Leipzig der Jungen DGO im Sommersemester 2023	Sven Jaros (Halle) Gabriela Lehmann-Carli (Halle) Rainer Mende (Leipzig)
13. Juli, Leipzig	Workshop Workshop zum Publizieren in wissenschaftlichen Journals und im Bereich des Wissenschaftstransfers mit Bezug zum östlichen Europa Leibniz-WissenschaftsCampus EEGA	Katharina Kucher (Regensburg) Fabian Burkhardt (Regensburg)
München		
4. März, München	Netzwerktreffen „Munich stands with Ukraine“ – Zivilgesellschaftliches Vernetzungstreffen	
26. April, München	Podiumsdiskussion Natürliche Grenzen? Periphere Landschaften des östlichen Europas in Diskurs, Wirtschaft und Gesellschaft. Podiumsdiskussion mit Pavla Šimková und Laura Kuen	Pavla Šimková (München) Laura Kuen (Prag)
20. Juni, München	Lesung und Gespräch „Unsere Anderen“ - Lesung und Gespräch mit Olesya Yaremchuk über Minderheiten in der Ukraine	Olesya Yaremchuk (Lwiw/München)
27. Juni, München	Lesung «...наче у мову влучив снаряд.» – „Als hätte ein Geschoss die Sprache getroffen“ Lesung in Gedenken an die ukrainische Schriftstellerin Victoria Amelina (1986–2023)	
Rheinland		
18. Juli, Düsseldorf	Vortrag Seidenstraße, Tausendundeine Nacht und Sowjetstern. Ein Blick nach Zentralasien Heinrich-Heine Universität Düsseldorf	Beate Eschment (Berlin)

Zweigstellen: Rückschau

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
Bamberg		
26. Januar, Bamberg	Vortrag und Buchpräsentation Die böhmischen Bäder als Orte interkultureller Begegnungen – der literarische Reiseführer „Böhmisches Bäderdreieck“	Václav Petrbok (Prag)
Bochum		
14. Juni, Bochum	Vortrag Widerstand und Solidarität von Belarus*innen nach 2020	Olga Shparaga (Wien)
Bonn / Köln		
26. Januar, Köln	Podiumsdiskussion zur Ausstellungseröffnung Eröffnung der Ausstellung „Postcards from Ukraine“ Lew Kopelew Forum	Christoph Reiners (Würzburg) Angelika Nußberger (Köln) Johanna Hey (Köln)
11. Mai, Köln	Bandvorstellung und Diskussion „Das ist ein Ozean aus Wahnsinn“ Kritische Stimmen zum Krieg aus Belarus und Russland Lew Kopelew Forum	Ingo Petz (Berlin) Tania Arcimovich (Gießen)
13. Juni, Köln	Buchvorstellung und Diskussion The other Russia: Voices of Freedom – Buchvorstellung und Diskussion zum Sammelband „Перед лицом катастрофы“ Akademie für europäischen Menschenrechtsschutz, Universität zu Köln, Cologne/Bonn Academy in Exile	Nikolaj Plotnikov (Bochum) Alexander Bikbov (München) und weitere
Bremen		
24. Januar, Bremen	Vortrag The Soviet Every Day was Green, not Red: The Short History of Sustainable Food Production in the USSR	Kate Brown (Cambridge/ Amsterdam)
5. Juni, Bremen	Vortrag Rebellious Republics: Moscow versus the Periphery and Resistance to Khrushchev's 1958 Soviet Education Reform	Michael Loader (Glasgow)
3. Juli, Bremen	Vortrag Petr Masherau: From Partisan to Party Leader in Soviet Belarus	Natalya Chernyshova (London)
Dresden		
30. Januar, Dresden	Vortrag und Diskussion Lernt endlich Lettisch! Eine baltische Perspektive auf russische Kultur	Stephan Kessler (Greifswald)

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
23. Februar, Dresden	Vortrag EU-Beitritt der Ukraine - Illusion oder ernsthafte Perspektive	Hans-Joachim Schramm (Wismar)
30. März, Dresden	Podiumsdiskussion „Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen“ Das Beispiel der Zusammenarbeit von Sachsen und Polen	Magdalena Mazik-Gorzelańczyk (Poznań)
27. April, Dresden	Vortrag Russland und die Nordostpassage: Globaler oder nationaler Seeweg?	Andreas Renner (München)
22. Mai, Dresden	Vortrag und Diskussion Krieg und Sprache Zentrum Mittleres und Östliches Europa & SLUB Dresden	Monika Wingender (Gießen)
Erlangen / Nürnberg		
17. Mai, Erlangen	Vortrag Does the Age of Irony Come to an End? Vigilance and Humour in a Time of Exception	Kateryna Yeremieieva (München/ Charkiw)
Freiburg		
9. Januar, Freiburg	Gedenkabend 100 Jahre Boris Čičibabin Jüdische Gemeinde Freiburg, Zwetajewa-Zentrum Freiburg	Lilia Semjonowna Karas-Chichibabina (Charkiw), Elisabeth Cheauré (Freiburg) und weitere
24. Januar, Freiburg	Kolloquium Political in Form, Cultural in Content? Civic Activism and Historic Preservation in Leningrad during Perestroika	Margarita Pavlova (Gießen)
2. Februar, Freiburg, hybrid	Kolloquium Geopolitics of industrial decarbonisation	Margarita M. Balmaceda (South Orange)
4. Mai, Freiburg	Vortrag Transformations of Public Opinion in Russia, 2018–2023 Zwetajewa-Zentrum Freiburg, Kolloquium für Neuere und Osteuropäische Geschichte	Ekaterina Schulmann (Berlin)
5. Mai, Freiburg	Vortrag Когнитивные искажения, пропаганда и общественное мнение: опыт России 2014–2023 [in russischer Sprache] Zwetajewa-Zentrum Freiburg, Kolloquium für Neuere und Osteuropäische Geschichte	Ekaterina Schulmann (Berlin)
9. Mai, Freiburg	Vortrag Revolution der Geduld. Eine belarusische Bricolage Zwetajewa-Zentrum Freiburg, Kolloquium für Neuere und Osteuropäische Geschichte	Heinrich Kirschbaum (Freiburg)

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
15. Mai, Freiburg	Vortrag Die Revolution hat ein weibliches Gesicht. Belarus zwischen 2020–2023 Zwetajewa-Zentrum Freiburg, Kolloquium für Neuere und Osteuropäische Geschichte	Olga Shparaga (Wien)
16. Mai, Freiburg	Vortrag Gibt es Osteuropastudien auch im „Osten“? Area Studies und die Transformation der europäischen Wissenschaft nach 1989 Zwetajewa-Zentrum Freiburg, Kolloquium für Neuere und Osteuropäische Geschichte	Elisa Satjukow (Leipzig)
31. Mai, Freiburg	Film Ruslan Fedotov: Where Are We Headed? Zwetajewa-Zentrum Freiburg, Kolloquium für Neuere und Osteuropäische Geschichte	
6. Juni, Freiburg	Lesung und Podiumsdiskussion Irina Scherbakowa / Ljudmila Ulitzkaja: Über das Erinnern. Lesung und Podiumsdiskussion Zwetajewa-Zentrum Freiburg, Kolloquium für Neuere und Osteuropäische Geschichte	Irina Scherbakowa (Jena/Weimar)
7. Juni, online	Vortrag Russische Außenpolitik unter Putin. Welchen Einfluss haben russische Think Tanks auf die auswärtige Politikgestaltung des Kremls? Zwetajewa-Zentrum Freiburg, Kolloquium für Neuere und Osteuropäische Geschichte	Felix Riefer (Bonn)
14. Juni, Freiburg	Film Maryna Er Gorbach: Klondike Zwetajewa-Zentrum Freiburg, Kolloquium für Neuere und Osteuropäische Geschichte	

Göttingen / Kassel

26. Januar, online	Buchpräsentation und Podiumsdiskussion Memory Crash: On the Use and Abuse of Ukraine's Past	Georgiy Kasianov (Lublin/Kyjiw) Anke Hilbrenner (Düsseldorf) Martin Aust (Bonn) Svetlana Suveica (Göttingen)
-----------------------	---	---

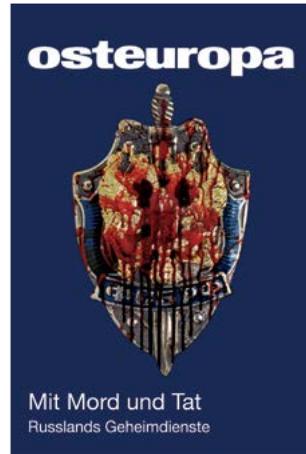
Hamburg

19. Januar, Hamburg	Vorträge und Diskussionen On Art and Resistance in Ukraine. Kateryna Botanova: Two-Fold Decolonial War in Ukraine: Images of Emancipation and Resistance & Svitlana Biedarieva: Ukraine's New Art in a Time of War: Dismantling the Colonial Narrative	Kateryna Botanova (Basel/Kyjiw) Svitlana Biedarieva (London/Kyjiw)
------------------------	--	---

Datum / Ort	Titel	Referent*innen
München		
06. Juli, München	Podiumsdiskussion Unternehmertum in der Ukraine: Geschichte und Gegenwart	Rainer Lindner (Konstanz) Tetiana Vodotyka (Göttingen)
Oldenburg		
12. April, Oldenburg	Podiumsgespräch Krieg gegen die Ukraine – Wege zum Frieden?	Alla Paslawska (Lwiw/Erlangen-Nürnberg) Petra Bahr (Hannover) Irina Scherbakowa (Weimar/Jena) Klaus Hagedorn (Oldenburg) Hans-Christian Petersen (Oldenburg)
Regensburg		
20. Juni, Regensburg	Vortrag Russische Kriegsverbrechen in der Ukraine Institut für Ostrecht in Kooperation mit der Universität Regensburg	Rainer Wedde (Wiesbaden)
Tübingen		
22. Mai, Tübingen	Vortrag Private Agricultural Activity in the Late Soviet Union: „Honest Labor“ or „Unearned Income“	Anna Ivanova (Berlin)

Publikationen

OSTEUROPA



Russlands Geheimdienste sind mehr als Nachrichtendienste. Sie sind Instrumente der politischen Führung und ausführende Organe im Kampf gegen vermeintliche Feinde im In- und Ausland. Die Geheimdienste sind Pfeiler des Putin-Systems. Sie reproduzieren Weltbilder und Mentalitäten. Ihre Angehörigen sehen sich in der ungebrochenen Tradition der bolschewistischen Tscheka. Die Zerstörung der russländischen Gesellschaft in den vergangenen Jahren und der Übergang Russlands zu einer Kriegsdiktatur sind ohne Putin und das Wirken der Tschekisten unvorstellbar. Grund genug, Russlands Geheimdienste und die mit ihnen verbandelten irregulären Armeen wie die „Wagner-Gruppe“ in der neuen OSTEUROPA-Ausgabe unter die Lupe zu nehmen.

Der Band umfasst 240 Seiten und 31 Abbildungen. DGO-Mitglieder können ihn zum Vorzugspreis von 18,00 € (statt 24 €) zzgl. Versandkosten bestellen.



Russlands Krieg gegen die Ukraine hat auch massive Auswirkungen auf die eigene Wirtschaft. Die neue Ausgabe 12/2022 von OSTEUROPA untersucht die Anpassungsfähigkeit der russländischen Wirtschaft an die westlichen Sanktionen sowie den schrittweisen Übergang zur Kriegswirtschaft zulasten der zivilen Wirtschaft. Eine andere Folge ist die Militarisierung der Gesellschaft, Kultur und Bildung. Kinder und Jugendliche durchlaufen wieder eine militärpatriotische Erziehung, Russlands Militärhistorische Gesellschaft liefert die Instrumente zur patriotisch-kriegerischen Aufladung des öffentlichen Raums und die Orthodoxe Kirche steht dem nicht nach, indem sie eigene Kirchen für die Armee, die Nationalgarde und die Geheimdienste weihet und sich damit in den Dienst der neoimperialen Ideologie des Putin-Regimes stellt. Analysen zur Beendigung der atomaren Rüstungskontrolle zwischen Russland und den USA sowie zu den Bedingungen für einen Ausweg aus dem Krieg runden den Band ab.

Der Band umfasst 200 Seiten und 42 Abbildungen. DGO-Mitglieder können ihn zum Vorzugspreis von 18,00 € (statt 24 €) zzgl. Versandkosten bestellen.

Inhalt

- EDITORIAL**
Mit Mord und Tat
- Margarete Klein, Nils Holger Schreiber**
Gewaltzirkel
Militarisierung und Krieg in Russland
- Hans-Henning Schröder**
Krieg und Verhandlungen
Voraussetzungen für Frieden in der Ukraine
- RUSSLANDS GEHEIMDIENSTE**
- Georg Mascolo**
Dienstleistungen
Ein Gespräch über die westlichen Geheimdienste und Russlands Krieg gegen die Ukraine
- Andreas Hilger**
Von der Tscheka zum FSB
Eine kurze Geschichte der Moskauer Geheimdienste

- Mark Galeotti**
(Un)sichtbare Hand
Russlands Nachrichtendienste im Auslandseinsatz
- Markus Wehner**
Der Tiergartenmord
Russländischer Staatsterrorismus in Deutschland
- Reiner Haunreiter**
Schild und Schwert 2.0
Russlands Spezialdienste im Ausland
- Jan C. Behrends**
Tschekist, Etatist, Imperialist
Anmerkungen zu Vladimir Putins Weltbild
- Andreas Heinemann-Grüder**
Russlands irreguläre Armeen
Das Beispiel „Wagner“

- Michael Rochlitz**
Verspielte Zukunft
Russlands Wirtschaft unter dem Druck der Geheimdienste
- Ulrich Schmid**
Stierlitz und seine Enkel
Russlands Geheimdienste in Literatur und Film
- Valerij V'jugin**
Make love, not war
Russische Spionagekomödien der 1990er–2010er Jahre
- Julie Fedor, George Fforde**
Forschungen über den KGB
Ein Kompass durch Archive und Literatur

Inhalt

- Hanna Notte**
Infektiöse Kooperationsverweigerung
USA vs. RF: Das Sterben der atomaren Rüstungskontrolle
- Mykola Homanyuk**
Reich, Union, Rossija
Die Symbolpolitik der Besatzer in der Ukraine
- Egbert Jahn**
Waffenstillstand durch Waffenlieferung
Zwei Szenarien für die Ukraine
- ÖKONOMIE IM KRIEG**
- Roland Götz**
Kriegswirtschaft
Russlands ökonomische Entwicklung im Jahr 2022
- Natal'ja Zubarevič**
Sanktionsresistent
Russlands Regionen im Jahr 2022

- Sergej Vakulenko**
Preiskappung oder Tarnkappe?
Russlands Ölexporte und ihr Preis
- Katja Michajlovskaja**
Ausländische Unternehmen in Russland
Ein Sittenbild aus dem Kriegsjahr 2022
- Ulrich Schmid**
Im Spiegelkabinett des Krieges
Zelens'kyjs und Putins politische Rhetorik
- „Ruhm der Ukraine!“
Neujahrsansprache des ukrainischen Präsidenten
Dokumentation*
- „Wir werden siegen“
Neujahrsansprache des russischen Präsidenten Vladimir Putin
Dokumentation*

- Dar'ja Talanova**
„Blut tropft aus den Ranzen“
Patriotismuserziehung an Russlands Schulen
- Yuliya von Saal**
Erziehung zum Hass
Die Militarisierung der Kindheit in Belarus
- Dietmar Neutatz**
Putins Geschichtspolitikmaschine
Die Russländische Militärhistorische Gesellschaft
- Christine Engel**
Sieg, Sieg, Sieg!
Die Apotheose des Zweiten Weltkriegs im russischen Film
- Sergej Čapnin**
Die bewaffnete Ikonostase
Russlands Staat, die Kirche und die Armee



Heft 1-2/2023 von OSTEUROPA nimmt die weitreichenden Folgen des Krieges für das gesamte östliche Europa in den Blick. Unter anderem prognostizieren darin die ukrainischen Geographen Ihor Pylypenko und Daria Malchykova, dass der Kachovka-Stausee gesprengt werden könnte, was am 6. Juni auch tatsächlich geschehen ist. Zudem beleuchtet das Heft den Weg aus der Abhängigkeit von Russlands Nuklearindustrie, analysiert die Herrschaftsstrategien der Besatzer im Gebiet Cherson, zeigt die ökologischen Folgen des Krieges auf und dokumentiert die kriegerische Verschärfung im Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien. In einem Schwerpunkt diskutieren sieben Autorinnen und Autoren die Gegenwart und Zukunft der konfliktgeladenen deutsch-polnischen Beziehungen.

Der Band umfasst 192 Seiten und sechs Karten. DGO-Mitglieder können ihn zum Vorzugspreis von 18,00 € (statt 24 €) zzgl. Versandkosten bestellen.

Inhalt

Andrea Stricker, Anthony Ruggiero

Sanktion statt Kooperation
Die globale Präsenz der russländischen Nuklearindustrie

Vera Čeliščeva

Im Namen des Volks
Vladimir Kara-Murza: 25 Jahre Lager für 25 Jahre Politik

Narek Sukiasyan

„Wer Appeasement betreibt, füttert ein Krokodil“
Armenien in der Klemme. Ein Gespräch

Volker Weichsel

Mit aller Macht
Armenien unter aserbaidshanischem Druck

Ansprache des aserbaidshanischen Präsidenten Ilham Alijew, 16.3.2023
Dokumentation

KRIEGSSPLITTER AUS DER UKRAINE

Ihor Pylypenko, Daria Malchykova

Der Kachovka-Stausee
Wirtschaftsmotor und Kriegsschauplatz

Angelina Davydova, Oleksii

Vasil'juk
Ökozid
Die Umweltfolgen des Kriegs gegen die Ukraine

Mykola Homanyuk

Unter Besatzung
Eine Chronik aus Cherson

POLEN UND DEUTSCHLAND

Kornelia Kończal

Über den Tellerrand
Dritte in den deutsch-polnischen Beziehungen

Peter Oliver Loew

Lob des Ungleichgewichts
Anmerkungen zu Polen und Deutschland

Karolina Wigura, Jarosław Kuisz

Ein politischer „MeToo-Moment“
Polnisch-deutsche Missverständnisse

Marek Cichocki

Asymmetrie ohne Zentrum und Peripherie
Deutsch-polnische Unversöhntheit

„An einem historischen Wendepunkt“

Europarede des polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki in Heidelberg
Dokumentation

Bastian Sendhardt

Vorwärts in die Vergangenheit!
Mateusz Morawieckis Vorstellungen von Europa

Hans-Jürgen Bömelburg

Prägungen und Perspektiven
Die deutsch-polnische Konfliktgemeinschaft

Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats des DHI zu Felix

Ackermanns Beitrag „Nach der Versöhnung“
Dokumentation



Russlands Krieg gegen die Ukraine geht in die 75. Woche. Dabei sollte es ein Blitzsieg werden... Fehlkalkulation dieser Art sind in der Geschichte Russlands nicht unbekannt. Das belegen die Fallstudien im neuen OSTEUROPA-Band „Russlands verlorene Kriege. Historische Niederlagen eines Imperiums“. Egal, ob es um Russlands Krieg gegen Japan, den sowjetischen Überfall auf Finnland, den Afghanistan-Krieg oder Tschetschenien geht – am Anfang stand immer die Hybris. Aus ihr speist sich die Ignoranz und Arroganz der politischen Führer. Gemessen an den eigenen Zielen hat das Putinsche Russland den Krieg gegen die Ukraine längst verloren. Doch auf dem Schlachtfeld ist er noch nicht entschieden.

Analysen und Dokumente zur geistlichen Mobilisierung durch Patriarch Kirill sowie zur musikalischen Mobilisierung für und gegen den Krieg in Russland runden das Heft ab.

Der Band umfasst 280 Seiten und 50 Abbildungen. DGO-Mitglieder können ihn zum Vorzugspreis von 18,00 € (statt 24 €) zzgl. Versandkosten bestellen.

Inhalt

EDITORIAL

Verdrängte Niederlagen

Jurko Prochasko

Flut der Flucht
Der Krieg und die Verheerung der Seele

HISTORISCHE NIEDERLAGEN EINES IMPERIUMS

Ulrich Schmid

Ein Gespenst geht um
Russlands Ukrainekrieg als Afghanistan 2.0

Leonid Luks

Fehlkalkulationen
Der Krimkrieg und seine Folgen

Andreas Renner

Hybris am Gelben Meer
Russlands Krieg gegen Japan 1904/05

Dietrich Beyrau

Lehren aus der Niederlage
Russland und der Erste Weltkrieg

Michael Jonas

„Eisige Hölle“
Der sowjetisch-finnische Winterkrieg 1939/40

Georg Wurzer

Kleiner Krieg mit großer Wirkung
Der sowjetische Afghanistankrieg 1979–1989

Walter Sperling

Der Niederlagensieg
Russlands Kriege gegen Tschetschenien

Nikolay Mitrokhin

Russlands Krieg gegen die Ukraine
Wochenberichte aus dem Sommer 2023

Sergej Karaganov

„Eine schwere, aber unerlässliche Entscheidung“
Der Einsatz von Atomwaffen kann die Menschheit vor einer globalen Katastrophe bewahren

Repressionen gegen Kriegsgegner
OVD-Info: Die Lage in Russland im Jahr 2023

DER KRIEG, DIE KIRCHE UND DIE KULTUR

Alexa von Winning

Lasst die Schwäne tanzen!
Russische Musik für und gegen Krieg, Lügen und Diktatur

Hans Günther

Held oder Opfer?
Svetlana Aleksievičs Demontage eines sowjetischen Mythos

Joachim Willems

Ein Diener zweier Herren
Patriarch Kirill und seine Kriegspredigten

Predigten des Patriarchen Kirill
Dokumentation

Thomas Bremer

Mythos „Russische Welt“
Russlands Regime, die ROK und der Krieg

Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an osteuropa@dgo-online.org oder teilen Sie uns Ihre Bestellung telefonisch mit: 030 / 30 10 45 -81 /-82.



Aus Putins Autokratie ist eine Kriegsdiktatur geworden. Wie konnte es dazu kommen? Antworten bietet die neue Ausgabe von OSTEUROPA. Für den Soziologen Lev Gudkov kommt in Putins Herrschaft das Wechselspiel zwischen dem Kollektivbewusstsein der Bevölkerung und der Kontinuität der sowjetischen Unterdrückungsapparate zum Ausdruck. Ein Regimevergleich zeigt: Ideologie gewinnt zur Herrschaftslegitimation wieder an Bedeutung. Doch die Stabilität von Diktaturen sollte nicht überschätzt werden. Die Meuterei der Wagner-Truppen in Russland hat Risse im Herrschaftsgefüge offenbart. In Polen setzt die PiS-Mehrheit eine Sonderkommission zur Untersuchung russischen Einflusses ein: Kritiker befürchten, dass das Gremium als Instrument gegen die Opposition missbraucht wird. Drei historische Studien zur kollektiven Gewalt in der Ukraine von Stalin bis Chruschtschow und über die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg runden den Band ab.

Der Band umfasst 224 Seiten und 62 Abbildungen. DGO-Mitglieder können ihn zum Vorzugspreis von 18,00 € (statt 24 €) zzgl. Versandkosten bestellen.

Inhalt**EDITORIAL**

Götterdämmerung

Alfrun Kliems

Der Franzose unter den Mitteleuropäern
Milan Kundera: Romancier zwischen den Welten

Lev Gudkov

Der „Führer der Nation“
Putin und das Kollektivbewusstsein in Russland

Otto Luchterhandt

Menetekel vom Untergang
Putins Autokratie und Prigožins Aufstand

„Dies ist eine tödliche Gefahr für unsere Staatlichkeit“

TV-Ansprache des russländischen
Präsidenten Vladimir Putin, 24.6.2023
Dokumentation

„Unser Ziel war nicht ein Sturz des Regimes“

Audiobotschaft von Evgenij Prigožin,
26.6.2023, 16:42 Uhr
Dokumentation

Oleg Morozov

Selbstviktimsierung
Russlands Krieg gegen die Ukraine
in den Exilmedien

Il'ja Šablinskij

Autoritarismus und Ideologie
Ein Regimevergleich

Alexander Libman

Russlandforschung vor einer Neuorientierung
Russlands Krieg, die Isolation und die Folgen

Aleksandr Zimenko

Ideologische Kontrolle und Repression
Aderlass im belarussischen Kunstbetrieb

Kai-Olaf Lang

„Es geht auch um die Delegitimierung der Dritten Republik“

Die polnische Sonderkommission zur Untersuchung russischer Einflüsse

Marta Bucholc, Maciej Komornik

„Das ist Rechtsnihilismus in Aktion“
Hintergründe und Folgen der „Lex Tusk“

ZUR AKTUALITÄT DER
VERGANGENHEIT

Bert Hoppe

Die Ukraine im Zeitalter der Massengewalt
Terror und Besatzungsherrschaft
1930–1947

Pavel Polian

„Diesen Krieg dürfen wir nicht verlieren ...“
Die Mörder von Babij Jar vor Gericht

Magdalena Senczyszyn, Łukasz Adamski

Nationalkommunist Chruschtschow
Der Generalsekretär und die ukrainische Frage

OSTEUROPA-Recht

Der Krieg in der Ukraine hat die gesamte Ostrechtsforschung erschüttert. Viele Jurist*innen zweifeln, ob die Fragen, welche sie normalerweise beschäftigen, nicht völlig irrelevant geworden sind. Hinzu kommt die rasante Dynamik der Ereignisse. Heft 4/22 der OSTEUROPA-Recht versammelt Texte insbesondere ukrainischer Wissenschaftler*innen, die in unterschiedlichen Phasen des Krieges entstanden sind und damit wertvolle Ausschnitte aus der juristischen Diskussion eines dramatischen Jahres darstellen. So ist der Text von Oksana BRATASYUK und Svitlana MAZEPA über die IT-Sicherheit bereits zu Beginn des Krieges entstanden. Weitere Beiträge befassen sich mit der Frage des rechtlichen Rahmens für die wirtschaftliche Tätigkeit unter den Bedingungen des Krieges (Natalia MENTUH) oder den rechtlichen Aspekten der Wirtschaftsspionage (Yuliia MURAVSKA). Nataliia BUTRYN-BOKA stellt schließlich die Kriegsregelungen, welche das Notariatswesen betreffen, dar.

Inhalt**EDITORIAL**

Fryderyk Zoll

Svitlana Mazepa, Oksana Bratasyuk

Die Gewährleistung der Informationssicherheit in der Ukraine – Verwaltungs- und strafrechtliche Maßnahmen

Svitlane Mazepa

Criminal Law Provisions Countering Propaganda on Social Media in Connection with the Russo-Ukrainian War

Nataliya Mentuh

Legal Aspects of Economic Activities Implementation Under Martial Law in Ukraine: Amendments to the Legislation

Yuliia Muravska

Theoretical and Conceptual Approaches to Defining the Concept of Economic Intelligence in the Ukrainian Scientific Practice

Nataliia Butryn-Boka

Implementation of Notarial Acts by Notaries in Wartime Conditions: Notarizing a Last Will and Testament

Oksana Bratasyuk

Personal Data Protection in Ukraine: Realities and Prospects for Implementing the European Experience

Piotr A. Owsinski, Anna Paluch

(Un)Übersetzbarkeit ausgewählter deutscher und polnischer Begriffe aus dem Bereich des Strafrechts unter Einbeziehung des sprachlichen Weltbildes

Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an den Nomos-Verlag: abo@nomos.de. Einzelhefte der OSTEUROPA-Recht kosten 21,00 Euro, ein Jahresabonnement kostet 98,00 Euro (für Mitglieder der DGO 79,00) zzgl. Versandkosten.

Osterweiterung – der DGO Podcast

Die DGO verfügt über umfassende Expertise zu allen Ländern des östlichen Europa. Diese Expertise gibt es nun auch als Podcast! In „Osterweiterung – der DGO Podcast“ laden wir renommierte Expert*innen ein und diskutieren mit ihnen über aktuelle Entwicklungen in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur in der Region.

Die bisherigen Episoden im Überblick:

Episode 1: Krieg in der Ukraine

Ein Jahr Krieg in der Ukraine und viele Fragen sind offen. Während Teile der deutschen Gesellschaft von der eigenen Regierung sog. Friedensverhandlungen einfordern, kämpfen die Ukrainer*innen gegen den russischen Angreifer ums Überleben und die Ukraine um ihre Existenz.

Die erste Episode der Osterweiterung diskutiert zentrale Fragen im Rückblick auf ein Jahr Krieg: Wer sind die Akteure und welche Chancen für Frieden gibt es? Welche Rolle spielen China, Belarus und was bedeutet der Krieg für die anderen früheren russischen Sowjetrepubliken? Und welche Folgen hat er für Wissenschaft und die Zivilgesellschaft?

Gabriele FREITAG, Osteuropa-Historikerin und Geschäftsführerin der DGO

Manfred SAPPER, Politikwissenschaftler und Historiker, Redakteur der Zeitschrift Osteuropa

Volker WEICHSEL, Politikwissenschaftler und Slavist, Redakteur der Zeitschrift Osteuropa

<https://www.podcast.de/episode/605979503/krieg-in-der-ukraine>



Episode 2: Deutsch-polnische Konfliktgemeinschaft

Polen vor den Wahlen. In dieser Ausgabe der Osterweiterung sprechen wir über u.a. über die Wahlkampfthemen Deutschland, Russland und Ukraine.

Felix ACKERMANN, Kulturwissenschaftler und Historiker
Basil KERSKI, Kulturmanager, Journalist und Politikwissenschaftler

<https://www.podcast.de/episode/607421181/deutsch-polnische-konfliktgemeinschaft>



Episode 3: Ukrainische Geflüchtete in Deutschland

Die Situation ukrainischer Geflüchteter in Deutschland ist unser Thema in dieser Ausgabe der Osterweiterung, begleitend zur DGO-Jahreskonferenz „Flucht und Exil im östlichen Europa. Macht und Ohnmacht“ vom 15.06.–16.06.2023 in Berlin.

Oleksandra BIENERT (Vorsitzende der Allianz ukrainischer Organisationen)

Jens HILDEBRANDT (Leiter Fachbereich Arbeit und Soziales, Stadt Mannheim)

<https://www.podcast.de/episode/608203007/ukrainische-gefluechtete-in-deutschland>



Episode 4: Russlands verlorene Kriege

Auf dem Papier war das Kräfteverhältnis eindeutig. Moskau, das Zentrum des größten Staates der Welt, mit der stärksten konventionellen Armee auf dem Globus und einem Nuklearpotential, mit dem nur die USA mithalten konnten, startete eine militärische Invasion in ein Land, das klein, schwach und rückständig war und im Schatten der Weltöffentlichkeit lag. Die Operation am Hindukusch dürfte – so das Moskauer Kalkül – in ein paar Tagen erledigt sein. Tatsächlich dauerte sie zehn Jahre und wurde zum längsten Krieg in der Geschichte der Sowjetunion. Die Invasion in Afghanistan scheiterte.

Welche Parallelen gibt es zum aktuellen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine? Welche Rolle spielen die weiteren verlorenen Kriege Moskaus im gesellschaftlichen Selbstverständnis heute? Fragen und Antworten in der neuen Ausgabe der Osterweiterung.

Manfred SAPPER, Politikwissenschaftler und Historiker, Redakteur der Zeitschrift Osteuropa

Volker WEICHSEL, Politikwissenschaftler und Slavist, Redakteur der Zeitschrift Osteuropa

<https://www.podcast.de/episode/610847002/russlands-verlorene-kriege>



Länder-Analysen

Die DGO ist Mitherausgeberin eines Verbunds von Länder-Analysen, die aktuelle Analysen, Fakten und Chroniken der Entwicklungen in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien bieten.

Alle Analysen sind unter www.laender-analysen.de kostenlos zugänglich.



Belarus-Analysen

Nr. 64 (28.02.2023)
Belarusische Wirtschaft und die Sanktionen

Nr. 65 (31.03.2023)
Frauenaktivismus in Belarus
Gewerkschaften in Belarus

Nr. 66 (14.06.2023)
Beziehungen von Belarus zur Ukraine und Russland

Polen-Analysen

Nr. 304 (17.01.2023)
Wohnraum und Wohnungspolitik in Polen

Nr. 305 (07.02.2023)
Polen und die Flüchtlingsbewegung aus der Ukraine

Nr. 306 (21.02.2023)
Polen und der Globale Osten

Nr. 307 (07.03.2023)
Frauenpolitik in Polen

Nr. 308 (21.03.2023)
Demografische Entwicklungen in Polen

Nr. 309 (04.04.2023)
Die politische Szene in Polen ein halbes Jahr vor den Parlamentswahlen

Nr. 310 (18.04.2023)
Polens Außen- und Sicherheitspolitik

Nr. 311 (16.05.2023)
Korruption in Polen

Nr. 312 (20.06.2023)
Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung

Nr. 313 (04.07.2023)
Der Parlamentswahlkampf 2023

Russland-Analysen

Nr. 430 (02.02.2023)
Meinungsumfragen im Krieg

Nr. 431 (16.02.2023)
Eliten

Nr. 432 (23.02.2023)
Kriegsentwicklung
Kirchen im Ukrainekrieg

Nr. 433 (06.03.2023)
Repression und stiller Protest
Die Botschaft des Präsidenten

Nr. 434 (13.03.2023)
Feminismus
Kriegswahrnehmung
Gekränktes Imperium

Nr. 435 (27.03.2023)
Sanktionen

Nr. 436 (10.05.2023)
Auswanderung und Diaspora

Nr. 437 (26.05.2023)
Deutschland und der Krieg II
Niederlage und Verantwortung

Nr. 438 (26.06.2023)
Wissenschaft in Krisenzeiten
Prigoshins Aufstand

Nr. 439 (20.07.2023)
Technologische Souveränität
Atomschlagdebatte

Ukraine-Analysen

Nr. 277 (19.01.2023)
Ländliche Gemeinden
Landnutzungsänderung

Nr. 278 (15.02.2023)
Meinungsumfragen im Krieg

Nr. 279 (23.02.2023)
Kriegsentwicklung
Jahrestag der Invasion

Nr. 280 (08.03.2023)
Korruptionsbekämpfung

Nr. 281 (13.03.2023)
Internationaler Frauentag,
Feminismus und Krieg

Nr. 282 (27.03.2023)
Besatzungsregime
Wiedereingliederung des Donbas

Nr. 283 (27.04.2023)
Sozialpolitik

Nr. 284 (10.05.2023)
Sprache in Zeiten des Krieges

Nr. 285 (26.05.2023)
Innenpolitik/Eliten

Nr. 286 (27.06.2023)
Wissenschaft im Krieg

Nr. 287 (14.07.2023)
Zivilgesellschaft
Lokale Selbstverwaltung und Resilienz

Zentralasien-Analysen

Nr. 155 (06.01.2023)
Vorgezogene Präsidentschaftswahlen in Kasachstan
Organisation der Turkstaaten

Nr. 156 (06.02.2023)
Verwaltungsjustiz in Kasachstan
Koalitionen in Kirgistan

Nr. 157 (05.04.2023)
Stadt und Kosmopolitismus in Zentralasien
Islamischer Aktivismus von Frauen in Kirgistan
Vorgezogene Parlamentswahlen in Kasachstan

Nr. 158 (05.06.2023)
Verfassungsreferendum in Usbekistan

Nr. 159 (18.07.2023)
Reformprozess und vorgezogene Präsidentschaftswahlen in Usbekistan

Russian Analytical Digest

<https://css.ethz.ch/publikationen/russian-analytical-digest.html>



No. 291 (27.01.2023)
Hidden Resistance to the Russian-Ukrainian War inside Russia

No. 292 (22.02.2023)
The value of public opinion polls

No. 293 (03.03.2023)
How to Study Russia

No. 294 (19.05.2023)
Whither Russia?

No. 295 (02.06.2023)
Russian Regions Update

No. 296 (12.07.2023)
Relations With China Post-War

No. 297 (14.07.2023)
Climate Change in Russia

No. 298 (18.07.2023)
Russia's Technological Sovereignty

Caucasus Analytical Digest

<https://css.ethz.ch/publikationen/caucasus-analytical-digest.html>



No. 131 (Januar 2023)
Informality and Informal Practices in the Time of COVID-19: The Case of Georgia

No. 132 (März 2023)
Russia's War Against Ukraine: Connectivity and Disruption in the South Caucasus

No. 133 (Mai 2023)
Nation-Building in 21st Century Azerbaijan: Discourse and Narratives

No. 134 (Juli 2023)
Ramification of the Armenian-Azerbaijani Rivalry Beyond the Spotlight

Ukrainian Analytical Digest

Ab September erscheint sechsmal pro Jahr der englischsprachige Ukrainian Analytical Digest (UAD). Der UAD wird herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) an der ETH Zürich, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (FSO), dem Center for Eastern European Studies (CEES) an der Universität Zürich und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO).

Der UAD analysiert die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation in der Ukraine im Kontext der internationalen und sicherheitspolitischen Dimension der Entwicklung des Landes. Dabei werden zum Teil Inhalte aus den deutschsprachigen Ukraine-Analysen einem internationalen Publikum präsentiert, zum anderen aber auch originäre Beiträge eigens für den UAD, die nicht in den Ukraine-Analysen erscheinen.

Die Redakteure des UAD, Eduard Klein und Heiko Pleines (beide FSO), werden unterstützt von einem Editorial Board bestehend aus zehn international renommierten Ukraine-Expert*innen sowie von Layouter Matthias Neumann.

Der Ukrainian Analytical Digest kann unter folgendem Link als E-Mail-Newsletter abonniert werden:

<https://css.ethz.ch/publikationen/uad/newsletter-service-uad.html>



Sebastian Schiek

Mitglieder

Protokoll der Mitgliederversammlung

am Donnerstag, 15. Juni 2023 von 14.00 bis 17.30 Uhr
Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung,
Versöhnung, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin
und online (Zoom)

Protokoll: Gabriele Freitag

1. Begrüßung und Verabschiedung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 16. Juni 2022

Der Präsident der DGO, Ruprecht Polenz, begrüßte die anwesenden Mitglieder. Er stellte fest, dass die Einladung zur Mitgliederversammlung fristgemäß an die Mitglieder versandt wurde und fragte nach Wünschen zur Änderung der Tagesordnung. Dies war nicht der Fall.

Ruprecht Polenz bat um ein kurzes Gedenken an die Mitglieder, die seit der letzten Mitgliederversammlung verstorben sind oder von deren Tod die DGO seitdem erfahren hat.

- **Prof. Dr. Klaus von Beyme**, verstorben am 6. Dezember 2021
- **Prof. Dr. Roland Höhne**, verstorben am 14. April 2022
- **Dr. Bernhard Schalhorn**, verstorben am 5. Juli 2022
- **Dietmar Stüdemann**, verstorben am 23. August 2022
- **Karin Wieland**, verstorben am 22. März 2023

Im Anschluss an das Gedenken bat er um Verabschiedung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung, das im Rundbrief 1/2022 der DGO veröffentlicht wurde. Es gab keine Änderungswünsche seitens der Mitglieder. Das Protokoll wurde ohne Gegenstimmen bei einer Enthaltung verabschiedet.

2. Tätigkeits- und Finanzbericht für das Jahr 2022

Den Mitgliedern wurden vor der Mitgliederversammlung die Rundbriefe 1+2/2022 sowie der Finanzbericht für das Jahr 2022 per Mail zugesendet. Für die Mitglieder im Saal lagen die Unterlagen auch in ausgedruckter Fassung vor.

Die Geschäftsführerin der DGO, Gabriele Freitag, berichtete über die Aktivitäten der Geschäftsstelle und der Zweigstellen im vergangenen Jahr. Die 2022 neu geschaffene Stelle für Öffentlichkeitsarbeit ermöglicht es der DGO, ihre Aktivitäten vor allem in den sozialen Medien wesentlich prominenter zu präsentieren. Die Arbeit der DGO war im Jahr 2022 sehr stark von den Folgen des vollumfänglichen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine geprägt. Der Krieg war sowohl Thema von Einzelveranstaltungen als auch von Veranstaltungsreihen. Die DGO setzte sich außerdem für kriegsgeflüchtete Wissenschaftler*innen aus der Ukraine und für politisch gefährdete Wissenschaftler*innen aus Belarus und Russland ein. Eine Plattform für gefährdete Historiker*innen aus Belarus bietet auch das 2022 eingerichtete Forum für historische Belarus-Forschung, ein Netzwerk von kritischen Historiker*innen aus Belarus (die meisten inzwischen im Exil) und Historiker*innen aus Deutschland und anderen Staaten, die zu Belarus arbeiten. Das Forum wird mit Mitteln des Auswärtigen Amtes seitens des DAAD gefördert.

Die Sprecherinnen der Jungen DGO, Annemarie Polheim und Olessia Seminina, berichteten über die Aktivitäten der Jungen DGO. Die Junge DGO führte

im Jahr 2022 eine breite Palette von Veranstaltungen durch. Neben den bereits etablierten Arbeits- und Regionalgruppen konnte im Jahr 2022 auch eine neue Regionalgruppe Rheinland eingerichtet werden. Außerdem schrieb die DGO im Jahr 2022 auf Initiative der Jungen DGO erstmals einen Essaywettbewerb für Studierende aus. Ruprecht Polenz dankte dem bisherigen Sprecher der Jungen DGO, Johannes Kleinmann, für seine zweijährige Tätigkeit und die gute Zusammenarbeit mit dem Vorstand.

Der Chefredakteur der Zeitschrift OSTEUROPA, Manfred Sapper, berichtete über die Arbeit der Redaktion. Auch die OSTEUROPA legte ihren Schwerpunkt im Jahr 2022 auf die Entwicklungen und die Analyse des russischen Kriegs gegen die Ukraine. Dies machte sich positiv bei den Verkaufszahlen der Zeitschrift bemerkbar, da diese mit ihren Angeboten offensichtlich die Nachfrage nach faktenbasierten Informationen bedient. Auch der Blog der Zeitschrift mit aktuellen Hintergrundinformationen zum Krieg wurde stark genutzt. Die Redaktion hat aber zunehmend Probleme, Autor*innen zu gewinnen. Manfred Sapper forderte die Mitglieder der Jungen DGO auf, mehr Artikel einzureichen.

Vorstandsmitglied und Mitglied der Redaktion OSTEUROPA-RECHT, Caroline von Gall, berichtete über die Arbeit der Redaktion OSTERUROPA-RECHT. Die Redaktion verfolgt das Ziel, die Zeitschrift stärker zu internationalisieren. Diese Bestrebung wird dadurch erschwert, dass auch in den Rechtswissenschaften nationale Diskurse zunehmen. Der vergleichende transnationale Ansatz der Zeitschrift stellt die Redaktion daher vor große Herausforderungen.

Sabine Fischer trug als geschäftsführende Vorständin den Finanzbericht für das Jahr 2022 vor. Sie bewertete die finanziellen Entwicklungen insgesamt als sehr positiv. Dabei hob sie die erhöhte institutionelle Zuwendung des Auswärtigen Amtes für die neue Stelle für Öffentlichkeitsarbeit, die gestiegenen Einnahmen aus dem Verkauf der Zeitschrift OSTEUROPA und die umfangreiche Einwerbung von Drittmitteln seitens der Geschäftsstelle besonders hervor.

3. Bericht der von der Mitgliederversammlung bestellten Rechnungsprüfer*innen für das Haushaltsjahr 2022

Am 31. Mai 2023 hatten die Rechnungsprüfer*innen Christian Meier und Manuela Troschke die Prüfung in den Räumen der Geschäftsstelle der DGO durchgeführt. Christian Meier trug den Bericht der Rechnungsprüfer*innen vor. Er stellte fest, dass die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel in Übereinstimmung mit dem Zweck der Gesellschaft und eine sachgerechte Verbuchung der Mittel erfolgt seien. Die Einnahmen und Ausgaben hielten sich in dem vom Wirtschaftsplan vorgegebenen Rahmen. Die Einwerbung von knapp 200.000 EUR an Drittmitteln und Spenden hoben die Prüfer*innen positiv hervor. Die Buchführung wurde als durchgängig transparent und nachvollziehbar bewertet. Auch die Entwicklung der Mitgliederzahlen wurde als weiterhin sehr gut hervorgehoben. Problematisch sei demgegenüber der relativ hohe Ausstand von Mitgliedsbeiträgen. Die Prüfer*innen forderten alle Mitglieder auf, ihre Jahresbeiträge zügig zu entrichten und schlugen die Entlastung des Vorstands vor.

4. Aussprache über den Tätigkeits- und Finanzbericht

Ruprecht Polenz forderte die Mitglieder zur Aussprache über den Tätigkeits- und Finanzbericht auf. Es gab keine Wortmeldungen.

5. Entlastung des Vorstands

Mit Bezug auf den Vorschlag der Rechnungsprüfer*innen bat Ruprecht Polenz um Abstimmung über die Entlastung des Vorstands. Die Entlastung des Vorstands wurde bei Enthaltung des Vorstands einstimmig beschlossen.

6. Bestellung der Rechnungsprüfer*innen für das Haushaltsjahr 2023

Ruprecht Polenz bedankte sich bei Christian Meier und Manuela Troschke für die Durchführung der internen Rechnungsprüfung in den letzten zwölf bzw. acht Jahren.

Er schlug vor, für die Rechnungsprüfung des Jahres 2023 Benjamin Conrad, Lehr- und Studienkoordinator an der Humboldt-Universität zu Berlin und Elisabeth Lüdeking, Leiterin der Volkshochschule Frankfurt (Oder) zu ernennen. Die Mitglieder ernannten Benjamin Conrad und Elisabeth Lüdeking einstimmig zu den Rechnungsprüfern*innen für das Haushaltsjahr 2023.

7. Wahl des Präsidenten / der Präsidentin und des Vorstands

Ruprecht Polenz teilte mit, dass der bisherige Vize-Präsident Jan Kusber und das Vorstandsmitglied Alexander Libman nicht erneut für den Vorstand kandidieren. Er wies darauf hin, dass die Mitglieder im Vorfeld aufgefordert wurden, eigene Kandidaturen zu melden oder andere Personen für die Wahl vorzuschlagen.

Ruprecht Polenz schlug vor, Jörg Stadelbauer zum Wahlleiter zu wählen. Es gab keine weiteren Vorschläge für das Amt der Wahlleitung. Die Mitglieder stimmten der Wahl bei einer Enthaltung zu.

Jörg Stadelbauer erklärte das Procedere der Wahl.

Zur Wiederwahl stellte sich als Präsident: Ruprecht Polenz. Es gab keine weiteren Vorschläge.

Für den Vorstand stellten sich zur (Wieder-)Wahl: Sabine Fischer, Caroline von Gall, Joachim von Puttkamer, Michael Rochlitz, Bärbel Schmidt-Sakic, Gwendolyn Sasse, Michael Thumann, Anja Tippner und Susann Worschech.

Die Wahl des Präsidenten und des Vorstands erfolgten geheim, für die Mitglieder im Saal mit Wahlzetteln, für die digital zugeschalteten Mitglieder über das Online-Portal Polyas.

8. Fachgruppen und Osteuropakongress ceecon 2022

Gabriele Freitag informierte über die Aktivitäten der Fachgruppen im Jahr 2022. Sie stellte zunächst die im Jahr 2022 erneut im Amt bestätigten und die neu ernannten Sprecher*innen der sieben Fachgruppen vor.

Im Anschluss daran berichtete sie über den wissenschaftlichen DGO Congress of East European Studies ceecon der im Oktober 2022 als Pilotvorhaben erstmals durchgeführt wurde. Die Sprecher*innen der Fachgruppen waren maßgeblich an der Planung und Durchführung des Kongresses beteiligt. Kooperationspartner und Gastgeber war die Freie Universität Berlin. Der Kongress wurde von den Teilnehmenden sehr positiv bewertet, wobei der Wunsch nach mehr Interdisziplinarität und mehr Internationalität geäußert wurde. Der nächste Kongress ist für den 7. und 8. Oktober 2024 erneut in Kooperation mit und an der Freien Universität Berlin geplant.

9. Jahrestagung 2024

Ruprecht Polenz wies darauf hin, dass die Themen der Jahrestagungen seit einigen Jahren sehr stark von den aktuellen politischen Entwicklungen im östlichen Europa geprägt sind (Thema Krieg in Europa 2022, Thema Flucht und Exil im östlichen Europa 2023). Der Vorstand schlägt vor, als Thema für die Jahrestagung 2024 die momentan in den osteuropabezogenen Wissenschaften intensiv geführte Debatte um De-Kolonisierung aufzugreifen. Im Mittelpunkt soll dabei die Frage stehen, wie weit sich das Konzept von Kolonialismus und De-Kolonisierung auf das östliche Europa übertragen lässt. Der Tagungsort wird noch bekannt gegeben.

10. Ukraine-Studien in Deutschland

Bereits nach den Protesten auf dem Majdan im Winter 2013/2014, der Annexion der Krim durch die Russländische Föderation und dem Kriegsbeginn in der Ostukraine gab es in Deutschland eine Diskussion darüber, ob die Ukraine in den osteuropabezogenen Wissenschaftsdisziplinen angemessen berücksichtigt wird. Diese Diskussion hat sich nach Beginn des vollumfänglichen russischen Kriegs gegen die Ukraine intensiviert. An der Europa-Universität Viadrina gibt es eine Initiative zur Gründung eines Ukraine-Zentrums, die von der DGO unterstützt wird.

Unter der Moderation von Sabine Fischer (Stiftung Wissenschaft und Politik) bot die Mitgliederversammlung Raum, um darüber zu diskutieren, wie sich die

wissenschaftliche Beschäftigung mit der Ukraine weiter entwickeln sollte. Inputs dazu lieferten Gwendolyn Sasse (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien), Alexander Wöll (Universität Potsdam) und Susann Worschech (Europa-Universität Viadrina).

Alexander Wöll lieferte eingangs einen Rückblick auf Versuche, an der Universität Greifswald komparatistische Ukraine-Studien im Verbund mit jüdischen Studien und Genderstudien anzulegen. Aus der Logik des deutschen Wissenschaftssystems seien Ukraine-Studien aber offensichtlich nicht effizient. Dass es bis heute kein wissenschaftliches Ukraine-Zentrum in Deutschland gibt, bewertete Wöll als Leerstelle.

Auf die Frage, ob der Angriffskrieg zu einem Paradigmenwechsel im Hinblick auf Ukraine-Studien geführt habe, antwortete Gwendolyn Sasse mit Nein im Hinblick auf mehr Finanzmittel, aber mit Ja im Hinblick auf eine stärkere Beschäftigung mit der Ukraine. Allerdings habe es auch vor dem Angriffskrieg schon gute Forschung zur Ukraine in Deutschland gegeben. Im Unterschied zu Deutschland sei die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Ukraine in Nordamerika stark von der großen ukrainischen Diasporagemeinde geprägt. Dass es eine solche Diaspora in Deutschland nicht gibt, habe aber den Vorteil einer größeren Offenheit gegenüber Personen, die sich ohne biografischen ukrainischen Hintergrund wissenschaftlich mit der Ukraine beschäftigen.

Susann Worschech wies darauf hin, dass der Krieg bisher keine Auswirkung auf die Arbeit in den disziplinären wissenschaftlichen Fachgesellschaften habe. Dabei sei es wichtig, die politischen und gesellschaftlichen Prozesse rund um den Krieg auch als theoriebildend zu analysieren. Dies gelte für Nationalismusforschung ebenso wie für Traumaforschung. Dementsprechend solle das geplante Ukraine-Zentrum an der Viadrina die Entwicklungen in der Ukraine als global relevante Themen behandeln. Gleichzeitig sei es wichtig, Sensibilität für Themen zu entwickeln, die künftig von globaler Relevanz sein könnten.

Dem stimmte Gwendolyn Sasse zu und verwies darauf, dass die aktuelle Situation gute Voraussetzungen für Vergleichsstudien und damit auch für ein „Mainstreaming“ der

Osteuropa- und explizit auch der Ukrainestudien biete. Sie sah aber kein Zukunftsmodell in einer Etablierung von Osteuropastudien an möglichst vielen Universitäten. Hier hakte Martin Schulze Wessel (Ludwig-Maximilians-Universität München) mit dem Hinweis ein, jenseits des Aufbaus neuer institutioneller Strukturen stärker kollaborativ zu arbeiten. So ließen sich momentan Historiker*innen ohne einen speziellen Forschungsschwerpunkt auf Osteuropa und die Ukraine für eine Zusammenarbeit gewinnen. Er verwies in diesem Kontext auf die Förderinitiative des BMBF zur Schaffung von „Exzellenzkernen“, um Partnerschaften zwischen führenden deutschen und ukrainischen Einrichtungen zu etablieren.

Susann Worschech stimmte zu, dass Forschung in der Ukraine stärker gefördert und in die deutsche Forschung integriert werden sollte. Alexander Wöll verwies dabei auch darauf, wie wichtig es gleichzeitig sei, geflüchteten ukrainischen Wissenschaftler*innen in Deutschland eine Perspektive zu bieten.

11. Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Jörg Stadelbauer gab als Wahlleiter das Ergebnis der Auszählung der Stimmen bekannt:

Die Mitglieder stimmten der Wahl des Präsidenten Ruprecht Polenz mit 82 Ja-Stimmen und 15 Enthaltungen zu. Ein Stimmzettel war ungültig.

Ruprecht Polenz bedankte sich für das ihm gegenüber ausgesprochene Vertrauen.

In den neuen Vorstand wurden bei drei Enthaltungen und zwei ungültigen Stimmzetteln weiterhin gewählt:

- **Dr. Sabine Fischer** (79 Stimmen)
- **Prof. Dr. Caroline von Gall** (79 Stimmen)
- **Prof. Dr. Joachim von Puttkamer** (79 Stimmen)
- **Prof. Dr. Michael Rochlitz** (73 Stimmen)
- **Bärbel Schmidt-Sakic** (57 Stimmen)
- **Prof. Dr. Gwendolyn Sasse** (79 Stimmen)
- **Michael Thumann** (69 Stimmen)
- **Prof. Dr. Anja Tippner** (76 Stimmen)
- **Dr. Susann Worschech** (71 Stimmen)

Alle gewählten Personen nahmen die Wahl an. Der Wahlleiter beglückwünschte den Präsidenten und die gewählten Vorstandsmitglieder.

12. Verschiedenes

Es wurden keine weiteren Punkte behandelt. Der Präsident Ruprecht Polenz schloss die Versammlung um 17:30 Uhr und lud alle Mitglieder zur Eröffnung der Jahrestagung zum Thema „Flucht und Exil im östlichen Europa. Macht und Ohnmacht“ ein.

Neuer Vorstand nimmt die Arbeit auf

Auf der Mitgliederversammlung am 15. Juni wurde auch ein neuer Vorstand gewählt. Dieser hat mit der konstituierenden Sitzung am 11. Juli seine Arbeit aufgenommen.

Nicht mehr kandidiert haben unser bisheriger Vizepräsident Jan Kusber (Universität Mainz) sowie Alexander Libman (FU Berlin). Wir bedanken uns bei ihnen für ihre langjährige engagierte Tätigkeit für die DGO.

Der neue Vorstand besteht aus den folgenden Personen:

- **Ruprecht Polenz**, Präsident
- **Gwendolyn Sasse** (ZOiS, HU Berlin), Vizepräsidentin
- **Sabine Fischer** (SWP), Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
- **Caroline von Gall** (Goethe-Universität Frankfurt)
- **Joachim von Puttkamer** (Universität Jena/Imre Kertész Kolleg)
- **Michael Rochlitz** (Universität Bremen)
- **Bärbel Schmidt-Šakić** (ZDF)
- **Michael Thumann** (Die ZEIT)
- **Anja Tippner** (Universität Hamburg)
- **Susann Worschech** (Viadrina)

Neu in den Vorstand gewählt wurden Joachim von Puttkamer und Michael Rochlitz, denen wir nochmals herzlich zu ihrer Wahl gratulieren und die wir an dieser Stelle kurz vorstellen möchten:



© Anne GüntherFSU Jena

Joachim von Puttkamer (Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Jena, Direktor des Imre Kertész Kollegs)

„Die Osteuropaforschung steht in Deutschland vor gleich mehreren großen Herausforderungen. Forschungsaufenthalte in Russland und Belarus sind auf absehbare Zeit nahezu unmöglich, ebenso in der Ukraine. Hinzu kommt die anstehende Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. Rückblickend habe ich seinerzeit unter vergleichsweise komfortablen, fast schon privilegierten Verhältnissen an meiner Dissertation und an der Habilitationsschrift arbeiten können. Das sehe ich heute als Verpflichtung, mit der DGO für Veränderungen einzutreten, die den Belangen jüngerer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gerecht werden und wieder belastbare akademische Karrierewege eröffnen.“



© privat

Michael Rochlitz (Associate Professor in the Economies of Russia, Eastern Europe and Eurasia an der Universität Oxford)

„Ich bin Associate Professor in the Economies of Russia, Eastern Europe and Eurasia an der Universität Oxford. In meiner Forschung untersuche ich den Effekt politischer Institutionen auf wirtschaftliche Prozesse in Russland, Zentralasien, China und Osteuropa. In der DGO möchte ich mich für die Internationalisierung des wissenschaftlichen Austausches einsetzen, insbesondere im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Großbritannien, zum Beispiel durch die Organisation gemeinsamer Fachtagungen mit der British Association for Slavonic and East European Studies (BASEES).“



Inta Mierina

Klaus-Mehnert-Preis



Sehen, Hören, Mitmachen: Die mediale Inszenierung der Moskauer Schauprozesse und die Mobilisierungskampagnen in der Sowjetunion, 1936–1938

Acelya Bakir

Die Moskauer Schauprozesse der Jahre 1936 bis 1938 bildeten den öffentlichen Höhepunkt des stalinistischen Terrors in der Sowjetunion. Nicht ihre vergleichsweise gut erforschte strafpolitische Dimension stellt Acelya Bakir in den Mittelpunkt ihrer Dissertation, sondern ihren Schau- und Zeigecharakter. Denn die Moskauer Prozesse dienten nicht allein der Verurteilung der Angeklagten, sondern richteten sich in drei breit angelegten Mobilisierungskampagnen an die einheimische Bevölkerung. Die politische Führung unter Stalin ließ die Schauprozesse mittels der Massenmedien – Periodika, Karikaturen, Plakate, Fotografien, Filme und Rundfunk – beschreiben, bebildern und erläutern. Parallel dazu schuf sie Partizipationsformate, um die Bevölkerung selbst Teil der Inszenierung werden zu lassen. Alle Sowjetbürger, Männer wie Frauen, in der Stadt und auf dem Dorf, im Zentrum in Moskau und in den Regionen sollten die Prozesse sehen, hören, erleben und bisweilen sogar an ihnen partizipieren.

Erstmals rückt Acelya Bakir die Moskauer Schauprozesse als Mobilisierungskampagnen in den Mittelpunkt und untersucht sie als Akt der politischen Kommunikation zwischen Staat und Bevölkerung. Der sowjetische Propagandastaat inszenierte die Prozesse in massenwirksamer und mobilisierender Weise durch eine Kombination medialer und partizipativer Kommunikationsformen. Dafür nutzte die Kremelführung drei unterschiedliche Kommunikationsebenen, die in den zentralen Kapiteln der Arbeit untersucht werden, um sich den Strategien des Stalin-Regimes zu nähern: die örtlichen Inszenierungen als Strafprozesse im Oktobersaal des Moskauer Gewerkschaftshauses, die multimediale Inszenierung sowie die in den Kampagnen formulierten Partizipationsforderungen. Die Studie verdeutlicht, in welcher umfassender Weise Stalin und seine Führungselite das Erleben der Inszenierung bewusst steuerten und wie sie versuchten, die Bevölkerung kollektiv als ‚Volksrichter‘ in das Geschehen einzubinden. Dafür setzt sich die Autorin im Einzelnen mit der Rolle aller eingesetzten Medienprodukte auseinander, die durch ihre spezifischen Eigenschaften und Wirkmechanismen im Sinne einer Visual History prägend auf die drei Prozesse wirkten und die Mobilisierungsstrategie der sowjetischen Führung beeinflussten. Als Quellengrundlage dienten ihr neben Archivdokumenten aus Moskau und dem Gebiet Čeljabinsk (Südrural), zeitgenössischen Periodika und Ego-Dokumenten vor allem vielfältige Bildquellen.

Mehr noch als die gleichermaßen inszenierten Gerichtsverfahren im Oktobersaal bewertet Acelya Bakir die davon weitgehend unabhängige zweite, mediale Inszenierung als ursächlich für das Mobilisierungspotential. Sie kann zeigen, inwiefern das Stalin-Regime als Mobilisierungsdiktatur agierte, die über ihre politische Kommunikation implizit und explizit Beteiligung einforderte, gerade bei solchen Praktiken, die über Leben und Tod entschieden.

Die von Beate Fieseler betreute Dissertation wird in der Schriftenreihe „Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa“ im Franz Steiner Verlag (Stuttgart) erscheinen.

Auszug aus der Laudatio

Die in diesem Jahr ausgezeichnete Arbeit der Historikerin Acelya Bakir befasst sich mit der medialen Inszenierung der Moskauer Schauprozesse und der damit verbundenen Mobilisierungskampagne in den Jahren 1936 bis 1938. Die Arbeit ist aus mehreren Gründen auszeichnungswürdig. Acelya Bakir gelingt es, mit ihren Forschungen neue Perspektiven auf ein Thema zu eröffnen, zu dem auf den ersten Blick bereits alles gesagt zu sein scheint. Die Autorin analysiert die Darstellung der Schauprozesse in verschiedenen Medien und fokussiert dabei auf das Mobilisierungspotenzial, das von der Inszenierung der Prozesse ausging. Bakir zeigt, wie die Prozesse dazu genutzt wurden, das omnipräsente staatliche Bedrohungs- und Verschwörungsszenario zu stärken und Teile der Bevölkerung für das Regime zu mobilisieren.

Hervorzuheben ist dabei vor allem der starke Fokus, den die Arbeit auf die Rezeptionsanalyse legt. Fragen nach der Reaktion des Publikums oder dessen Grad der Involviertheit haben bisher kaum Beachtung gefunden. Gleiches gilt für die Untersuchung des Rundfunks, über dessen Rolle Bakir signifikant neue Ergebnisse liefert. Besonders hervorzuheben ist hierbei Bakirs Analyse von Ego-Dokumenten, die wichtige Erkenntnisse über die Rezipient*innenseite liefert.

Auch wenn es sich bei Bakirs Studie um eine Arbeit aus dem Bereich der Geschichtswissenschaften handelt, so

ist sie doch auch für andere Disziplinen äußerst erkenntnisreich. Der Autorin gelingt es, Methoden und Themen aus den Literatur- und Kulturwissenschaften sinnhaft auf ihren Forschungsgegenstand anzuwenden und Fragen, die Aspekte wie Dramatisierung und Performanz im Zusammenhang mit den Schauprozessen betreffen, zu diskutieren. Methodisch bewegt sich Bakirs Arbeit damit auf der Höhe der Zeit. Über ihren eigentlichen Forschungsgegenstand hinaus liefert die Studie zudem wichtige Einblicke darin, wie Diktaturen medial funktionieren – Erkenntnisse, die angesichts der massiven Verbreitung von Propaganda über die Medien im heutigen Russland anschlussfähig an die Gegenwart sind.

Bakirs Arbeit kann dabei bereits heute durchaus als historisch betrachtet werden. Die Dichte des verwendeten Materials ist beeindruckend. Unter den aktuellen Umständen könnte eine Arbeit, die auf einem solchen Quellenfundus aus russischen Archiven aufbaut, nicht geschrieben werden.

Die Dissertation von Acelya Bakir eröffnet somit einen neuen Blick auf die Moskauer Schauprozesse und weiß mit ihrer Fokussierung auf die Vermittlung der zugehörigen Narrative wirklich etwas Neues zu erzählen. Die Arbeit ist damit mehr als preiswürdig und wir gratulieren Acelya Bakir herzlich zum Klaus-Mehnert-Preis 2022!

Anja Tippner, Jan Kusber

Karin-Wolff-Preis

Auf Initiative der Jungen DGO hat die DGO im Jahr 2023 erstmals den Karin-Wolff-Preis vergeben. Der Preis zeichnet herausragende Essays von Studierenden aus, die sich mit einem Thema befassen, das einen Bezug zum östlichen Europa aufweist. Auf diese Weise möchten wir junge Menschen dazu ermuntern, sich am Dialog über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Ostmittel- und Osteuropa zu beteiligen.

Im Jahr 2023 lautete das Thema „Nur vorübergehend? Perspektiven auf Flucht und Exil.“ Die Essays konnten sowohl aus gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Perspektive verfasst sein als auch aus (lokal)historischer, (auto)biographischer und literarischer.

Gewonnen hat der Beitrag „Wir sind die, die wachliegen“ von **Luisa Maria Schulz**. Herzlichen Glückwunsch!



Laudatio

In ihrem Text „Wir sind die, die wachliegen“ entwirft Luisa Maria Schulz einen eindringlichen Monolog in der Ich-Form. (Das szenische Format ist sicher kein Zufall: Luisa Maria Schulz studiert Szenische Dramaturgie an der August Everding Akademie in München.) Es ist der Monolog einer Geflüchteten – wir erfahren nicht aus welchem Land –, die dabei die Leserinnen und Leser direkt anspricht. Ein sehr subjektiver Text, der gleichzeitig allgemeingültige Wahrheiten erzählt. Hier bekommt eine Einzelne eine Stimme, die zur Stimme wird, die für viele Menschen spricht, die in Deutschland, in der EU Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen.

In eindrücklichen Sprachbildern schildert die Ich-Erzählerin die Suche nach Sicherheit als eine Suche voller Unsicherheiten, voller bürokratischer Hürden und Paragraphen. Es gibt kein Ankommen, das Leben wird zum Schwebestand: „Wir denken an unser Leben wie an Socken auf einer Wäscheleine, die drohen, wegzufiegen“, heißt es.

Es sind Gesetze, Paragraphen, aber auch gut gemeinte Ratschläge, die zu einer ständigen Habachtstellung führen, zu einer Angst, die körperlich wird:

„Der Körper lässt sich nichts vormachen, er weiß, dass Zurücklehnen hier nicht angezeigt ist.“

„[...] seit ich den Brief bekommen habe, bin ich zur Füchsin geworden. Auf der Straße habe ich immer die Umgebung im Blick.“

„Ich bin wie ein Tier, ich schlafe nur noch mit einer Körperhälfte.“

„Ich habe Hautleiden bekommen, Akne, Pilze, mir fallen allmählich die Haare aus. Ich habe das Gefühl, meine äußeren Schichten geben allmählich auf.“

Die Ich-Erzählerin beschreibt Flucht und Asyl als existenzielle Grenz- und gesellschaftliche Ausgrenzungserfahrung gleichzeitig: Gut gemeinte Euphemismen – „ihr seid Gäste“, „sieh es wie eine Reise, einen Urlaub“ – aber auch Vorwürfe wie „Ihr habt euch das doch selbst ausgesucht“ oder „Wir können ja nicht alle aufnehmen“, werden benannt, abgewägt, gekontert.

„Wir sind die, die wachliegen“, so heißt es im Titel, der die Frage „und wer seid ihr?“ unausgesprochen mit sich bringt. In der direkten Ansprache der Leserinnen und Leser wirkt der Text letztlich als Appell. Ein Appell an all die „Stadtteilmütter, Brückenbauer, Lotsen und wie sie alle so fürsorglich heißen“, an die im Text genannten „Berater, Anwälte, Sozialarbeiter, Kartenleger“, an die gesamte aufnehmende Gesellschaft. Ein Appell, dass auch wir uns nicht zurücklehnen sollten, sondern genauer hinschauen, welche sichtbaren und unsichtbaren Grenzen wir nach wie vor ziehen, per Zaun, Gesetz und Geste – wenn es doch eigentlich darum gehen sollte, Schutz zu bieten.

Für diese sprachlich ausgezeichnete, eindringliche und aufrüttelnde Beschreibung von Flucht verleiht die Jury, zu der neben mir auch Kateryna Mishchenko und Ulrich Schmid gehören, Luisa Maria Schulz den Karin-Wolff-Preis der DGO 2023. Herzlichen Glückwunsch!

Tamina Kutscher

Veröffentlichungen

Aliyev, Azar / Breig, Burkhard / Wedde, Rainer (Hgs.): [Recht als Brücke zwischen Ost und West. Festschrift für Prof. Dr. Alexander Trunk zum 65. Geburtstag.](#) Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2022. (<https://www.bwv-verlag.de/detailview?no=5501>)



Bos, Ellen / Lorenz, Astrid (Hgs.): [Politics and Society in Hungary. \(De-\)Democratization, Orbán and the EU.](#) Springer, Wiesbaden 2022. (<https://tinyurl.com/Politics-and-Society>)



Dalberg, Dirk: [Politisches Denken im tschechoslowakischen Dissens: Egon Bondy, Miroslav Kusý, Milan Šimečka und Petr Uhl \(1968–1989\).](#) Ibidem, Stuttgart 2023.

Darjeva, Tsypylma: [Making a Homeland: Roots and Routes of Transnational Armenia Engagement.](#) Transcript Verlag, Bielefeld 2023. (<https://tinyurl.com/Making-a-Homeland>)



Eriksroed-Burger, Magdalena / Hein-Kircher, Heidi / Malitska, Julia (Hgs.): [Consumption and Advertising in Eastern Europe and Russia in the Twentieth Century.](#) Palgrave Macmillan, Cham 2023.

Hausmann, Guido / Neutatz, Dietmar (Hgs.): [Das Erbe des Imperiums: Multinationale und regionale Aspekte der Ukrainischen Revolution 1917–1921.](#) Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte 31 (2022). Steiner Verlag, Stuttgart 2023.

Hofmeister, Ulrich / Riedler, Florian (Hgs.): [Imperial Cities in the Tsarist, the Habsburg, and the Ottoman Empires.](#) Routledge, New York 2023. Unter Mitarbeit von Eszter Gantner. (<https://tinyurl.com/Imperial-Cities-in-the-Tsarist>)



Lorenz, Astrid / Anders, Lisa H. (Hgs.): [EU Citizenship Beyond Urban Centres. Perceptions and Practices of Young People in East Central European Peripheral](#)

[Areas.](#) Springer, Wiesbaden 2023. (<https://link.springer.com/book/9783031297922>)



Luchterhandt, Otto: [Nationalstaat Ukraine. Staatsrecht – Verwaltungsrecht – Völkerrecht Recht in Ostmittel-, Südost und Osteuropa/GUS.](#) Bd. 22. LIT Verlag, Berlin 2023.

Meier, Katja / Lorenz, Astrid / Wendel, Mattias (Hgs.): [Rule of Law and the Judiciary.](#) Nomos, Baden-Baden 2023. (<https://tinyurl.com/Rule-of-Law-and-the-Judiciary>)



Nolte, Hans-Heinrich (Hg.): [Schwerpunkt: Eurasien zwischen neuem Westen und altem Osten: Einleitung](#) (=Zeitschrift für Weltgeschichte 23 (1) 2023). Peter Lang Verlag, Lausanne 2023.

Plotnikov, Nikolaj (Hgs.): [Die Philosophie der russischen Revolution. Ein Rückblick nach einem Jahrhundert.](#) LIT Verlag, Berlin 2023.

Plotnikov, Nikolaj (Hg.): [Pered licom katastrofy. Sbornik statej.](#) LIT Verlag, Berlin 2023. (Плотников, Николай: Перед лицом катастрофы. Сборник статей. LIT Verlag, Берлин 2023.) (<https://www.lit-verlag.de/isbn/978-3-643-15317-3>)



Schatz, Stefan Johann: [Unterricht für die „Grenzlanddeutschen“. Das deutschsprachige Schulwesen im Reichsgau Sudetenland 1938–1945.](#) Forschungen zu Geschichte und Kultur der böhmischen Länder, Bd. 6. Peter Lang, Berlin 2023.

Schmitt, Oliver Jens / Stauber, Reinhard (Hgs.): [Friede durch Volksabstimmungen? Selbstbestimmungsrecht und Gebietsreferenden nach 1918.](#) Verlag der Österreichischen Akademie für Wissenschaft, Wien 2022.

Schmitt, Oliver Jens: [Biserica de Stat sau Biserica în Stat? O istorie a Bisericii Ortodoxe Române 1918–2023 \[Staatskirche oder Kirche im Staat? Eine Geschichte der](#)

[Rumänischen orthodoxen Kirche 1918–2023\].](#) Humanitas, Bukarest 2023.

Schulze Wessel, Martin: [Der Fluch des Imperiums. Die Ukraine, Polen und der Irrweg in der russischen Geschichte.](#) C.H. Beck, München 2023.

Thumann, Michael: [Revanche. Wie Putin das bedrohlichste Regime der Welt geschaffen hat.](#) C.H. Beck, München 2023.

Troebst, Stefan: [Abschiedsvorlesung 2021: Leipzig, die DDR und ich. Anhang: „On Trying to be a Historian of Eastern Europe“.](#) Eine migrationslastige Zwischenbilanz. Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2022.

Wieser, Bernd / Lazur, Yaroslav / Karabin, Tetyana / Bilash, Oleksandr (Hgs.): [Osoblive administrativne pravo. Pidručnik \[Besonderes Verwaltungsrecht. Lehrbuch\].](#) Verlag Helikon, Odesa 2022.

Wieser, Bernd / Lazur, Yaroslav / Karabin, Tetyana / Bilash, Oleksandr (Hgs.): [Besonderes Verwaltungsrecht der Ukraine.](#) Verlag Österreich, Wien 2023.

Personalien

Aufnahmen

Baake, Jonas / Köln
Baar, Torsten / Sevenoaks
Bilban, Christoph / Wien
Böhm, Helene / Berlin
Boricheva, Anna / München
Brömel, Joseph Karl-Friederich / Gießen
Ergican, Silvan Ilkay / Stuttgart
Fait, Ricarda / Berlin
Fährmann, Andreas / Schönebeck
Flach, Antonia / Jena

Foltyn, Claudia / Augsburg
Foret, Pauline / Berlin
Geißendörfer, Katharina / Bühl
Gorskiy, Alexander / Rottenburg am Neckar
Haluch, Veronika / Berlin
Hassebrauck, Lukas / Berlin
Heberger, Elisabeth / München
Höhne, Steffen / Berlin
Klemm, Volker / Mainz
Kurzweil, Moritz / Leipzig
Reck, Hans-Joachim / Berlin
Reis, Ben Robinson / Gießen
Rjabcew, Kira / Köln
Röger, Maren / Leipzig
Schatz, Stefan Johann / Berlin
Scheltjens, Werner / Bamberg
Scherer, Tim / Stuttgart
Schuchardt, Kim / Jena
Schmäing, Sophie / Berlin
Schuffert, Filip Emanuel / Gießen
Schwenck, Anna / Berlin
Sukhankina, Daria / München
Tchertov, Konstantin / Leipzig
Tikhomirova, Anastasia / Berlin
Töpfl, Florian / Passau
Umansky, Andrej / Köln, Washington
Voß, Thomas / Amt Wachsenburg
Vogelberg, Daria Alexandra / Wien
Wittkamp, Kristina / Passau
Wöll, Alexander / Berlin
Zeitler, Anna Marie / Regensburg

Abschiede

– **Prof. Dr. Julia Obertreis,** Berlin / Erlangen. Verstorben am 11. Oktober 2023
 – **Dr. Alexander Armand Arnot,** Berlin. Verstorben am 15. August 2023
 – **Prof. Dr. Klaus Heller,** Fürth. Verstorben am 12. Juli 2023
 – **Karin Wieland,** Heidelberg. Verstorben am 22. März 2023



Junge DGO im 1. Halbjahr 2023

Ein ereignisreiches erstes Halbjahr 2023 liegt hinter der Jungen DGO, geprägt von vielfältigen Aktivitäten und Veranstaltungen. Auftaktgebend war das erste große Aktiventreffen aller Leitungspersonen der Regional- und Arbeitsgruppen, sowie der Veranstaltungsteams, zu dem die Regionalgruppe München im Januar eingeladen hatte.

Im März erfolgte die Wahl von Olessia Seminina als neue Sprecherin der Jungen DGO, während Annemarie Polheim für ein weiteres Jahr im Amt bestätigt wurde. Olessia Seminina löst Johannes Kleinmann nach zwei Jahren ab. Mit ihrer Erfahrung als ehemalige Projekt- und Veranstaltungsmanagerin in der Geschäftsstelle der DGO bringt Olessia vielfältige Einblicke in die Arbeit der DGO und Jungen DGO mit. Olessia und Annemarie starteten ihre Zusammenarbeit mit einem Jahresplanungstreffen in Erfurt und sind mittlerweile ein eingespieltes Team. Wir freuen uns über die Wahl!

Vom 29. Juni bis 1. Juli fand in Regensburg die alljährliche Junge Osteuropaexpert*innen Tagung (JOE-Tagung) statt. Olha Martyniuk, Niklas Platzer und Tila de Almeida Mendonça eröffneten die Tagung und zogen anlässlich des 30sten Geburtstags der JOE-Tagung eine positive Zwischenbilanz. Die Vorbereitungen für die zweite selbstverwaltete Studitagung «Was bleibt? Що залишається?» im September und die 6. Berufsorientierungstagung ZUKUNFT OSTEUROPA im Oktober sind ebenfalls in vollem Gange. ZUKUNFT OSTEUROPA

wird erstmals als zweitägige Veranstaltung an der Viadrina Universität in Frankfurt/Oder stattfinden.

Das erste Halbjahr 2023 brachte zudem eine Erweiterung der Arbeitsgruppen (AG) mit sich: Unter der Leitung von Magdalena Eriksröd-Burger und Niklas Platzer wurde die AG Internationalisierung auf Initiative aktiver Mitglieder gegründet, die sich mehr Vernetzung im Ausland – zunächst im DACH-Raum – wünschen und selbst Auslandserfahrung mitbringen oder nicht in Deutschland wohnen. Die AG plant, im Laufe des Jahres erste Veranstaltungen und Vernetzungstreffen zu organisieren. Wir freuen uns über neue Impulse!

Die weiteren Arbeitsgruppen waren ebenfalls aktiv: Die AG Diversität und Chancengleichheit plant neben ihrem Engagement als Ombudspartei Workshops zu Schlüsselqualifikationen, und die AG Mentoring – Camilla Lopez und Leopold von Tippelskirch – beendete im Juli ihren 4. Turnus, bei dem Junge DGOler*innen mit berufserfahreneren Mitgliedern zusammenkommen. Der 5. Turnus des Mentoringprogramms ist derzeit in Vorbereitung.

Auch die Regionalgruppen (RG) waren mit der Organisation von Vernetzungstreffen und Veranstaltungen beschäftigt. Die RG Leipzig organisierte beispielsweise Workshops zum Publizieren in wissenschaftlichen Journals, sowie zu den Herausforderungen für die junge Osteuropawissenschaft in Zeiten multipler Krisen. Die RG München veranstaltete Podiumsdiskussionen, unter anderem mit der Historikerin Franziska Davies, und die RG Bremen organisierte die Veranstaltungsreihe Ostopie (s. Veranstaltungsbericht).

Die Mitgliederversammlungen der Jungen DGO und DGO am 15. Juni in Berlin brachten viele aktive Mitglieder zusammen. Im Anschluss folgte die Jahrestagung der DGO, die dem Thema Flucht und Exil gewidmet war. Erstmals erfolgte zum Auftakt die Verleihung des Karin-Wolff-Preises für den studentischen Essaywettbewerb, der im letzten Jahr von der Jungen DGO konzipiert wurde und nun jährlich ausgeschrieben wird. Die Sprecherinnen der Jungen DGO organisierten zudem eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Solidaritätsnetzwerke und Bruchlinien in den russischsprachigen Communities“ mit Alexander Meienberger, Alina Jašina-Schäfer und Wanja Kilber, die Einblicke in die Lebensrealitäten und Konflikte der vielfältigen Communities seit Beginn des russländischen Kriegs gegen die Ukraine 2022 bot.

Die Junge DGO beschäftigte sich zudem mit der Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Eine Kommission aus Vorstandsmitgliedern der DGO und Vertreter*innen der Jungen DGO – Anne Kluger und Sven Jaros – erarbeitete eine Stellungnahme, die den Bedarf an angemessenen und längerfristigen Anstellungsverhältnissen gerade im Bereich der Area Studies unterstreicht.

Insgesamt war das erste Halbjahr 2023 für die Junge DGO sehr ereignisreich. Die positive Entwicklung der Arbeits- und Regionalgruppen sowie der Veranstaltungsteams und das Engagement unserer Mitglieder lassen uns mit großer Vorfreude und Enthusiasmus auf das weitere Jahr blicken.

Ostopie

In Kooperation mit der Heinrich Böll-Stiftung Bremen und dem Theater Bremen

8. November 2022, 29. Januar, 21. Februar, 22. April und 15. Mai 2023, Bremen

Bericht: [Caroline Finkeldey](#)

Mit einem Pubquiz auf dem Goetheplatz endete am 30. Juni die Ostopie-Veranstaltungsreihe, die die Junge DGO Bremen gemeinsam mit der Heinrich Böll-Stiftung Bremen und dem Theater Bremen organisierte. Insgesamt sechs Veranstaltungen näherten sich dem östlichen Europa aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln und luden dazu ein, den eigenen Blick auf die Region zu hinterfragen. Ziel der Reihe war es, einer breiten Öffentlichkeit Wissen über Osteuropa jenseits der bloßen Tagespolitik zu vermitteln. Neben klassischen Vorträgen und Lesungen fanden ein Pubquiz, ein Science Slam und ein ganztägiger Workshop statt.

Den Auftakt der Reihe machte im November eine Lesung mit Franziska DAVIES (München) aus ihrem Buch „Offene Wunden Osteuropas“, das sie gemeinsam mit Katja MAKHOTINA veröffentlichte. Die Veranstaltung fand hybrid statt. Die beiden Schauspieler*innen Nadine GEYERSDORFER und Siegfried W. MASCHEK vom Theater Bremen lasen Auszüge aus dem Buch, während Davies – zugeschaltet über Zoom – Fragen beantwortete.

SPANNENDE FORMATE ERÖFFNEN NEUE PERSPEKTIVEN AUF DIE REGION

Die zweite Veranstaltung widmete sich im Januar eher theoretischen Fragen. Unter dem Titel „Was ist ‚Osteuropa‘?“ referierte Elisa SATJUKOW (Leipzig) zur Erfindung „Osteuropas“ und den damit verbundenen Stereotypen und Vorurteilen. Nach einem sehr kurzweiligen Vortrag, der mit einer kurzen Lesung eines Auszugs von Karl May durch Schauspieler Maschek begann, stellte Satjukow sich den Fragen des Publikums.

Um feministische Proteste im östlichen Europa ging es in der dritten Veranstaltung. Ein sehr diverses Panel, das aktivistische, journalistische und wissenschaftliche Perspektiven verband, diskutierte über feministische Solidarität, LGBT-Rechte und die Zukunft der verschiedenen Protestbewegungen. Input zu Polen steuerte Rebekka PFLUG von der Universität Wien bei, die Journalistin Tetiana GONCHARUK (Berlin) und die Aktivistin Masha RUBINA (Bremen) sprachen zur Ukraine beziehungsweise Belarus.

Die Ostopie #4 fand als ganztägiger Workshop statt. Der Berliner Jurist und Antirassismustrainer Sergej PROKOPKIN führte in das Thema Antislawismus ein, der sich gegen Menschen aus dem östlichen Europa richtet. Neben den historischen Hintergründen und der Verschränkung mit anderen Diskriminierungsformen ging es auch um die Frage, was jede*r Einzelne selbst gegen Antislawismus tun kann. Die 20 Plätze waren schnell ausgebucht, sodass es sogar eine Warteliste gab.

SCIENCE SLAM UND PUBQUIZ ALS HÖHEPUNKTE

Höhepunkt der gesamten Reihe war der Science Slam, der im Mai stattfand. Über 100 Besucher*innen fanden den Weg in das große Foyer des Theater Bremen, um vier jungen Wissenschaftler*innen beim Kampf um das „Große Ostopie O“ zuzuschauen. Beim Science Slam haben die Teilnehmer*innen zehn Minuten Zeit, um ihre eigene Forschung kurzweilig und unterhaltsam dem Publikum vorzustellen, das am Ende über den besten Beitrag des Abends entscheidet. Den Anfang machte Doktorand und Junge-DGO-Mitglied Phillip SCHROEDER (Düsseldorf) mit einem Slam über den Bau der Taschkenter Metro. Darauf folgte Nina KRIENKE (Bremen), die zu Protestbewegungen in Rumänien promoviert und ihren Slambeitrag mit dem verbreiteten Protestruf der Demonstrant*innen in Rumänien abschloss. Mit einem sehr persönlichen Beitrag trat Daniel GEBEL (Oldenburg) an, der zu Traditionen und Erinnerungen russlanddeutscher Aussiedler*innen und Kontingentflüchtlinge in Deutschland sprach. Als einzige



(v.l.n.r.) Phillip Schroeder, Nina Krienke, Daniel Gebel, Katsiaryna Yashchuk

Masterstudentin konnte Katsiaryna YASHCHUK (Halle-Wittenberg) den Sieg im Science Slam erringen. Sie stellte die Ergebnisse ihrer Masterarbeit vor, in der sie untersuchte, wie sich die belarussische Protestbewegung von 2020 im Exil weiter organisierte.

Den Abschluss der Reihe bildete im Juni ein Pubquiz, das unter dem Motto „Von Osteuropa lernen“ stand. Neun Teams stellten sich verschiedenen Fragen zum östlichen Europa in den Kategorien „Politik und Gesellschaft“, „Technik und Umwelt“ und „Kunst und Kultur“.

BILDUNG GEHT DURCH DEN MAGEN

Die Besucher*innen erwarteten aber nicht nur neue Perspektiven auf Osteuropa, sondern auch kulinarische Genüsse. Künstler und Regieassis-

tent Viktor LAMERT servierte den Gästen verschiedene Soljanka-Variationen auf den einzelnen Veranstaltungen. Moderiert wurde die Reihe von Josephine ASSMUS, Ariane BRACHMANN und Caroline FINKELDEY. Alle Veranstaltungen fanden in den Räumlichkeiten des Theater Bremen statt.

Dank dem Engagement der Heinrich Böll-Stiftung sind fast alle Veranstaltungen der Reihe auch online verfügbar und können auf dem Youtube-Kanal der Stiftung nachgeschaut werden: <https://tinyurl.com/Ostopie>



Aktuelles aus der Osteuropaforschung

Personalien

Zweigstellen

Seit Sommer 2023 hat die DGO eine neue Zweigstelle! Unter der Leitung von Tanja Penter und Bettina Kaibach wurde die Zweigstelle Heidelberg gegründet.

Tanja Penter ist seit 2013 Professorin für Osteuropäische Geschichte an der Universität Heidelberg. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen die ukrainische und russische Geschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, der Diktaturvergleich Stalinismus - Nationalsozialismus, deutsche Besatzungsverbrechen in der Sowjetunion und ihrer juristischen Aufarbeitung sowie Fragen von Wiedergutmachung, Geschichtspolitik und Erinnerungskonflikten in Osteuropa. Sie ist aktuell wissenschaftliche Leiterin der Forschungsstelle Antiziganismus der Universität Heidelberg sowie Sprecherin des DFG-Graduiertenkollegs 2840 „Ambivalente Feindschaft“. Zudem ist sie Mitglied der Deutsch-Ukrainischen und der Deutsch-Russischen Historischen Kommissionen.

Die Slawistin und Anglistin **Bettina Kaibach** ist als Lehrkraft für besondere Aufgaben am Slavischen Institut der Universität Heidelberg tätig. Sie war Mitarbeiterin im DFG-Projekt „Sovetish heymland (Moskau, 1961–1991): Navigationshilfe und kritischer Kommentar zu einer jiddisch-sowjetischen literarischen Zeitschrift“ und hatte eine DAAD-Kurzzeitdozentur an der Universität Zagreb inne. Zu ihren Schwerpunkten in Forschung und Lehre zählen u.a. jüdische Literatur in Osteuropa, literarisches Übersetzen, die Repräsentation des Holocaust in Film und Literatur sowie russisch-amerikanische Literaturbeziehungen. Bettina Kaibach ist auch als Publizistin (FAZ, Tagesspiegel) und literarische Übersetzerin aus dem Russischen und Tschechischen tätig. Beim Carl Hanser Verlag erschienen unter ihrer Mitherausgeberschaft ihre Übertragungen von Isaak Babels Gesamtwerk, für die sie ein Exzellenz-Stipendium des Deutschen Übersetzerfonds erhielt.

Werner Scheltjens, Professor für Digitale Geschichtswissenschaften an der Universität Bamberg, hat die Leitung der DGO-Zweigstelle Bamberg übernommen. Werner Scheltjens war von 2013 bis 2019 Akademischer Assistent am Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Leipzig sowie von 2019 bis 2020 Senior Researcher im DFG-Projekt „Resilienz-Management in Handel, Transport und Finanzwesen zwischen Elbe und Weichsel: Die Handelshäuser Loitz, Grieben und Lindholz, 1544–1576“. 2020 wurde er in Leipzig habilitiert und ist seit 2021 Lehrstuhlinhaber in Bamberg. Seine Forschungsschwerpunkte liegen neben den digitalen Geschichtswissenschaften auf der Wirtschafts- und Sozialgeschichte und der Osteuropäischen Geschichte. Werner Scheltjens löst Sandra Birzer als Leiterin der Zweigstelle ab. Wir bedanken uns bei Frau Birzer für ihre langjährige und engagierte Arbeit.

Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) zur geplanten Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes im Hinblick auf die Area Studies

Die angekündigte Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) hat eine Debatte über die Arbeitsbedingungen von Nachwuchswissenschaftler*innen und deren Zukunftsperspektiven entfacht. Nachdem ein Mitte März vorgelegtes Eckpunktepapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) nach scharfer Kritik wieder zurückgezogen wurde, veröffentlichte das Ministerium am 6. Juni 2023 einen überarbeiteten Referentenentwurf. Die Probleme, die das Gesetz insbesondere für die Area Studies verursacht, werden durch diesen Entwurf allerdings nicht behoben. Am 12. Juli 2023 haben wir daher ein Statement zur geplanten Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes veröffentlicht und auf die negativen Folgen hingewiesen, die das Gesetz in seiner aktuellen Form für die Area Studies und damit die so wichtige Osteuropaexpertise hat. In einem Brief hat sich Ruprecht Polenz als Präsident der DGO mit der Bitte an die zuständige Ministerin Bettina Stark-Watzinger gewandt, diese Folgen im weiteren Prozess der Novellierung des Gesetzes zu bedenken.

An der Ausarbeitung der Stellungnahme waren in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle sowohl Professor*innen aus verschiedenen Disziplinen als auch Vertreter*innen des Mittelbaus sowie der Jungen DGO beteiligt. Wir bedanken uns bei Caroline von Gall, Sven Jaros, Anne Kluger, Jan Kusber, Anja Tippner und Susann Worschech für ihre engagierte Arbeit.

Die Stellungnahme im Wortlaut:

Die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. (DGO) begrüßt die Initiative des Ministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), die Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft zu verbessern. Die geplante Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) geht aber – auch im Referentenentwurf vom 6. Juni 2023 – an den Logiken wissenschaftlicher Arbeitszusammenhänge und den Bedürfnissen von Wissenschaftler*innen in der beruflichen Etablierungsphase vorbei. Da für die sogenannten Area Studies darüber hinaus spezifische Forschungsbedingungen gelten, verbindet die DGO ihre Kritik an den Novellierungsvorschlägen mit Hinweisen zur speziellen Situation in den osteuropabezogenen Wissenschaften.

Für **Postdocs** ist eine Höchstbefristungsdauer von vier Jahren geplant. Die mögliche Verlängerung um zwei weitere Jahre ist an eine Anschlusszusage für ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis gebunden. Ohne tiefgehende Änderungen des gesamten Systems werden Universitäten und Hochschulen weder bereit noch in der Lage sein, eine solche Anschlusszusage auszusprechen. Somit erhöht der Referentenentwurf de facto den ohnehin schon hohen Druck im Postdoc-Bereich drastisch. Es muss an dieser Stelle betont werden, dass das Wissenschaftszeitvertragsgesetz ohnehin eine gesetzliche Grundlage für eine Ausnahmeregelung vom geltenden Arbeitsrecht darstellt, da der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst vorsieht, dass Arbeitsverhältnisse grundsätzlich unbefristet geschlossen werden.

Hinzu kommen besondere **Anforderungen**, die sich für Wissenschaftler*innen **aus den Area Studies** bei der beruflichen Etablierung stellen. Die Forschung zu einer spezifischen Region ist äußerst voraussetzungsvoll und erfordert häufig zusätzlichen Arbeitsaufwand (Erwerb von Sprach- und Landeskenntnissen, längere Auslandsaufenthalte zur Feldforschung, verbunden mit der zunehmend schwierigen Beantragung von Forschungsvisa etc.). Die Forschungsregion Osteuropa ist zudem geprägt von autoritären Regimen, Regionalkonflikten und Krieg. Während dies die gesellschafts-

politische Relevanz der Forschung erhöht, sind die Forschungsbedingungen wesentlich schwieriger als die wissenschaftliche Beschäftigung mit westlichen Gesellschaften und Systemen.

In den **Geisteswissenschaften** wird in Deutschland zudem erwartet, sich mit dem Postdoc-Vorhaben ein zweites Forschungsfeld zu erschließen, das sich deutlich von der Promotion unterscheidet. In der Osteuropa-Forschung bedeutet dies meist nicht nur den Wechsel der Epoche, sondern auch des Untersuchungsraums. Nicht selten ist hierfür das Erlernen einer weiteren Fremdsprache unumgänglich. Um ein Fach möglichst breit vertreten zu können, gilt diese Anforderung bei der Stellenbesetzung sowohl für Habilitierte als auch für Wissenschaftler*innen mit habilitationsäquivalenten Forschungsprojekten. Schon bei einer Vertragslaufzeit von sechs Jahren sind die Anforderungen an Postdocs sehr hoch. Mit dem neuen 4+2-Modell ist die Erschließung neuer Forschungsschwerpunkte in den Area Studies noch weniger leist- und vertretbar.

In den **Sozialwissenschaften** stehen Postdocs vor dem Zielkonflikt, sich entweder tiefergehend mit dem Kontext einer Region zu beschäftigen oder sich weiter methodisch in der „Mutterdisziplin“ zu qualifizieren. In einem stark quantifizierten System, in dem es vor allem um maximalen Output in kürzester Zeit geht, werden so Anreize gesetzt, sich von der Region abzuwenden und sich auf Systeme oder Forschungsgebiete mit einem einfachen Feldzugang zu konzentrieren. Kürzere Befristungszeiten würden diesen Trend noch unterstützen – mit katastrophalen Folgen für die Regionalexpertise.

Darüber hinaus ist die geplante Höchstbefristungsdauer von vier Jahren nicht mit den allgemeinen Anforderungen an die Qualifizierung für Professuren oder andere Senior-Positionen in der Wissenschaft vereinbar. Allein die Veröffentlichung der Forschungsergebnisse, eine Grundvoraussetzung für die weitere Qualifizierung, ist sehr langwierig. Dies gilt sowohl für Habilitationsschriften als auch für das „zweite Buch“ oder Artikel in

Zeitschriften mit einem Peer-Review-Verfahren. Neben der eigenen Forschungstätigkeit müssen Postdocs sich u.a. in der Lehre qualifizieren und sich an der akademischen Selbstverwaltung beteiligen. Zudem ist die erfolgreiche Einwerbung von Mitteln zur Forschungsförderung inzwischen ein wichtiges Kriterium für die Besetzung von Professuren.

Ohnehin sind Postdocs im deutschen Wissenschaftssystem nach internationalen Standards im Nachteil. Juniorprofessuren ohne die Aussicht auf eine Entfristung (Tenure) sind mittlerweile europaweit eher die Ausnahme. Die gängige Praxis, hochqualifizierte Forschungskräfte zu entlassen, macht das deutsche System international nicht konkurrenzfähig. Auch für die angestrebte Internationalisierung des Wissenschaftsstandorts Deutschland ist die geplante Verkürzung der Befristungsdauer von Verträgen daher hochproblematisch – zumal Wissenschaftler*innen aus dem Ausland einige Zeit benötigen, um sich in das deutsche Wissenschaftssystem einzuarbeiten.

Die Entwicklungen der letzten zwei Jahrzehnte zeigen, dass die **Reproduktionsfähigkeit der osteuropabezogenen Wissenschaften** im deutschen Wissenschaftssystem nicht mehr gewährleistet ist. Die Entscheidung von Wissenschaftler*innen zwischen dem Verbleib in den Area Studies oder der Fokussierung auf eine Einzeldisziplin fällt in die Postdoc-Phase. Die Erfahrung zeigt, dass sich gerade im Bereich der Sozialwissenschaften schon jetzt viele junge Wissenschaftler*innen aus berufsstrategischen Gründen gegen die Regionalexpertise entscheiden.¹ In Disziplinen wie den Politik-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften oder der Soziologie erweist sich der regionale Fokus sogar als Nachteil bei der Bewerbung auf Dauerstellen. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, so wird Deutschland als Wissenschaftsstandort mit einer langen Tradition in den Osteuropawissenschaften perspektivisch nicht mehr in der Lage sein, Wissenschaftler*innen in den osteuropabezogenen Disziplinen auszubilden. Gravierende Engpässe zeigen sich schon jetzt in den oben genannten Disziplinen.

Der Erhalt der Reproduktionsfähigkeit dieser Disziplinen ist auch aus einem weiteren Grund sehr wichtig. Valide wissenschaftliche Expertise über das östliche Europa erfordern den engen Austausch mit Wissenschaftler*innen aus der Region – sowohl mit Personen, die vor Ort kritische Wissenschaft betreiben, als auch mit denjenigen Wissenschaftler*innen, die inzwischen im Exil arbeiten. Der Aufbau und die Pflege derartiger fachlicher Netzwerke sind sehr arbeitsaufwändig, aber auch über die Wissenschaft hinaus äußerst gewinnbringend für die internationalen Beziehungen Deutschlands zu den Ländern im östlichen Europa.

Zukunftsorientierte Wissenschaftssysteme stehen immer in einem Spannungsverhältnis von notwendiger institutioneller Dynamik und individueller Planbarkeit von Karrierewegen. Es ist daher nicht zielführend, bei der Reform des Wissenschaftssystems isoliert bei der Höchstbefristungsdauer von Stellen anzusetzen, ohne das Wissenschaftssystem als Ganzes im Blick zu haben. Erforderlich ist auch eine Diskussion über neue entfristete Stellenprofile jenseits der Professuren, Anforderungen an Personalstellen und Kriterien für ihre Überprüfung sowie über die Frage einer Grundfinanzierung von Lehre und Forschung. Dazu hat sich die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag bekannt und ein Bund-Länder-Programm in Aussicht gestellt, dass „1) alternative Karrieren außerhalb der Professur, 2) Diversity-Management, 3) moderne Governance-, Personal- und Organisationsstrukturen fördern“² soll.

Mit der Veröffentlichung des Referentenentwurfs vom 6. Juni hat das BMBF unterstrichen, dass es seiner Verantwortung nicht gerecht wird, eine solche Diskussion anzustoßen. Die Qualität und Attraktivität von Deutschland als Wissenschaftsstandort kann nur gewährleistet werden, wenn Institutionen weiterhin eine ausreichende Flexibilität in ihrer Personalpolitik haben und Wissenschaftler*innen gleichzeitig eine größere Planungssicherheit für ihre berufliche und private Zukunft erhalten. Diesen Spagat sollte das novellierte Wissenschaftszeitvertragsgesetz adressieren und entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen setzen.

Das neue Wissenschaftszeitvertragsgesetz sollte dabei auch den interdisziplinären, regionalen und überregionalen wissenschaftlichen Austausch im Blick haben und umfassend ermöglichen. Auch kleinere Maßnahmen, wie die einjährige Vertragsverlängerung zum Erlernen einer forschungsrelevanten Fremdsprache oder bei besonders aufwändiger Feldforschung, sind dabei hilfreich. Insgesamt sind aber strukturelle Maßnahmen erforderlich: Gerade die regionalwissenschaftliche Spezialisierung kann nur durch eine ausreichende Anzahl von Stellen mit der Perspektive auf eine Entfristung gesichert werden. Die Gesetzesnovelle erhebt den Anspruch, den Tenure-Track-Gedanken in das Wissenschaftszeitvertragsgesetz zu integrieren. In der Praxis könnte dies aber zu einer deutlichen Verschärfung der Arbeitsbedingungen führen, wenn ein solcher Vorstoß nicht von Vorschlägen für neue Stellenprofile oder Personalstrukturen begleitet wird. Hierzu werden Länder und Hochschulen aber nur mit einem neuen System der Grundfinanzierung im Stande sein. Der vorliegende Entwurf des BMBF stellt demnach keine Reform, sondern eine Fortschreibung der prekären Arbeitssituation junger Wissenschaftler*innen dar, der das System der Befristung noch dysfunktionaler macht.

Quellenangaben:

1. CINDY WITTKKE: *Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine – Ein »Virolog:innen-Moment« für die deutsche Osteuropaforschung?* In: Russland-Analysen Nr. 438, S. 2–4.
2. *Koalitionsvertrag 2021–2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Bündnis 90 / Die Grünen und den Freien Demokraten (FDP)*, S. 19.

„Einfach nur die Höchstbefristungsdauer weiter zu verkürzen, wird keines der Probleme lösen.“

Das WissZeitVG beeinflusst vor allem die Karriere- und Lebenswege junger Wissenschaftler*innen. Viele kritisieren eine fehlende Zukunftsperspektive und Probleme im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. DGO-Mitglied Sven Jaros ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter sowie Vater zweier Kinder direkt vom Gesetz betroffen und hat mit uns über den aktuellen Reformprozess gesprochen.

DGO: Inwiefern hat das WissZeitVG Deine wissenschaftliche Karriereplanung beeinflusst?

Sven Jaros: Ich hatte bisher immer sehr großes Glück mit meinen Anstellungsverhältnissen. Das Gesetz war aber zumindest einer der Gründe, warum ich nach der Promotion lange überlegt habe, ob ich weiter in der Wissenschaft tätig sein will. Ich kenne viele hochqualifizierte Kolleg*innen, die mit ca. 50 entweder die Wissenschaft verlassen (müssen), oder hoffen, dass sie sich von Projekt zu Projekt in die Rente hangeln können.

Für mich sitzt daher in der PostDoc-Phase noch stärker der Druck im Nacken. Mittlerweile habe ich das Gefühl, mich als Wissenschaftler etabliert zu haben mit eigenständigen Themen, Drittmiteleinwerbungen, internationalen Netzwerken und zahlreichen Publikationen. Was man halt so macht. Dennoch werde ich auch mit Mitte 40 noch nicht wissen, ob ich dauerhaft im System bleiben darf/kann. Da kommen einem schon Zweifel.

DGO: Hat das Gesetz aus Deiner Sicht Auswirkungen auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Wissenschaft?

Jaros: Auf jeden Fall; positive wie negative. Die unkomplizierte Anrechnung von Kindern auf die Höchstbefristungsdauer ist ein großer Vorteil, auch im Vergleich zu anderen Rechtsräumen im öffentlichen Dienst. Aber zur Wahrheit gehört auch: Der von mir angesprochene Druck führt auch dazu, dass viele Akademiker*innen, besonders Frauen, einen vorhandenen Kinderwunsch zurückstellen, um ihre Aussichten nicht zu schmälern.

Mit zwei Kindern kann ich das nachvollziehen, auch wenn ich sehr dankbar und froh darüber bin, dass meine Frau (ebenfalls Wissenschaftlerin) und ich die eigene Kleinfamilie nicht hinter die Karriere zurückgestellt haben. Druck und strukturelle Benachteiligung von Frauen bzw. Menschen mit Care-Verpflichtungen gibt es aber natürlich auch in anderen Berufsfeldern. Hier besteht gesamtgesellschaftlich Handlungsbedarf, der weit über eine Reform des WissZeitVG hinaus geht.

DGO: Wo siehst Du den größten Reformbedarf beim WissZeitVG?

Jaros: Einerseits muss das Zuschieben des Schwarzen Peters zwischen Bund, Ländern und Hochschulen ein Ende haben. Dafür braucht es aber ein neues Agreement der Grundfinanzierung von Wissenschaft, was nur mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen zusammen funktionieren wird. Initiativen wie NGAWiss haben hier tolle Rechenmodelle, wie sich das System ändern ließe, ohne einen Cent mehr dafür auszugeben.

Andererseits braucht es mehr Ehrlichkeit. Wenn man die Bayreuther Erklärung der Kanzler*innen von September 2019 liest, bekommt man den Eindruck, junge Doktorand*innen und PostDocs sind nur für die eigene Qualifizierung angestellt. Das ist schlicht falsch. Sie erfüllen vielfältigste Aufgaben und halten den ganzen Laden am Laufen bzw. zusammen. Es braucht neue entfristete Stellenprofile jenseits der Professur. Damit ließen sich faire Perspektiven schaffen und Aufgaben sinnvoller verteilen. Das BMBF würde darauf sagen: Ja, aber das kann das WissZeitVG nicht leisten! Ok, dann kann man das Gesetz eben nur ändern, wenn es dazu flankierende Maßnahmen gibt. Dazu stehen im Koalitionsvertrag klare Ziele, zu denen sich das BMBF nicht bekennt. Einfach nur die Höchstbefristungsdauer weiter zu verkürzen, wird keines der Probleme lösen.



© Katrin Möller

Sven Jaros ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Martin-Luther-Universität und dem Aleksander-Brückner-Zentrum für Polenstudien in Halle. Als Mitglied einer Arbeitsgruppe der MLU beteiligt er sich aktiv an der Debatte um die Reform des WissZeitVG und hat unter anderem eine Aktionswoche des „Netzwerks gute Arbeit in der Wissenschaft“ (NGAWiss) mitgestaltet.



Mykola Lebed

Veranstaltungsberichte

Propagandaschlacht um die Ukraine

Bericht: Sebastian Lambertz

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist der erste, der in Echtzeit in den sozialen Medien ausgetragen und dokumentiert wird: Sogenannte War-Toker*innen berichten von der Front, Videos von Influencer*innen, die sich mit dem Krieg auseinandersetzen, gehen viral, und aus Trollfabriken werden Instagram-Posts abgesetzt, die den Überfall auf die Ukraine rechtfertigen sollen. Die Arte-Dokumentation „Propagandaschlacht um die Ukraine“ zeigt diese neuen Frontlinien der virtuellen Kriegsführung.

Die DGO begleitete die Premiere des Films im Delphi-Filmpalast Berlin begleitet und organisierte im Anschluss an den Film eine Podiumsdiskussion zum Thema. Die Filmemacher*innen Saskia GEISLER und Kristian KÄHLER, die als Expert*innen im Film zu Wort kommenden Grigory YUDIN (Moscow School of Social and Economic Sciences) und Svitlana MATVIYENKO (Simon Fraser University, Toronto) sowie der Redakteur Manfred SAPPER von der Zeitschrift OSTEUROPA sprachen dabei unter anderem über die unterschiedliche Art und Weise der Propaganda in Russland und der Ukraine und den

Wandel der Medienlandschaft. Nicht an der Diskussion teilnehmen konnte bedauerlicherweise der Fotograf und Kameramann Anton YAREMCHUK, der ebenfalls am Film mitgewirkt hat. Das Team seiner NGO BASE UA, die Menschen aus umkämpften Gebieten evakuiert, war kurz vor der Veranstaltung beschossen worden. Yaremchuk konnte deshalb nicht nach Berlin kommen.

Filmpremiere und Diskussion
5. Februar 2023,
Delphi-Filmpalast Berlin

Der Film zeigt, wie unterschiedlich die Ukraine und Russland die elektronischen Medien für ihre Kriegsrhetorik einsetzen. Während der ukrainische Präsident Selenskyj schwerpunktmäßig die sozialen Medien nutzt, setzt Russland für seine Mobilisierung nach innen aufs Fernsehen und nutzt vornehmlich für die Kriegspropaganda nach außen das Internet.

Zum Einstieg in die Diskussion gab Geisler Einblicke in die Entstehung des Films. Der erste Impuls sei gewesen, eine Art Kriegstagebuch zu schaffen, das das Leben der Menschen vor Ort widerspiegelt. Aus dieser Idee heraus habe sich dann ein Film entwickelt, der die Funktionsweise von Medien thematisiert. Kähler ergänzte, dass



© Propagandaschlacht: WDR/Studio Filmgraphik

man bei dieser Produktion erwartungsgemäß weniger habe selbst drehen können als üblich. Der Film basiert vornehmlich aus Zusammenschnitten aus dem Netz. Auf diese Weise wurde ein eigenes kleines Archiv angelegt.

Die visuelle Ästhetik, aber auch der Konsum verschiedener Medien sind in beiden Ländern durchaus unterschiedlich, merkte Moderation Gabriele FREITAG (DGO) an. In der Ukraine seien vor allem die sozialen Medien von Bedeutung, über die viele unterschiedliche Personen zu Wort kämen. Matviyenko verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass darin der Wunsch der Menschen zum Ausdruck käme, die Geschehnisse in ihrer Umgebung zu dokumentieren. Das ganze Land sei zu einem Kollektiv von Zeug*innen geworden. Dadurch sei – anders als in Russland – ein sehr komplexes Bild des Krieges entstanden. Zudem nutze auch Präsident Selenskyj die sozialen Medien intensiv, um mit der Bevölkerung zu kommunizieren und mittels dieser Kommunikation eine Verbindung herzustellen.

In Russland wiederum, so Yudin, stehe das Fernsehen im Mittelpunkt, soziale Medien wie TikTok und andere Netzwerke würden blockiert. Und auch wenn es keine vollständige Kontrolle der sozialen Medien durch den Staat geben könne, seien diese kein Ort, an dem sich großer Widerstand rege. Die Menschen in Russland seien vielfach depolitisiert und blendeten die politischen Ereignisse aus. Die Medien unterstützten sie darin und verbreiteten die Botschaft „alles ist gut, macht einfach weiter so“. Dies sei ein Strukturprinzip der russischen Medien, ebenso wie es die Personalisierung der Kommunikation in der Ukraine sei, merkte Sapper dazu an.

Der Aussage Yudins, in Russland wüssten ohnehin alle, dass alle lügen, widersprach Sapper. Für die Generation der bis 30jährigen sei dies wohl zutreffend, aber in der Gruppe der 40 bis 60jährigen würden viele den propagandistischen Botschaften von Moderator*innen wie Wladimir Solowjow glauben.

Angesprochen auf die Wirkung der jeweiligen

medialen Botschaften auf den Kriegsgegner betonte Matviyenko, dass die russische Propaganda für die Menschen in der Ukraine eine zusätzliche Belastung darstelle. Sie seien nicht nur mit einem Alltag im Krieg konfrontiert, sondern auch mit der Leugnung des Kriegsgeschehens, das sie tagtäglich erleben. Darüber seien die Drohungen von russischer Seite angsteinflößend. In Russland wiederum, so Yudin, herrsche vielfach die bereits beschriebene Haltung vor, dass man ohnehin nichts ändern könne – auch wenn der eine oder die andere durchaus die Wahrheit über die Ereignisse in der Ukraine kenne.

Auch die Wirkung der Propaganda über Russland und die Ukraine hinaus dürfe man nicht unterschätzen, merkte Kähler an. Besonders bei traditionellen Verbündeten betreibe Russland massiv Propaganda. Beispielsweise sei der Sender RT (vormals „Russia Today“) in Südamerika sehr aktiv und habe die Fußball-WM dort kostenlos gezeigt. Ziel sei es, die Botschaft einer Welt frei von US-amerikanischer Hegemonie zu verbreiten, was in Südamerika vielfach auf fruchtbaren Boden falle. Die Ukraine habe den Propaganda-Krieg daher keineswegs bereits gewonnen.

Auf die Frage, was als Botschaft des Films auch über ein Ende des Krieges hinaus bleibe, antwortete Geisler, dass es wichtig sei, die Dinge, die im Film exemplarisch für andere Kontexte seien, hervorzuheben. Man habe gut sehen können, dass die Art und Weise von Kommunikation ein System durchaus spiegeln könne. Gleichzeitig ist unsere Wahrnehmung eines System stark davon abhängig, wie es kommuniziert.

Leben und Sterben im Krieg Eröffnung der Ausstellung „Die Gesichter des Krieges“

Bericht: Frederik Ehlert

Mariupol ist zu einem Symbol der Grausamkeit russischer Kriegsführung im Angriffskrieg gegen die Ukraine geworden. Während des mehr als zweimonatigen Kampfes um die Stadt wurde diese fast vollständig zerstört. Mstyslav Chernov von Associated Press hat als einer der letzten unabhängigen Korrespondenten Mariupol verlassen. Unter großem Risiko für sein Leben hat er gemeinsam mit seinem Kollegen Yevhen Maloletka über das Leid der Menschen in der hart umkämpften Stadt berichtet. Ihre Bilder der zerbombten Geburtsklinik in Mariupol gingen um die Welt, während die Namen beider Reporter auf der Todesliste der russischen Soldaten standen.

Anlässlich des Jahrestages des russischen Angriffs auf die Ukraine hat die DGO Bilder Chernovs in der Fotoausstellung „Die Gesichter des Krieges“ in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche gezeigt. Die Bilder verdeutlichen eindrücklich die menschlichen Folgen des russischen Angriffskrieges, das Leid und die Toten. Am Abend des

22. Februar wurde die Ausstellung mit einer Vernissage in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche eröffnet.

DIE REALITÄT DES KRIEGES VERGEGENWÄRTIGEN

Diskussionsabend
22. Februar 2023, Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche Berlin

In Kooperation mit Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche und der Bundeszentrale für politische Bildung

Anschließend an die musikalischen Eröffnung durch den Staats- und Domchor Berlin betonte Pfarrerin Kathrin OXEN in ihrem Grußwort, wie wichtig es sei, der Wahrheit des Krieges Raum zu geben. Die Entscheidung, in der Gedächtniskirche teils sehr explizite Fotografien des Krieges zu zeigen, sei keine leichte gewesen. Doch angesichts der Zäsur des russischen Angriffes auf die Ukraine müssten sich die Deutschen im Allgemeinen und die christliche Gemeinde im Besonderen der Wahrheit

stellen. Dieser Krieg, in dem wir zwar nicht Partei, aber doch beteiligt seien, zeige, dass unsere Werte auch einen Preis hätten. Umso wichtiger sei es, der Wahrheit ins Gesicht zu blicken, und – so Pfarrerin Oxen abschließend – das Leid zu sehen.

Für die Botschaft der Ukraine in Deutschland dankte Oksana DUBOVENKO den Anwesenden für ihre kontinuierliche Aufmerksamkeit in einem Jahr des Leids und Kampfes. Die Ausstellung vergegenwärtige die Grausamkeit, mit der Russland in den besetzten Gebieten herrsche und Zerstörung hinterlasse, wo einst das Leben geblüht habe. Mariupol sei hier ein besonders dramatisches Beispiel. Ihr Grußwort beschloss sie mit dem Appell, keines der russischen Verbrechen ungesühnt zu lassen. Heike DÖRRENBÄCHER vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge unterstrich ebenfalls den schockierenden Charakter der Fotografien. Doch gerade angesichts der wiederholt aufkommenden Debatte um vermeintliche Friedenslösungen sei es wichtig, sich die ganze Realität des Krieges zu vergegenwärtigen.

RATIONALES UND EMOTIONALES BEGREIFEN

„Leben und Sterben im Krieg“ lautete der Titel der anschließenden Podiumsdiskussion. Inna DATSIUK (Psychotherapeutin, Irpin/Berlin), Halyna KORNIENKO (Kwitne Queer, Dnipro/Berlin) und Andrij WASKOWYCZ (Weltkongress der Ukrainer, Kyjiw) beleuchteten dabei im Gespräch mit Gabriele FREITAG (DGO) die menschliche Dimension des Krieges in der Ukraine. Kornienko und Datsiuk betonten eingangs, dass der 24. Februar 2022 trotz der vorangegangenen acht Jahre Krieg für die Mehrheit der Ukrainer*innen den Kriegsbeginn markiert habe. In der Zeit vor dem 24. Februar habe die Mehrheit der Ukrainer*innen den Ernst der Lage nicht erkannt. Kornienko differenzierte weiterhin zwischen einem rationalen und einem emotionalen Begreifen, wobei letzteres insbesondere in den großen Städten erst 2022 eingesetzt habe. Das emotionale Begreifen des Krieges sei dabei mit der Erkenntnis einhergegangen, dass das eigene Leben nichts mehr bedeute.

Im verspäteten Bewusstsein um die Kriegsrealität erkannte Waskowycz eine zentrale Parallele zur (Nicht-)Wahrnehmung des russischen Kriegs gegen die Ukraine in Deutschland nach 2014. Nach dem Kriegsbeginn im Donbas seien Binnengeflüchtete in der Ukraine mit ihren Erlebnissen und Traumata zumeist alleingelassen worden – bis zum 24. Februar, ab dem ein normales Leben

in der gesamten Ukraine unmöglich wurde. Doch selbst ihn habe die heftige und auf die ganze Ukraine ausgeweitete Eskalation letztlich unvorbereitet getroffen.

DAS GESAMTE AUSMASS MENSCHLICHER SCHICKSALE IST NOCH LÄNGST NICHT ABSEHBAR

Kornienko, die in der Ukraine lange in der Sozialarbeit mit vulnerablen Gruppen, insbesondere Sexarbeiter*innen tätig war, verwies in ihrer Darstellung der gegenwärtigen Situation dieser Menschen vor allem auf die Zukunft: es sei zu erwarten, dass nach dem Abzug der russischen Truppen zahlreiche Fälle erzwungener Prostitution bekannt würden. Zwangsprostitution sei im Kriegskontext, gerade im Niemandsland zwischen den russischen und ukrainischen Truppen, oft die einzige Möglichkeit, zu überleben. Und auch auf der Flucht und im Exil stießen Frauen, die vor Kriegsbeginn als Sexarbeiterinnen gearbeitet hätten auf Tabus und Diskriminierung, was Therapie und Hilfe stark erschwere.

Mit Blick auf die humanitären Folgen des Krieges unterstrich Waskowycz die zahlreichen Traumatisierungen der Überlebenden. Inna Datsiuk betonte hierbei die für alle Überlebenden zentrale Frage – warum lebe ich noch? Für Waskowycz und Kornienko lag in dieser Frage zugleich auch der Schlüssel zur Resilienz und Widerstandsfähigkeit der Ukraine, der Umgang mit dem Grauen sei vom Versuch geprägt, das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen. Ein Beleg hierfür sei auch das für Kriege bisher ungekannte Ausmaß der Dokumentation des Grauens, etwa über Telegram und Twitter.

Die Gesprächsrunde schloss mit einem Ausblick auf mögliche Wege aus dem Krieg. Hierzu unterstrich Waskowycz die Bedeutung der Gerechtigkeit für eine wirklich befriedende Lösung. Ziel könne kein Kompromiss sein, in dem Russland, zynisch gesagt, zugebilligt werde, statt aller nur einen Teil der Ukrainer*innen umzubringen. Wichtig sei eine Läuterung Russlands und die Verfolgung der begangenen Verbrechen. Inna Datsiuk beschloss die Runde mit einem Dank an all jene, die sich der Kriegsmüdigkeit entgegensezten und auch nach einem Jahr Krieg den Ereignissen weiter Aufmerksamkeit schenkten.

Krieg und Friedensethik. Begriffe, Positionen, Kontroversen

Bericht: Frederik Ehlert

Können Waffen Frieden schaffen? Um diese und andere Fragen kreist die deutsche „Friedensdebatte“, die im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine erneut entfacht ist. Dabei stehen sich auf den ersten Blick die unvereinbaren Positionen „Waffenlieferungen“ und „Friedensverhandlungen“ diametral gegenüber. Doch die Debatte ist deutlich vielschichtiger.

Um sich dieser Vielschichtigkeit zu nähern, veranstaltete die DGO im Rahmen der Ausstellung „Die Gesichter des Krieges“ in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche die Diskussion „Krieg und Friedensethik“. Dabei ging es um einen genaueren Blick auf die deutsche „Friedensdebatte“, ihre Akteur*innen und Begrifflichkeiten. Im Mittelpunkt standen vor allem theologische und philosophische Positionen. Gibt es den „gerechten Krieg“? Wie kann ein „gerechter Frieden“ erreicht werden? Ist Pazifismus als Reaktion auf Gewalt realistisch? Und wo liegt

der Unterschied zwischen einem pragmatischen und einem gesinnungsethischen Pazifismus?

Am Beginn der von Manfred SAPPER (DGO/Zeitschrift OSTEUROPA, Berlin) moderierten Diskussion stand Grundsätzliches: Dirck ACKERMANN (Militärdekan der Bundeswehr) bemühte sich zunächst, die von Konsenssuche geprägten Positionen der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in den institutionellen Kontext ihrer Entstehung zu stellen. Die EKD habe zu keiner Zeit Radikalpazifismus vertreten und tue dies auch jetzt nicht.

Gegen radikalen, gesinnungsethischen Pazifismus sprach sich auch Olaf MÜLLER (Philosoph, Humboldt-Universität Berlin) in seinem Eingangsstatement aus. Von zentraler

Bedeutung sei es allerdings, anzuerkennen, dass eine Positionsbeziehung im Krieg Russlands gegen die Ukraine immer auch bedeute, sich schuldig zu machen.

Irritierend sei, dass dies von vielen, insbesondere jenen, die für Waffenlieferungen plädierten, verneint würde. Konkret auf die Frage der Waffenlieferungen bezogen appellierte Müller dafür, das Risiko einer atomaren Eskalation zu berücksichtigen. Es gelte, zwischen einer für die Ukraine schlimmen Kapitulation und einer für die Welt katastrophalen nuklearen Eskalation abzuwägen.

Bezogen auf die Schuldfrage stimmte Jörg LÜER (Geschäftsführer Justitia et Pax, Berlin) in seiner Replik der Einschätzung Müllers zu. Doch Deeskalation oder gar Frieden sei in der gegenwärtigen Lage schwer vorstellbar. Hauptgrund hierfür sei zunächst der imperial-autoritäre Charakter Russlands, der der demokratisch-republikanischen ukrainischen Idee entgegenstehe. Der russische Krieg gegen die Ukraine sei kein Missverständnis, sondern eine in Putins Selbstverständnis rationale, von langer Hand geplante und angekündigte Entscheidung. Daher sei die Furcht vor einer impuls gesteuerten nuklearen Eskalation kaum begründet, unbedingte Deeskalation berge vielmehr das Risiko eines Präzedenzfall, der weiteren Kriegen den Weg bereiten könne.

ES FEHLT AN SICHERHEITSPOLITISCHER EXPERTISE

Auf die deutsche und insbesondere innerchristliche Debatte bezogen diagnostizierte Lüer, durchaus in Übereinstimmung mit Ackermann, ein Problem mit der Friedenspraxis, nicht der Friedensethik. Bis zum Kriegsausbruch habe die Friedensbewegung klare Linien gezeichnet – mit den unreinen Gewerken des Militärs auf der einen und dem Wahren und Schönen des Pazifismus auf der anderen Seite. Der Welt habe man sich indes nicht mehr gestellt.

Ackermann kritisierte den grundsätzlichen Mangel an sicherheitspolitischer Expertise im Umfeld der Friedensethik. Eine begründete Antwort auf die Frage danach, welche Unterstützungspflichten bestünden, sei daher gegenwärtig kaum zu finden. Das Recht auf Selbstbestimmung könne wohl als allgemein unbestritten gelten, ebenso eine grundsätzliche Pflicht des Staates, Gewalt zu verhindern und Recht durchzusetzen. Doch die Pflicht zur Nothilfe sei aus völkerrechtlicher wie friedensethischer Perspektive umstritten. Wie auch Lüer bewertete Ackermann das Risiko einer nuklearen Bedrohung als gering. Und auch wenn Atomwaffen aus prinzipienethischer Sicht klar zu verurteilen seien,

zeige der Krieg Russlands auch ihr Potential auf: für die Ukraine, die ohne ihren Verzicht 1994 wohl kaum angegriffen worden wäre ebenso, wie für das Verhältnis von Russland und den USA, das derzeit auch dank des atomaren Gleichgewichts relativ stabil sei.

Müller unterstrich die in seinen Augen bestehende Nutzlosigkeit militärischer Intervention von außen. Gewalt wie auch genozidalen Akten sei militärisch kaum beizukommen, Beispiel hierfür sei unter anderem der gescheiterte Militäreinsatz der NATO in den Jugoslawienkriegen, der die Massaker der serbischen Truppen nicht habe verhindern können – sondern sie vielmehr erst provoziert habe. Diese Interpretation des Völkermordes von Srebrenica traf auf Widerspruch, insbesondere auch im Plenum. Ackermann unterstrich den zwischenstaatlichen Charakter des Krieges: die militärische Intervention von außen unterliege daher anderen Bewertungsmaßstäben und stünde derzeit ohnehin nicht zur Debatte. Gegenwärtig gehe es um die materielle Unterstützung der legitimen Verteidigungsbemühungen der Ukraine. Lüer betonte schließlich, dass das Thema nicht die Verteidigung des Pazifismus, sondern die der Bevölkerung sein müsse. Friedensarbeit und Eindämmung von Gewalt verlange nach einem langen Atem und umfasse weit mehr als allein militärisches Handeln.

FRIEDLICHER WIDERSTAND

Zur Untermauerung der Bedeutung und des Potentials friedlichen Widerstands berichtete Müller von Ereignissen in der Stadt Slawutytsch, in der die Einwohner gewaltlos protestiert und schließlich die Freilassung des gefangen genommenen Bürgermeisters und Verhandlungen mit den Besatzern erreicht hätten. Selbstverständlich sei unklar, ob derartiges in der Fläche funktionieren könne. Zu berücksichtigen sei die Brutalisierungsspirale, in die die russische Armee mit dem Kriegsbeginn geraten sei: wer allein an das Böse im Menschen glaube, sei vor allem Pessimist.

Einer derartigen Vereinfachung wollte sich auch Lüer nicht anschließen, betonte aber, dass die christliche Anthropologie weder einzig böse noch einzig gute Menschen kenne, sondern den Menschen in seiner ganzen Widersprüchlichkeit abbilde. Der Glaube an das Gute und Wahre im Menschen sei oftmals eine Illusion, der man sich nicht hingeben dürfe. Einzelbeispiele dürften weiterhin auch nicht dazu dienen,

jene Realität auszublenden, die unter anderem die brutalen Söldner der Gruppe Wagner repräsentiere.

Ackermann betonte in seiner Replik schließlich den spekulativen Charakter derartiger Überlegungen und appellierte, die Entscheidung der Ukraine für die Verteidigung zu akzeptieren. Für Christen gäbe es jedoch auch in dieser Situation konkrete Handlungsmöglichkeiten: Hilfe für traumatisierte Kriegssopfer, Hilfe vor Ort in der Ukraine und Friedensgebete. Und zuletzt gelte es auch, die Versöhnung mit Russland nicht aus dem Blick zu verlieren.

VERSÖHNUNG SCHAFFEN

Über die Notwendigkeit von Versöhnung bestand unter den Diskutanten Einigkeit. Lürer betonte jedoch die Langfristigkeit dieses Ziels. Zuerst gelte es, Gesprächskanäle zu erhalten und zu eröffnen, in denen Versöhnung gerade nicht Thema sei. Eigene Erfahrungen beim Versuch, nach 2014 Gesprächsforen in der Ostukraine zu schaffen zeigten, dass sich nur so die wechselseitige Angst vor übersteigerten Erwartungen und Verurteilung überwinden lasse.

Die Russisch-Orthodoxe Kirche sei gegenwärtig hierfür kein Partner: sie versündige sich am Namen Gottes. Institutionelle Kontakte gehörten der Vergangenheit an. Aber auch weiterhin gäbe es inoffizielle Kontakte zu Klerikern, die den Krieg verurteilen, und es gelte, diese auch mit Blick auf die Nachkriegszeit zu schützen. Ackermann verwies weiterhin auf die grundsätzlichen Differenzen zwischen der Russisch-Orthodoxen und den westlichen Kirchen, die einen Dialog schon vor Kriegsbeginn erschwert hätten. An anderer Stelle, im Verhältnis anderer orthodoxer Länderkirchen zueinander etwa, habe der Krieg jedoch Zusammenarbeit und Austausch befördert.

Die Diskussion zeigte die vielfältigen Positionen, die Bezugnahmen auf Ethik und Religion im Kontext des Krieges hervorbringen können. Deutlich wurde, dass auch in einer seriösen, abwägenden Auseinandersetzung zu Sinn und Unsinn, Chancen und Risiken von Waffenlieferungen unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe zu oft diametralen Gegensätzen führen können. Konsens bestand bei den Panelisten in der einhelligen und unbeschränkten Verurteilung des russischen Angriffs.

The Crimean Tatars. National Self-Assertion in Times of War (Café Kyiv)

Bericht: Sebastian Lambertz

Anlässlich des Jahrestages des vollumfänglichen russischen Angriffs auf die Ukraine hat die Konrad-Adenauer-Stiftung das Berliner Café Moskau in der Karl-Marx-Allee in einer Kunstaktion kurzzeitig in das Café Kyiv verwandelt. Am 27. Februar fanden dort Workshops, Diskussionen, Salons und viel Kultur statt. Dabei ging es um die Themen Freiheit, Sicherheit, den Wiederaufbau und um die Ukraine in Europa. Geschichte und Politik, Kunst, Filme, Küche und eine kreative Szene zeigten ein vielfältiges Bild der Ukraine.

Auch die DGO war mit einem eigenen Stand sowie einer Diskussionsrunde zum Thema „The Crimean Tatars. National Self-Assertion in Times

of War“ vertreten. Die Journalistin Sevgil MUSAEVA (Ukrayinska Pravda) und Sarah REINKE von der Gesellschaft für bedrohte Völker sprachen über die politische und soziale Situation der krimtatarischen Bevölkerung und die Bemühungen der Diaspora, ihr kulturelles und nationales Überleben zu sichern. Die Veranstaltung nahm damit Bezug auf zwei wichtige Daten der krimtatarischen Geschichte: Der 26. Februar ist der Tag des

Widerstands der Krimtataren, am 27. Februar begann 2014 die russische Annexion der Krim mit der Besetzung des Parlamentsgebäudes auf der Halbinsel.

Unmittelbar nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland habe die Verfolgung der Krimtatar*innen begonnen, berichtete Moderatorin Gabriele FREITAG zum Einstieg.

Personen, die gegen die Annexion protestiert hätten, seien verhaftet, einige von ihnen gefoltert und getötet worden. Krimtatarische Medien wurden verboten, die Vertretungsorgane zu terroristischen Organisationen erklärt. Mit der russischen Invasion vom Februar 2022 habe sich die Situation noch

einmal zusätzlich verschlechtert. Gleichzeitig – und dies sei eine bittere Ironie, so Freitag – habe das Interesse an den Krimtatar*innen als ethnische Minderheit zugenommen, sowohl in der Ukraine als auch außerhalb.

Musaeva verwies auf die aus ihrer Sicht schwache Reaktion des Westens auf die Annexion von 2014, die wiederum die Invasion von 2022 erst ermöglicht

Podiumsdiskussion
27. Februar 2023, Berlin

In Kooperation mit der
Konrad-Adenauer-Stiftung



v.l.n.r.: Sarah Reinke, Gabriele Freitag, Sevgil Musaeva

habe. Die Signale, die von der repressiven Entwicklung auf der Krim seitdem ausgegangen seien, habe man nicht hören wollen. Hinzu käme, so Musaeva, dass die Krimtatar*innen in der westlichen Debatte um eine friedliche Lösung marginalisiert wurden. 2015 hätten daher bereits etwa 10.000 Krimtatar*innen die Halbinsel verlassen. Da Krimtataren überproportional häufig in die russische Armee eingezogen würden, seien aus Angst vor einer Mobilisierung in den Jahren Jahr 2022 und 2023 weitere Menschen geflohen. Viele Krimtatar*innen hätten bereits das zweite Mal ihre Heimat verlassen müssen nachdem sie in den 1940ern Opfer der stalinschen Deportationen gewesen waren.

In Russland gäbe es gegenüber den Krimtatar*innen zwei primäre Vorurteile, so Reinke. Zum einen würde man in ihnen muslimische Extremist*innen sehen, zum anderen würden sie als Teil des wehrhaften ukrainischen Widerstands wahrgenommen. Die in Russland inhaftierten Krimtatar*innen, von denen die politischen Gefangenen nur die Spitze des Eisbergs seien, würden zumeist willkürlich behandelt und ohne rechtmäßigen Prozess inhaftiert. Tausende seien zudem in Untersuchungsgefängnissen untergebracht, ergänzte Musaeva. Ein angemessener Rechtsbeistand, so Reinke, sei grundsätzlich problematisch, da inzwischen auch die Anwälte verfolgt würden.

Musaeva berichtete weiter, dass Russland versuche, das Bild einer breiten krimtatarischen Unterstützung für die Annexion zu zeichnen. Allerdings nicht durch

den Versuch, die Menschen für sich zu gewinnen, sondern lediglich durch die Unterdrückung missliebiger Stimmen. Gleichzeitig erfolge ein massiver Eingriff in Schulen und kulturelle Organisationen. Angesprochen auf die Bedeutung von Religion verwies Musaeva darauf, dass religiöse Organisationen der Krimtatar*innen stark unter Druck stünden. Russland unterdrücke ganz dezidiert die Rechte von Muslim*innen und nicht nur die Menschenrechte von Ukrainer*innen.

Diejenigen, die die Krim verlassen, gehen vor allem nach Zentralasien und in die Türkei. Musaeva sprach von circa 30.000 Menschen, die seit Beginn der Invasion in die Türkei gegangen seien.

In Zentralasien würde sich vor allem eine Community junger Männer bilden, die vor der Mobilisierung geflohen seien. Nach Deutschland, so Reinke, kämen nur wenige. Seit Februar 2022 seien es etwa 1.000 Personen, die über ganz Deutschland verteilt lebten. Die Bildung einer Diaspora-Gemeinschaft sei unter diesen Umständen nur schwer möglich.

Musaeva ergänzte, dass neben diesen Aufnahmeländern auch der ukrainische Staat die Krimtatar*innen zunehmend unterstütze. Hier sei vor allem die geteilte Erfahrung von Schmerz und Leid relevant, die die Wahrnehmung des Widerstands als gemeinsame Sache stärke. Eine zentrale Rolle spiele zudem die „Krim-Plattform“, ein diplomatischer Zusammenschluss aus dem Jahr 2021, um mehr Aufmerksamkeit für die Annexion der Krim zu generieren. Die Plattform hat auch die Menschenrechte der Krimtatar*innen auf die Agenda gesetzt. Dadurch hätten die Krimtatar*innen deutlich mehr Aufmerksamkeit erhalten.

Auch Reinke betonte, wie wichtig es sei, immer wieder auf die Situation der Krimtatar*innen aufmerksam zu machen und die Politik daran zu erinnern, dass es auf der Krim eine indigene Bevölkerung gibt. Sie konstatierte, dass man insgesamt seit 2014 zu wenig getan habe. Es sei zentral zu verstehen, so Musaeva zum Abschluss, dass man vielfach nicht die tatsächliche Geschichte der Krim hören würde, sondern vor allem das russische Narrativ. Dies gelte es immer zu bedenken, wenn über die Krimtatar*innen gesprochen werde.

Forum für historische Belarus-Forschung Krieg und Gewalt: Aufarbeitungen in der belarusischen Literatur

Bericht: Jana Rapp

Der Zweite Weltkrieg war für Belarus nicht nur das Tragischste, sondern nach der Staatsgründung auch das wichtigste Ereignis des 20. Jahrhunderts, lautet die Analyse des belarusischen Schriftstellers Waljanzin Akudowitsch. Mit diesem Statement eröffnete Jakob WUNDERWALD, Moderator und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Potsdam, die Online-Diskussion zum Thema „Aufarbeitungen von Krieg und Gewalt in der belarusischen Literatur“. Denn der belarusische literarische Diskurs der Vergangenheit und Gegenwart wird von den Ereignissen zwischen 1941 und 1945 überschattet. Zumal unter den Vorzeichen des jüngsten staatlichen Terrors beschäftigt das Thema der Gewalt viele zeitgenössische belarusische Schriftsteller*innen.

Im Gespräch mit der Schriftstellerin und Jerzy-Giedroyc-Preisträgerin Swjatlana KURS und der Literaturwissenschaftlerin Nina WELLER wurde daher ergründet, wie die Gewalterfahrungen des Zweiten

Weltkriegs in der sowjetischen und postsowjetischen Literatur verarbeitet worden sind. Gleichzeitig ging es um die Frage, welche Rolle die sowjetisch-belarusische Literatur bei der Ausbildung eines oppositionellen Denkens spielte. Und schließlich: Wo bestehen

heute Kontinuitäten, wo passiert etwas Neues?

BELARUSISCHE ERINNERUNGSPOLITIK DER NACHKRIEGSZEIT

Zur Kontextualisierung schilderte Weller eingangs die Situation von Belarus während des Zweiten Weltkrieges. Grundsätzlich ließe sich festhalten, dass keiner anderen Sowjetrepublik unter der Besatzung der Wehrmacht von 1941 und 1945 in dem Ausmaß Leid widerfahren sei. Insbesondere im Rahmen der

„Politik der verbrannten Erde“ seien 2,2 bis 3 Millionen Belarus*innen ermordet worden, was ein Drittel der belarusischen Bevölkerung ausmache. Symbolisch hierfür sei das Massaker von Chatyn, bei dem ein komplettes Dorf ausgelöscht wurde. Aber die belarusische

Online-Diskussion
28. Februar 2023

In Kooperation mit der
Universität Potsdam

Bevölkerung habe nicht nur unter den Verbrechen der Wehrmacht gelitten, sondern auch unter der Politik der Sowjetisierung in den 1930er Jahren und den Repressionen des sowjetischen Regimes in der Nachkriegszeit.

Trotz dieser doppelten Gewalterfahrung dominierte der sogenannte Partisanenmythos die belarusisch-sowjetische Erinnerungspolitik. Er bediente ein Narrativ der heroischen Verteidigung der sowjetischen Heimat. Der nationale, belarusische Widerstand spielte Weller zufolge zwar eine tragende Rolle für den Sieg über den Faschismus, wurde aber in einen sowjetischen Gesamtkontext eingebettet. Ausgeklammert wurden indes die persönlichen Erfahrungen, der Holocaust sowie die Gewalt der Partisanen gegen die eigene Bevölkerung.

DIE BELARUSISCHE NACHKRIEGSLITERATUR (DE)KONSTRUIERT DEN PARTISANENMYTHOS

Der Partisanenmythos wurde von den Schriftsteller*innen der Zeit wie Wassil Bykau oder Ales Adamowitsch aktiv mitkonstruiert. Doch laut Weller ließe sich die Rolle der Autor*innen nicht auf die eines Instruments der sowjetischen Kulturpolitik reduzieren. Als Zeug*innen und Teilnehmer*innen des Zweiten Weltkrieges verarbeiteten sie ihre eigenen Erfahrungen, durften bzw. wollten zugleich den Heldenmythos aber nicht diskreditieren. An die Werke von Autor*innen wie Bykau dürfte keine binäre Logik von Schuld oder Unschuld herangetragen werden. Sie warfen häufig moralische Dilemmata auf, die die komplexe Realität des Lebens im Krieg sowie die Verwobenheit des Guten und Bösen widerspiegeln.

Die Darstellung der Komplexität gelang insbesondere Schriftsteller*innen wie Adamowitsch oder auch Janka Bryl mithilfe einer neu entstandenen Poetik des Dokumentarischen, welche die Perspektive des Subjekts in den Mittelpunkt rückte. So reisten Adamowitsch und Bryl durch die verbliebenen Dörfer, ließen Menschen ihre Geschichten erzählen und hielten sie in ihrer Mündlichkeit schriftlich fest. Dem kollektiven Gedächtnis wurden die individuellen Schicksale „zurückgegeben“, stellte Weller fest. Das Erbe dieses dokumentarischen Stils lasse sich heute prominent bei Autor*innen wie Swetlana Alexijewitsch wiederfinden.

Das Anliegen jener Schriftsteller*innen sei sicherlich nicht als anti-sowjetisch zu verstehen, so Weller. Als

Anhänger*innen des Sozialismus versuchten Schriftsteller*innen wie Adamowitsch, innerhalb des Systems individuellen Stimmen zu ihrem Recht zu verhelfen. Doch in diesem Versuch stießen einige an die Grenzen des Systems, ihre Werke wurden zensiert. Nichtsdestotrotz galt etwa für Adamowitsch die Verantwortung des literarischen Schaffens gegenüber der Gesellschaft. Diese Verantwortung übersetzte er im Laufe seines Lebens in einen politischen Aktivismus.

WIDERWILLIGES SCHREIBEN ÜBER DIE GEWALT VON GESTERN UND HEUTE

Somit schufen die Schriftsteller*innen der Nachkriegsgeneration eine Tradition des dokumentarischen Schreibens über den Krieg, über die Gewalt. Wunderwald fragte die Schriftstellerin Kurs vor diesem Hintergrund, inwiefern die sowjetischen Schriftsteller*innen ihren eigenen literarischen Werdegang geprägt hätten. Kurs konstatierte, dass sie sich als Schriftstellerin ursprünglich „gegen“ Adamowitsch und Bykau habe positionieren wollen. Wegen ihrer eigenen Familiengeschichte seien ihr deren Themen zu schmerzhaft gewesen. Sie wollte diese Werke nicht lesen.

Eine Ironie – oder vielleicht eher Tragödie – des Schicksals führte jedoch dazu, dass Kurs einen literarischen Preis gerade für einen Text über ihre von den Deutschen verbrannten Vorfahren erhielt. In den 1990ern habe ihre Generation plötzlich Freiheit eingeatmet, wollte kreativ werden, den Krieg hinter sich lassen. Das repressive Regime Lukaschenkas und Russlands Aggressionen ließen dies aber nicht zu. Auch junge Literat*innen mussten wieder über den Krieg, die Gewalt, den Schmerz schreiben.

Kurs zufolge musste ihre Generation eine eigene Sprache für die Beschreibung des Kriegs finden. Diese Sprache sei aus ihrer Sicht noch näher an den Menschen und ihren Emotionen. Kurs führte hier beispielhaft Autor*innen wie Andrej Chadanowitsch oder Wolha Hapejewa an, die nicht nur die belarusischen Erfahrungen dokumentierten, sondern auch den „ukrainischen Schmerz ins Belarusische übersetzen“. Ein großes Anliegen der zeitgenössischen Autor*innen sei außerdem die Enttarnung des Faschismus in all seinen „Masken“, unter denen er sich verstecke. Damit verwies sie auch unmittelbar auf den russischen Geschichtsrevisionismus. Historisch unikal sei die Situation ihrer Schriftsteller*innengeneration dahingehend, dass sie die „ganze

Wahrheit“ schreiben könnten – nicht nur über die aktuelle Situation, sondern über den Zweiten Weltkrieg, über den noch nicht alles gesagt sei. Der Grund dafür ist ein offensichtlicher: Die allermeisten regimekritischen belarusischen Autor*innen wohnen inzwischen im Ausland.

Und noch ein weiteres historisches Moment bestimmt das Schaffen der Generation um Kurs: Das neue Trauma der Gewalt, welches Lukaschenkas Regime den Belarus*innen zugefügt hat. Ähnlich wie das Kriegstrauma wird auch dieses vermutlich über Generationen weitergegeben und muss immer wieder beschrieben und damit verarbeitet werden.

GEWALT ALS EINZIGES THEMA DER BELARUSISCHEN LITERATUR?

Mit kritischem Blick auf den deutschen Literaturmarkt stellte Wunderwald zur Diskussion, ob belarusische Literatur, die sich nicht mit Gewalt auseinandersetzt, ähnlich viel Aufmerksamkeit bekäme. Weller stimmt Wunderwald zu, dass Belarus als „Katastrophenland“ eher marktfähig sei und sich die Aufmerksamkeit des Literaturbetriebs auch anderen Themen widmen könnte. Gleichzeitig, so Weller, seien selbst im Themenkomplex Zweiter Weltkrieg und Gewalt unzählige Werke nicht übersetzt worden. Damit verwies sie auf die allgemeine Unsichtbarkeit belarusischer Literatur.

Aus dem Publikum kam schließlich die Frage, in welchen Räumen nach den Ereignissen von 2020 überhaupt noch ein literarischer Diskurs stattfinden könne. Weller versteht vor allem belarusische Literaturcommunitys im Ausland sowie im Internet als die wichtigsten Foren. Sie zeigte sich beeindruckt davon, dass nach wie vor Literaturpreise vergeben und -festivals stattfänden und so der literarische Diskurs nicht abbreche. Kurs ergänzte an dieser Stelle, dass trotz des hohen Maßes an Selbstorganisation externe Unterstützung unabdingbar sei, was aber auch schon vor 2020 der Fall gewesen sei. Besonders die Vernetzung online empfand sie als fruchtbar, da so eine nachhaltigere Weitergabe von Wissen sichergestellt werden könne.

Für die Zukunft formulierte Kurs den Wunsch, dass die Belarus*innen nicht ihr ganzes Leben in der Schwebel zwischen Gut und Böse verbringen müssten. Auch sie seien doch Genussmenschen und hätten genug Gründe, sich zu freuen. Es ginge nicht darum, sich als belarusische Autor*innen vom Schatten abzuwenden, aber sie wünsche sich mehr Licht für ihr Schaffen.

Die Veranstaltung wurde live gestreamt. Die Aufzeichnung können Sie über diesen Link abrufen: <https://youtu.be/Et9XetG2p4k?feature=shared>



The Istanbul Convention in Central and Eastern Europe. Presentation of the Special Issue of OSTEUROPA-Recht

Bericht: Frederik Ehlert

Im Mai 2011 verabschiedete der Europarat in Istanbul ein Abkommen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Die so genannte Istanbul-Konvention wurde von vielen Mitgliedsstaaten des Europarats unterzeichnet, allerdings von einigen ostmittel- und osteuropäischen Staaten entweder nicht unterzeichnet oder noch nicht ratifiziert. Der Widerstand gegen die Konvention ist hier offensichtlich besonders groß. Die Ausgabe 1/2022 der Zeitschrift „OSTEUROPA-Recht“ befasst sich daher mit der Umsetzung und den Kontroversen im Kontext der „Istanbul-Konvention“ im östlichen Europa. In einer Online-Diskussion erörterten einige Autorinnen des Hefts unter Moderation von Caroline VON GALL die Frage der Frauenrechte in Ostmittel- und Osteuropa aus einer spezifisch juristischen Perspektive.

Monika PŁATEK (Warschau) konzentrierte sich auf zwei Prämissen, die für die Debatte zentral sind. Ausgehend von einem historischen Überblick argumentierte sie,

dass Frauenrechte im Kommunismus nicht praktiziert, sondern lediglich zu bestimmten Anlässen herausgestellt wurden. Dies sei unter anderem deutlich geworden, als Frauenrechtsorganisationen und die Zivilgesellschaft begannen, den Internationalen Frauentag als Gelegenheit zum Protest zu nutzen. Darüber hinaus stellte Płatek die allgemeine Vorstellung in Frage, dass die Umsetzung der Istanbul-Konvention auf eine spezifisch osteuropäische Art und Weise erfolgt sei. Die Entwicklungen in Ostmittel- und Osteuropa müssten vielmehr in einem breiteren Kontext betrachtet werden.

In ihrem Kurzvortrag analysierte Marianna MURAYEVA (Helsinki) den russischen Widerstand gegen die Istanbul-Konvention als Teil einer allgemeinen Strategie, die darauf abzielt, den Europarat als Ganzes zu untergraben. Mit Verweis auf den anfänglichen Widerstand und die Versuche Russlands, in den Ländern, die es als seine Einflussphäre betrachtet, Dissens zu säen, argumentierte Murayeva, dass der Widerstand gegen die Konvention lediglich eine politische Strategie sei, die

nur oberflächlich mit dem Inhalt der Konvention zu tun habe. Dementsprechend betonte sie, dass das russische Verwaltungssystem das Problem der häuslichen Gewalt in einer Weise angehe, die den allgemeinen Linien der Konvention entspreche, ohne diese Linien jedoch rechtlich anzuerkennen. Sie schloss mit der Feststellung, dass das Ziel Russlands, die Legitimität des Europarats zu untergraben, jahrelang unerkannt blieb, weil das Thema nur für die Rechte der Frauen, nicht aber für den Europarat selbst als relevant angesehen wurde.

Tímea DRINÓCZI (Belo Horizonte) und Lídia BALOGH (Budapest) befürworteten ebenfalls, die Umsetzung der Konvention differenziert zu betrachten. In ihrer Fallstudie über Ungarn betonten sie, dass ein reines Schwarz-Weiß-Denken nicht ausreicht, um die Ablehnung der Konvention in Ungarn zu verstehen. Die Autorinnen kommen zu dem Schluss, dass im Falle Ungarns die Anti-Gender-Ideologie populistische Argumente unter dem Vorwand vorbringt, konservativ zu sein. Zudem argumentierten sie, dass die EU im Interesse der Frauenrechte und des Kampfes gegen geschlechtsspezifische Gewalt offen für Kompromisse sein sollte.

AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Radosveta VASSILEVA (London) analysierte das Urteil des bulgarischen Verfassungsgerichts, das die Istanbul-Konvention für unvereinbar mit der Verfassung hält. Bulgarien hatte die Konvention bereits 2016 unterzeichnet, als 2018 die Regierungskoalition, die Medien und öffentliche Akteure eine Kampagne gegen sie starteten. Vassileva argumentierte, dass die endgültige Entscheidung des Gerichts auf einer falschen Auslegung der Verfassung beruhe. Sie wies auf die

rechtlichen Folgen der Entscheidung hin: Da andere Gerichte an das Urteil gebunden seien, führe das Urteil zu einer Verschlechterung der Frauenrechte im Land.

In der anschließenden Fragerunde wurden primär zwei Fragen diskutiert. Am Beispiel Bulgariens ging es um die Bedeutung klerikaler Akteure. Murayeva argumentierte, dass die Bedeutung der russisch-orthodoxen Kirche nicht überschätzt werden sollte, da sie in einem überwiegend nicht-religiösen Umfeld agiere. Płatek wies auf die Überzeugung mancher Regierungen hin, dass die Übereinstimmung mit den Interessen der Kirche entscheidend sei und nicht die Stellung der Kirche in der Gesellschaft insgesamt. Darüber hinaus wurde über die Bedeutung von Statistiken wie dem „Fundamental Rights Report“ (FRAU) von 2014 diskutiert. Die Teilnehmer*innen kamen zu dem Schluss, dass Statistiken in Ländern mit einem geringeren Rechtsschutz gegen geschlechtsspezifische Gewalt als politisches Argument dienen. Ihre Daten beruhen tendenziell auf jenen fehlerhaften rechtlichen Kategorien, die es Frauen erschweren, rechtliche Schritte einzuleiten.

Die Diskutantinnen zeigten die vielfältigen Formen und Funktionen auf, die Rechtsinstrumente im Hinblick auf Frauenrechte annehmen können. Ihr Fazit: In den Ländern Ostmittel- und Osteuropas sind die Rechte der Frauen weiterhin durch populistische und autoritäre Regierungen und politische Bewegungen bedroht.

Die Veranstaltung wurde live gestreamt. Die Aufzeichnung können Sie über diesen Link abrufen: https://www.youtube.com/watch?v=AyqVkdC_Ook



With[out] Russia. Impacts of the War against Ukraine On the International and European Order

Bericht: Jana Rapp

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ist Europa nicht nur Zeuge einer neuen europäischen und internationalen Ordnung, sondern vor allem auch Wegbereiter eben dieser. Doch während Sicherheits- und Energiepolitik auf europäischer Ebene aktiv ohne – wenn nicht sogar gegen – Russland gestaltet werden kann, ist die EU international mit Russlands Einfluss konfrontiert, etwa im UN-Sicherheitsrat oder als Partner von Ländern des Globalen Südens.

Ein Umdenken und entsprechendes Umgestalten der Beziehung zu Russland hat in einigen europäischen Ländern schon vor dem 24. Februar 2022 stattgefunden. So konkurrierten verschiedene historische Erfahrungen und Narrative in Bezug auf Russland, was sich exemplarisch an den Perspektiven Deutschlands und der Tschechischen Republik zeigt. Im Rahmen eines Diskussionsabends an der Deutschen Botschaft in Prag wurden die Blickwinkel beider Länder einander gegenübergestellt. Expert*innen aus Politik und Wissenschaft diskutierten

neben einer Analyse der Vergangenheit und Gegenwart auch das zukünftige Verhältnis der EU mit Russland.

PANEL 1: „ZEITWENDE“ IN DEN BEZIEHUNGEN ZU RUSSLAND UND DER UKRAINE AUS TSCHE- CHISCHER UND DEUTSCHER SICHT

Podiumsdiskussion 31. März 2023, Deutsche Botschaft Prag

In Kooperation mit dem Institut
für Internationale Studien (IMS)
der Karls-Universität Prag und
der Botschaft der Bundesre-
publik Deutschland Prag

Um die Genese der aktuell herrschenden europäischen Geschlossenheit gegenüber Russland nachvollziehen können, konzentrierte sich das erste Panel auf die langfristigen Dynamiken der deutsch-russischen bzw. tschechisch-russischen Beziehungen.

Für die deutsche Öffentlichkeit sei die Veränderung der deutsch-russischen Beziehungen in den vergangenen 14 Monaten eine „Achterbahnfahrt“ gewesen,

konstatierte Ralf FÜCKS, Gründer und geschäftsführender Gesellschafter des Zentrums Liberale Moderne in Berlin. Es habe sich eine Kehrtwende der deutschen Außenpolitik gegenüber Russland und der Ukraine vollzogen. Man sei zu der Erkenntnis gelangt, dass

nicht jeder Konflikt mittels Diplomatie, Kompromiss und Geld zu lösen ist. Nichtsdestotrotz herrschten Ambiguitäten gegenüber der Unterstützung der Ukraine.

Moderator Vladimir HANDL, Senior Associate am Zentrum für Europäische Integration an der Karlsuniversität in Prag, merkte an, dass diese Entwicklungen historisch bedingt nicht mit der Tschechischen Republik zu vergleichen seien. Während für die Tschechische Republik lange Zeit keine Russlandpolitik die Beste war, habe Deutschland im Kontext der Ostpolitik die Losung „Russia first“ verfolgt.

VERANTWORTUNGEN UND FEHLER IM UMGANG MIT RUSSLAND

Die Historikerin Daniela KOLENOVSKÁ, Leiterin der Abteilung für Russland- und Osteuropastudien an der Karlsuniversität Prag, problematisierte diese deutsche Leitlinie weiter und sprach von historischen Fehlern im Umgang mit Russland. Demnach habe der Westen Russland und seine Position in zweierlei Hinsicht reduktionistisch betrachtet. Erstens sei die Komplexität und Diversität innerhalb Russlands ignoriert worden, der Blick habe sich stets nach Moskau gerichtet. Der Dialog sei zweitens auch dann nur mit Moskau geführt worden, als es um Angelegenheiten Ostmittel- und Osteuropas ging.

Fücks stimmte Kolenovskás Analyse zu, dass Deutschland diese Staaten lange Zeit durch die Brille Russlands betrachtet habe. Spätestens mit dem Vertrag von Rapallo sei diese Haltung in Deutschland institutionalisiert worden, die schließlich mit der Distanzierung von der Solidarność einen Tiefpunkt erreicht habe. Inzwischen sei durch die Zäsur des Krieges ein Veränderungsprozess gegenüber der Ukraine und den anderen ostmittel- und osteuropäischen Staaten im Gange.

GESELLSCHAFTLICHE WAHRNEHMUNGEN UND BEZIEHUNGEN

Nach der Einordnung der politischen Beziehungen fragte Handl schließlich nach dem Kontakt auf gesellschaftlicher Ebene. Für den Fall der Tschechischen Republik habe es trotz politischer Distanz zu Russland informellen Austausch von Personengruppen gegeben, die ökonomische oder ideologische Interessen verfolgten. Kolenovská sprach in diesem Zusammenhang von einer „Doppelkommunikation“ zwischen Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Demnach herrsche im offiziellen Diskurs

eine Abgrenzung zu Russland vor, die Gesellschaft wisse jedoch um den bestehenden wirtschaftlichen Austausch.

Die Beziehung der deutschen und russischen Gesellschaft umfasst mehrere Dimensionen, so Fücks. Er charakterisierte diese als ein Spannungsverhältnis zwischen Angst einerseits und Romantisierung andererseits. Es sei nun aber überfällig, sich mit den Ländern Ostmittel- und Osteuropas zu beschäftigen und zu verstehen, welchen Beitrag sie zur europäischen Kultur beigetragen haben.

In der anschließenden Diskussion wurde noch einmal die Frage nach den politischen Fehlern sowie Verantwortungen im Umgang mit Russland aufgeworfen. So bat Handl Fücks um eine Einschätzung darüber, ob Deutschlands fehlgeschlagene Russlandpolitik auf eine falsche Analyse des Gefahrenpotenzials oder eher auf eine misslungene politische Strategie zurück zu führen sei.

Fücks deutete die getroffenen politischen Entscheidungen weniger als Intentionen, sondern eher als Bequemlichkeiten. Eine aktive Auseinandersetzung mit den vergangenen russischen Aggressionen und eine Konfrontation mit dieser Realität hätte eine Politik der Eindämmung und Abschreckung nach sich ziehen müssen. Dies sei schlichtweg unbequem für die deutsche Politik gewesen.

Doch laut Handl führte nicht nur Deutschland eine realitätsblinde Russlandpolitik, auch die Tschechische Republik hätte ihre Außenpolitik stärker wertegerleitet gestalten können. Demgegenüber räumte Kolenovská ein, dass die tschechische Politik sich schon immer vorsichtig hinsichtlich innenpolitischer Einmischungen verhalten habe. Es habe keine offizielle staatliche Positionierung gegenüber russischen Aggressionen und Repressionen gegeben. Allerdings habe man eine Stärkung der russischen Zivilgesellschaft etwa durch die Unterstützung von NGOs wie Memorial verfolgt.

AUS DER GESCHICHTE LERNEN UND ÖFFENTLICHE ZUSTIMMUNG STÄRKEN

Zum Schluss ging es um die Frage, wie vom gesellschaftlichen Umgang mit vergangenen mehrjährigen kriegerischen Auseinandersetzungen gelernt werden könne. Angesichts der öffentlichen Kriegsmüdigkeit und der abnehmenden gesellschaftlichen Unterstützung der Ukraine sind dies Handl zufolge wichtige Lektionen.

Kolenovská führte als einen der prominentesten Gegner von Waffenexporten an die Ukraine die Friedensbewegung an. Bezeichnend sei die historische Parallele zur Geburtsstunde eben dieser. Heute noch wie damals instrumentalisieren die sowjetische bzw. russische Public Diplomacy den Friedensdiskurs, um europäische Gesellschaften zu spalten. Es sei daher elementar, darüber aufzuklären, dass weder der russische Staat noch die russische Gesellschaft aufrichtig an Frieden interessiert seien, wodurch das Narrativ um den Frieden substanzlos werde.

Auch Fücks identifizierte das Informieren der Öffentlichkeit als Schlüssel für den gesellschaftlichen Rückhalt. Es müsse erstens kommuniziert werden, dass die Unterstützung der Ukraine kein reiner Akt der Solidarität sei, sondern die Verteidigung europäischer Kerninteressen und -grundwerte. Zweitens müsse deutlich formuliert werden, dass territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine nicht verhandelbar seien und ohne diese Voraussetzungen ein nachhaltiger Frieden nicht geschaffen werden könne.

PANEL 2: EUROPÄISCHE POLITIK GEGENÜBER RUSSLAND IM HINBLICK AUF DIE ZUKÜNFTIGE INTERNATIONALE UND EUROPÄISCHE ORDNUNG

Nach einer historischen Kontextualisierung der deutsch-russischen bzw. tschechisch-russischen Beziehungen widmete sich das zweite Panel dem gegenwärtigen Umgang mit Russland. Gegenstand der Diskussion waren ebenso die möglichen Zukunftsszenarien für Russland in der europäischen bzw. internationalen Ordnung.

Im Angesicht der russischen Verstöße gegen internationales Recht stellte Zuzana LIZCOVÁ von der Fakultät für Sozialwissenschaften der Karlsuniversität in Prag zunächst die Frage, inwiefern Kommunikation und Kooperation mit Russland noch möglich bzw. sinnvoll ist und welche Akteur*innen hierbei in Frage kommen.

Aus deutscher Perspektive hielt Matthias LÜTTENBERG, Beauftragter für Osteuropa, Südkaukasus und Zentralasien im Auswärtigen Amt, fest, dass die Negativspirale der deutsch-russischen Beziehungen bereits vor der Ausweitung des Angriffskrieges begonnen habe. Der 24. Februar 2022 habe schließlich einen endgültigen Wendepunkt markiert, infolge dessen die meisten Kommunikationskanäle

abgebrochen wurden und Deutschland und seine europäischen Partner mit Sanktionen reagierten.

KRISENKOMMUNIKATION MIT DEM RUSSISCHEN REGIME

Nichtsdestotrotz habe das Verhältnis zu Russland noch keinen „Nullpunkt“ erreicht. Sporadischer Kontakt zum russischen Regime finde nach wie vor statt. Auch die diplomatischen Beziehungen seien nicht vollends abgebrochen, wenngleich nur noch das allernötigste diskutiert werde. Auch auf der internationalen Ebene gebe es nach wie vor Foren des Austausches wie etwa die Black Sea Initiative. Die Suspendierung des New START Treatys durch Russlands zeige einmal mehr, dass in Anbetracht globaler Gefährdungen eine vollständige Außerkraftsetzung des Dialogs nicht leistbar ist.

Der Leiter der Abteilung Europa im tschechischen Außenministerium, Jaroslav KURFÜRST, schloss sich Lüttenbergs Ausführungen an und bezeichnete die Haltung Deutschlands nicht als eine dezidiert deutsche, sondern als eine geteilt europäische Position. Für ihn sei es darüber hinaus wichtig, den russischen Angriffskrieg als eine Form der Kommunikation an den Westen zu verstehen. Demnach kommuniziere Putin, dass er die internationale Ordnung herausfordere. Der Westen wiederum signalisiere mit seiner Unterstützung an die Ukraine die Bereitschaft, diese Ordnung und die damit verbundenen Werte zu verteidigen.

Auch Kurfürst befürwortete die Aufrechterhaltung von Krisenkommunikationskanälen sowie von minimalem diplomatischem Austausch. Grundsätzlich lehnte er aber Verhandlungen mit dem russischen Regime ab, solange dieses seine Kriegsziele verfolge. Dass zukünftige Gespräche mit Putin als international ausgewiesener Kriegsverbrecher stattfinden würden, zweifelte Kurfürst indes an.

(UN-)MÖGLICHKEIT DES KONTAKTS MIT DER RUSSISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT

Grundbedingung für Kooperation sei zudem Vertrauen, was in der Beziehung zu Russland unter dem Regime Putins nicht gegeben sei, so Michal ROMANCOV, Dozent und Publizist an der Fakultät für Sozialwissenschaft an der Karlsuniversität in Prag. Mit Rückbezug auf die Frage, mit wem man im heutigen Russland überhaupt

in einen Dialog treten könne, verwies Romancov auf eine Studie der Minchenko Consulting Communication Group. Laut dieser lasse sich die russische Bevölkerung in vier Segmente unterteilen: Die erste, eher kleinere Gruppe bestehe aus aktiven Kriegsbefürworter*innen, die zweite noch kleinere Gruppe sei vor der Mobilisierung geflohen. Die dritte größere Gruppierung umfasse die Bewohner*innen von Moskau und Sankt Petersburg, die sich aus ökonomischen Interessen dem Regime angepasst haben. Schließlich sei der Großteil der Bevölkerung dem peripheren „tiefen“ Russland zuzuschreiben, dessen Bildungsgrad niedrig und Mobilitätschancen gering sind. Diese Konstellation sei Romancov zufolge problematisch, da es innerhalb Russlands keine Gesprächspartner*innen mehr gäbe.

Dieser Analyse stimmte Lüttenberg weitestgehend zu, da es auch für das Auswärtige Amt eine große Herausforderung darstelle, kritische Stimmen zu identifizieren. Noch viel schwieriger sei es, die russische Öffentlichkeit zu erreichen. Aktuell bemühe sich daher das Auswärtige Amt, Kontakte über Medienschaffende oder Künstler*innen im Exil aufzubauen, wodurch langfristig eine Brücke zur russischen Gesellschaft entstehen könnte.

Ähnliches gilt Kurfürst zufolge für die Tschechische Republik, welche seit den 1990er Jahren Beziehungen zu russischen zivilgesellschaftlichen Gruppen pflegt, die inzwischen größtenteils inhaftiert oder im Exil sind. Er stimmte Romancov dahingehend zu, dass ein Dialog mit der breiten russischen Gesellschaft aufgrund der Propaganda nicht möglich sei. Man habe die russische Gesellschaft idealisiert und zu stark die eigene Erfahrung der Transformation auf diese projiziert. Durch die stalinsche Terrorherrschaft sei die russische Gesellschaft von einem „imperialen Virus“ infiziert, der eines langen Prozesses der Auseinandersetzung bedürfe.

ISOLATION, KOEXISTENZ ODER DEMOKRATISIERUNG?

Die Panelist*innen richteten ihre Aufmerksamkeit auch auf die Zukunft. Für Kurfürst ist lediglich ein Szenario ideal, welches einen Sieg der Ukraine, die Wiederherstellung der Grenzen von 1991 und des internationalen Rechts vorsieht. Dennoch seien andere Kriegsausgänge denkbar, die Kurfürst in einem Drei-Ebenen-Modell verortete. Die unterste Stufe umfasse den Status quo, in dem Russland international sanktioniert und isoliert ist. Ein sich demokratisie-

rendes Russland würde die oberste Ebene darstellen. Dazwischen ließe sich das sogenannte „friedliche Koexistieren“ in der marxistisch-leninistischen Tradition verorten, in dem ein instabiler Frieden unter dem Regime Putin oder seinem Nachfolger herrsche.

Lüttenberg lenkte die Aufmerksamkeit auf drei weitere nicht zu vernachlässigende Aspekte. So dürfe die EU nicht nur an die eigene Sicherheit denken, sondern müsse die Sicherheitsrisiken für Staaten wie Moldova oder Georgien mitdenken. Die hybride russische Kriegsführung müsse stärker bekämpft werden. Drittens müsse sich die EU mehr dafür engagieren, die internationale Gemeinschaft vor der globalen Bedrohung durch Russland zu warnen.

Romancov fügt den Überlegungen von Kurfürst und Lüttenberg hinzu, dass die Rolle Chinas nicht unterschätzt werden dürfe. Russland habe mit dem Westen gebrochen und könne sich nun nur noch an China wenden, welches wiederum maximalen Druck auf Russland ausüben und eine Partnerschaft nur nach den eigenen Konditionen erlauben würde. In diesem Szenario wäre es vorstellbar, dass sich Russland wieder an den Westen wendet, wodurch der Raum für eine gänzlich neue Beziehung entstehen könne.

In der Diskussion mit dem Publikum wurde die europäische Kooperation im Umgang mit Russland näher erörtert. So konstatierte Kurfürst, dass zu Beginn des Angriffskrieges die europäische Staatengemeinschaften zweigeteilt war (ausgenommen Ungarn). Demnach hoffte der eine Teil – inklusive Deutschlands – auf Verhandlungen. Die andere Gruppierung, zu der er auch die Tschechische Republik zählte, bezeichnete Kurfürst als „Avantgarde“. Diese habe früh eine stärkere Isolierung und Sanktionierung von Russland gefordert. Durch den Dialog dieser zwei Gruppen sei die einstige Bruchlinie nun keine mehr und die damalige Avantgarde der Mainstream. Lüttenberg merkte an, dass diese Prozesse unter anderem durch die tschechische EU-Ratspräsidentschaft, aber auch durch Podiumsdiskussionen wie diese, möglich geworden seien.

Die Veranstaltung wurde live gestreamt. Die Aufzeichnung können Sie über diesen Link abrufen: <https://www.youtube.com/watch?v=nBvLRmHfdkl&t=6860s>



Flucht und Exil im östlichen Europa. Macht und Ohnmacht

Bericht: Tamina Kutscher

„I am not a victim. I'm a survivor“ – 18 Schwarz-Weiß-Porträts unterschiedlicher Frauen aus der Ukraine, die im Jahr 2022 wegen des russischen Angriffskriegs nach Berlin geflohen sind, empfangen die Besucher*innen. Die Ausstellung, kuratiert von Oleksandra BIENERT rahmte die DGO-Jahrestagung 2023 in vielerlei Hinsicht: „Ob wir wollen oder nicht – jede Fluchtbewegung und jeder Krieg wirft irgendwann auch die Frage nach Darstellung und Archivierung auf“, betonte Gundula BAVENDAMM, Direktorin des gastgebenden „Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in ihrer Eröffnungsrede. DGO-Präsident Ruprecht POLENZ machte deutlich: „Es geht hier nicht nur um einen Forschungsgegenstand, sondern um Schicksale.“

Und solche Schicksale rückte der Eröffnungsabend in den Fokus: Luisa Maria SCHULZ, Preisträgerin des erstmals vergebenen Karin-Wolff-Preises der DGO, las

eingangs aus ihrem Text „Wir sind die, die wach liegen“. Es ist der Monolog einer Flüchtenden: „Wir gehen durch die Stadt, aber wir setzen uns nicht lang. Wir denken an unser Leben wie an Socken auf einer Wäscheleine, die drohen, wegzufiegen.“

Dieses Gefühl des Volatilen fing Saxophonspieler Mikolaj LEBED mit der Sprache der Musik ein. Schriftsteller Jurko PROCHASKO, der auch als Psychologe arbeitet, war für die Eröffnungsrede aus Lwiw nach Berlin angereist. „Flut der Flucht“ überschrieb er seine Rede, und formulierte sein Bedürfnis, „jetzt schon, obwohl es für die allermeisten noch gar nicht ausgestanden ist, jeden Tropfen [zu] denken, den diese Flut umfasst“.

Den interdisziplinären Eindruck des Abends verstärkte die Preisträgerin des Klaus-Mehnert-Preises 2023 Acelya BAKIR mit ihrer Dissertation „Sehen, Hören, Mitmachen: Die mediale Inszenierung der Moskauer



Schauprozesse und die Mobilisierungskampagnen in der Sowjetunion, 1936–1938“. Die Laudator*innen Anja TIPPNER und Jan KUSBURGER hoben hervor, dass die Arbeit eine „breite Medienanalyse“ biete und einen „ganz neuen Blick auf Schauprozesse“, der nicht nur für Historiker*innen interessant sei.

Kritische – und durchaus kontroverse – Töne gegenüber der Wissenschaft gab es dagegen im anschließenden Panel, moderiert von Manfred SAPPER, Chefredakteur der Zeitschrift Osteuropa. So sagte Andrii PORTNOV, Professor für Entangled History of Ukraine an der Europa-Universität Viadrina, die Osteuropa-Wissenschaft brauche „eine neue analytische Sprache, um die Ukraine genau zu verstehen“. Er sehe diese noch nicht. Gwendolyn SASSE, Direktorin des „Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien“ (ZOiS), warb dafür, nicht zu defensiv zu sein: „Es gibt und gab gute Forschung zur Ukraine, und es gibt strukturelle Gründe, warum sie nicht gesehen wurde und warum sie im öffentlichen Raum nicht präsent genug“ sei. Wenn auf viele neue Lehrstühle leider auch nicht zu hoffen sei, so sei es wichtig, die Ukraine auf verschiedenen Ebenen des Bildungssystems zu verankern.

Ständen am ersten Abend noch die Ukraine und auch ukrainische Geflüchtete im Mittelpunkt, so eröffnete der zweite Tag den Blick auf die Perspektiven der Aufnahmegesellschaften: Um strukturelle Fragen rund um Flucht und Exil in Polen, Lettland und Georgien ging es im ersten Panel. Dabei wurde unter anderem deutlich, dass mangelnde staatliche Sozialstruktur häufig durch die Zivilgesellschaft aufgefangen wird. In Polen etwa gebe es kaum sozialen Wohnungsbau. Daten aus dem Herbst 2022 zeigten dafür, dass „neun Prozent der Flüchtenden aus der Ukraine bei ukrainischen Freunden, elf Prozent bei polnischen Freunden“ leben, so Karolina LUKASIEWICZ vom Center of Migration Research in Warschau. Die meisten Ukrainer*innen hätten temporales Asyl und stünden damit auch sofort dem Arbeitsmarkt zur Verfügung – Asylbewerber*innen aus Nahost seien demgegenüber stark benachteiligt.

Ähnlich sei es in Lettland. So zeige das Beispiel der ukrainischen Geflüchteten, „wie viel man auch sonst machen könnte, um Flüchtende zu integrieren“, meint Inta MIERINA vom Centre for Diaspora and Migration Research in Riga. In Georgien, wo der Sozialstaat weniger stark sei, hätten viele Dienstleister*innen



Jurko Prochasko

Geflüchteten aus der Ukraine Leistungen oftmals umsonst zukommen lassen, berichtet Kornely KAKACHIA vom Georgian Institute for Politics in Tbilissi. Ambivalenter dagegen sei die Haltung gegenüber exilierten Russ*innen. Man konkurriere um Arbeitsplätze, auch Miet- und Immobilienpreise seien etwa in Batumi stark angestiegen. „Das führt auch zu Feindseligkeiten“, so KAKACHIA. Einig waren sich die Panelist*innen darin, dass die Solidarität und Unterstützung für ukrainische Geflüchtete in den jeweiligen Gesellschaften auch nach über einem Jahr weitgehend ungebrochen sei.

DGO-Geschäftsführerin Gabriele FREITAG sprach mit der Direktorin des Dokumentationszentrums „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, Gundula BAVENDAMM, über die Herausforderungen bei der Musealisierung von Flucht und Exil. Dabei ging es auch um die Geschichte unterschiedlicher Opfergruppen mit ihren konkurrierenden Narrativen. Bavendamm erläuterte in diesem Kontext den Umgang des Dokumentationszentrums mit dem Begriff der „Versöhnung“ im eigenen Namen: „Es ist eine Möglichkeit, an die dieser Begriff erinnert“, sagte sie. Das Zentrum wolle dabei nicht bevormunden und könne nichts verlangen. Ähnlich formulierten auch die Organisatoren*innen der Tagung immer wieder, es solle auf der Konferenz um Analyse der derzeitigen Situation gehen und nicht um eine Moderation des Dialogs zwischen unterschiedlichen Gruppen geflüchteter Personen.

In parallelen Panels diskutierten die Konferenzteilnehmer*innen anschließend aus unterschiedlichen Blickwinkeln über „Flucht und Exil im östlichen Europa“:

1) EXILLITERATUR ALS WELTLITERATUR

Was ist Exil, was Diaspora, was Exil-, was Weltliteratur? Menschen würden sich oftmals nicht über Substantive wie „Exil“, „Diaspora“ oder „Geflüchtete“ definieren, sondern über Verben, wie „ich bin ausgereist“, merkte Heinrich KIRSCHBAUM zu Beginn dieses Panels an. Annette WERBERGER betonte, dass der Begriff Diaspora ursprünglich eine „Zerstreuung ohne Zentrum“ meine. Die Ukraine hatte mehrere Zentren, aber kein nationales Zentrum, insofern passe der Begriff „diasporisches Schreiben“ sehr gut. WERBERGER problematisierte dabei die nationalstaatliche Perspektive: Der Minderheitenbegriff etwa sei ein nationalstaatlicher Begriff, der Doppel- oder Mehrsprachigkeit nicht berücksichtige, wie sie beispielsweise für die Literatur der Ukraine kennzeichnend sei. Doch „die Weltliteratur bevorzugt Einsprachigkeit“, stellte sie fest. Die belarussische Übersetzerin und Essayistin Iryna HERASIMOVICH warb dafür, Interesse und Wagnis dagegen zu setzen. Im von ihr mitinitiierten Projekt „33 Bücher für ein anderes Belarus“ etwa gehe es darum, Räume anders aufzuteilen, bislang Unsichtbares sichtbar zu machen, die „Blickrichtung“, die immer nur gen Russland oder der russischen Sprache ging, zu wechseln.



v.l.n.r.: Annemarie Polheim, Wanja Kilber, Alina Jašina-Schäfer, Alexander Meienberger

Diese Art der „Dekolonialisierung“ brauche einen langen Atem, war sich das Podium einig. Claudia DATHE warb dafür, auf einer methodischen Ebene Themen stark zu machen, um die Blickrichtung zu ändern und dabei nicht erneut in nationale Kategorien zu fallen. Außerdem betonte sie, dass man oftmals nicht abgeschlossen von einer Exilexistenz sprechen könne: „Die meisten Künstlerinnen und Künstler haben mehrere Existenzen in mehreren Räumen, die sie in einer Art iterativer Bewegung miteinander in Verbindung bringen.“ Man müsse wiederum Räume schaffen, um diesen Prozess zu sehen und zu reflektieren.

2) DIE AUFNAHME UKRAINISCHER FLÜCHTLING AUS LOKALER PERSPEKTIVE

Mit Oleksandra BIENERT von der Allianz Ukrainischer Organisationen, dem Leiter des Fachbereichs Arbeit und Soziales der Stadt Mannheim, Jens HILDEBRANDT, und Nora RATZMANN vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung versammelte dieses Panel verschiedene Perspektiven zur Praxis der Aufnahme und Integration von Geflüchteten aus der Ukraine in Deutschland. In seltener Klarheit zeigte sich, dass die Bewältigung sozialer Krisen sehr konkret in Städten und Gemeinden gelingt – oder scheitert. Die Bundesregierung hat die Weichen gestellt mit der Entscheidung, die aus der Ukraine vor dem Krieg flüchtenden Menschen

rechtlich in das Sozialgesetzbuch II einzuordnen. Doch danach waren es lokale Verhältnisse und kommunale Strategien, die über Wohl und Weh bestimmen. Die aus der Ukraine ankommenden Menschen hatten und haben gegenüber vielen anderen Migrantengruppen einen großen Vorteil: „Sie haben gelernt, wie man lernt“ (Hildebrandt). Wie viel ukrainische Landsleute und eine überaus solidarische deutsche Gesellschaft auch in den ersten Tagen und Wochen des Krieges geleistet haben: ohne die kommunalen Behörden ist Integration nicht möglich. Dies gilt umso mehr, als nach weit über einem Jahr Krieg von der Hoffnung auf Rückkehr in die alte Heimat wenig geblieben ist. Stattdessen steigt der Anteil der Männer unter den Geflüchteten und beträgt mittlerweile in einer sicherlich als repräsentativ zu betrachtenden Stadt wie Mannheim auch in der Altersgruppe 18 bis 65 Jahre fast 40 Prozent.

3) SOLIDARITÄTSNETZWERKE UND BRUCHLINIEN IN DEN RUSSISCHSPRACHIGEN COMMUNITIES

Das Panel beleuchtete die Dynamiken innerhalb der russischsprachigen Communities zwischen Formen von Solidarität und Brüchen in der eigenen Identität seit der russischen Invasion in der Ukraine. Moderatorin Annemarie POLHEIM betonte, dass viele russischsprachige Menschen in Deutschland bei der Aufnahme und Unterstützung von Geflüchteten aus der Ukraine engagiert seien,



v.l.n.r.: Sabine Fischer, Tatiana Shchyttsova, Robin Wagener, Kirill Martynov

auch wenn es keine offiziellen Statistiken gebe. Wanja KILBER informierte über die Aktivitäten von Quarterra e.V., dessen Vorstand sich im vorigen Jahr explizit an LGBT-Gruppen aus der Ukraine gewandt hatte.

Alina JAŠINA-SCHÄFER fügte hinzu, dass der Grund für ein Bestehen oder Nicht-Bestehen von Solidarität in den transnationalen Verbindungen zwischen den Ländern, in denen noch Russisch gesprochen wird, zu finden sei. Weil familiäre und freundschaftliche Beziehungen in die Ukraine bestanden, habe der Krieg unmittelbar auf das persönliche Leben Einfluss genommen. Darüber hinaus habe der Krieg oftmals das Aushandeln von eigenen Identitäten befördert, da er zu Rissen in der Selbstwahrnehmung von Russischsprachigen geführt habe. Oftmals sei die russische Sprache dann zum Vehikel geworden, um Geflüchteten aus der Ukraine zu helfen. Allerdings gebe es auch Fälle, in denen die Ablehnung des russischen Angriffskriegs nicht zwingend mit Solidarität gegenüber ukrainischen Geflüchteten einhergeht.

Alexander MEIENBERGER kontextualisierte diese Ausführungen mit seiner eigenen Forschung zur Funktionsweise der russischen Stiftung Russki Mir. Diese habe als Hauptaufgabe, die russischsprachigen Communities zu bewahren und an den russischen Staat und dessen Narrative zu binden.

4) GEFÄHRDETE WISSENSCHAFTLER*INNEN

Um die Situation gefährdeter Wissenschaftler*innen ging es in einem weiteren Panel. Die Soziologinnen Anastasiya Leukhina (Kyjiw/ZOiS) und Oksana Dutchak (Kyjiw, Goethe-Universität Frankfurt am Main) beleuchteten im ersten Teil die Situation von Wissenschaftler*innen, die aus der Ukraine nach Deutschland geflohen sind. Da Männer im Alter bis zu 60 Jahren die Ukraine nicht verlassen dürfen, sind es überwiegend Frauen, die versuchen, an deutschen Wissenschaftseinrichtungen Fuß zu fassen. Viele von ihnen sind nun erzwungenermaßen alleinerziehend, was ihre Arbeitssituation enorm erschwert. Dabei fühlen sie sich in Deutschland schnell mit der Erwartung konfrontiert, zur Arbeitsnormalität zurückzukehren. Neben der Wissenschaft und der Kinderbetreuung werden viele Wissenschaftler*innen in Deutschland auch zu Aktivistinnen. Dies birgt Herausforderungen für die Ansprüche an die eigene wissenschaftliche Arbeit, zum Beispiel dann, wenn publizierte Daten von der russischen Propaganda ausgenutzt werden können. Auch die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit ändert sich unter den Bedingungen des Krieges. Während viele ukrainische Wissenschaftler*innen sich nur noch dann öffentlich mit Kolleg*innen aus Belarus und Russland austauschen, wenn bereits Kontakte bestanden und die politische Haltung bekannt ist, werden neue Netzwerke wie der

„dialogue of peripheries“ mit Wissenschaftler*innen aus Südamerika, Ostasien oder anderen Weltregionen zunehmend attraktiv. Schon jetzt ist absehbar, dass viele Wissenschaftler*innen, deren Kinder sich gut in das deutsche Bildungssystem integrieren, in Deutschland bleiben werden. Das dadurch entstehende „gender gap“ wird sich auch auf die weitere Entwicklung der Wissenschaften in der Ukraine auswirken.

In zweiten Teil des Panels stellte Alexander KALGIN (Moskau/Constructor University Bremen) die Ergebnisse einer Umfrage unter russischen Wissenschaftler*innen im Exil vor, von denen die meisten individuell aus Russland ausgereist sind. Während die Arbeitssuche in Russland vor allem über Netzwerke funktioniert, dominiert in westlichen Staaten die Logik des Arbeitsmarktes. Kalgin plädierte deshalb dafür, bei der Integration exilierter Wissenschaftler*innen in ausländische akademische Strukturen nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Forschergruppen kollektiv aufzunehmen. Vor dem Hintergrund des Kriegs irritierte allerdings, dass die Gründe für die Ausreise aus Russland bei seinen Überlegungen für eine Integration in den ausländischen Arbeitsmarkt keine Rolle spielten. Tatiana SHCHYTTSOVA (Minsk/Europäische Humanistische Universität Vilnius) beschrieb die Situation und Funktion belarusischer Wissenschaftler*innen im Exil als die einer sehr verletzlichen Gruppe, die gleichzeitig einen wichtigen Faktor für die Transformation des Landes darstellt. Die meisten Wissenschaftler*innen hätten Belarus nicht präventiv, sondern aufgrund einer unmittelbaren Bedrohung verlassen. Viele von ihnen engagierten sich nun auch im öffentlichen Leben der Diaspora. Dabei erhielten die belarusischen Wissenschaftler*innen im Exil neue Möglichkeiten der Wissensproduktion, die auch zum sozialen Wandel in Belarus beitragen könnte.

Im sogenannten „Forum Flucht und Exil“ verbreitete sich anschließend Messe-Feeling. Dort stellte sich eine breite Palette von Organisationen und Initiativen vor, die zum Thema arbeiten. Das gastgebende Dokumentationszentrum führte Interessierte durch die ständige Ausstellung sowie die hervorragend ausgestattete Präsenzbibliothek des Hauses, die auch Externen offensteht.

Auch Workshops wurden angeboten: „Science at Risk“ vom Akademischen Netzwerk Osteuropa e. V. stellte seine Unterstützungsangebote für gefährdete Wissen-

schaftler*innen vor. Sergey MEDVEDEV von Dekabristen e.V. moderierte ein Gespräch mit Vertreter*innen belarusischer und russischer Exilmedien in Deutschland.

Das Abschlusspanel führte die Teilnehmer*innen der Konferenz wieder zusammen und griff Themen auf, die auf der Tagung bereits angeklungen waren. Im Zentrum der Diskussion stand die Frage nach Handlungsspielräumen im Exil. Tatiana Schyttsowa, unter anderem Beraterin von Sviatlana Tsikhanouskaya in Bildungs- und Wissenschaftsfragen, merkte an, dass Belarus*innen derzeit politisch und öffentlich vergessen seien, während sie sich gleichzeitig auf den Moment der politischen Transition vorbereiteten. Oppositionspolitische und zivilgesellschaftliche Akteure könne man dabei nicht voneinander trennen.

Das Panel nahm auch europäische Institutionen stark in die Pflicht: Kirill MARTYNOV, Chefredakteur des russischen Exilmediums Novaya Gazeta Europe, unterstrich: „Wenn es für Russland eine Zukunft gibt, dann in Europa.“ So betonte auch MdB Robin WAGENER, Koordinator der Bundesregierung für die zwischenstaatliche Zusammenarbeit mit dem Südlichen Kaukasus, der Republik Moldau sowie Zentralasien: Wenn die Verteidigung der Ukraine auch erste Priorität sei, so sei es gleichzeitig wichtig, „Perspektiven zu schaffen für die belarusischen und russischen Exilgesellschaften“.

Auf die Frage, wie hilfreich und sinnvoll es sei, russische und belarusische Vertreter*innen auf gemeinsame Podien einzuladen, äußerte Shchyttsova die Befürchtung, dass dabei ein Signal der „slawischen Bruderschaft“ ausgesendet werde, während die Situation in beiden Ländern sehr unterschiedlich sei. Darauf kam Widerspruch aus dem Publikum. So verwies Timm BEICHELT darauf, dass die wissenschaftliche Community ohnehin eine kleine sei, es gelte auch, Zusammenhänge herzustellen: „Die Möglichkeit, die Dinge im Zusammenhang zu sehen, muss aufgewogen werden gegen Betroffenheit.“

Die Eröffungsveranstaltung der Jahrestagung wurde live gestreamt. Die Aufzeichnung können Sie über diesen Link abrufen: <https://www.youtube.com/watch?v=vZQmg9nfA9s>



Energiewende, Nachhaltigkeit und inklusive Entwicklung in Zentralasien

Bericht: Sebastian Schiek (SPCE Hub)

Zentralasien und Europa verbindet eine Geschichte des jahrzehntelangen Ölhandels, der bis zu 70 Prozent des interregionalen Handelsvolumens generiert. Die europäische und globale Energiewende wird nicht nur diese Handelsbeziehungen verändern, sondern hat auch weitreichende Auswirkungen auf die lokalen Ökonomien. Kasachstan und Turkmenistan sind sogenannte Rentierstaaten, deren Volkswirtschaften primär auf dem Export von Ressourcen basieren. Für diese zwei Staaten stellt sich ganz besonders die Frage, wie der Übergang in eine post-fossile Wirtschaft gelingen kann und womit die Staaten dann Wohlstand generieren. Für alle Staaten Zentralasiens stellt sich die Frage, ob und wie die lokale Energiewende als Chance genutzt werden kann, wirtschaftliche und menschliche Entwicklung und Umweltschutz zu fördern. So basiert die Wärmeerzeugung derzeit in allen Ländern auf Kohleverfeuerung mit erheblichen negativen Auswirkungen auf Gesundheit und die lokale Umwelt. Diese Fragen

Konferenz
20. Juni 2023, Global Village Berlin

In Kooperation mit dem SPCE HuB, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), und der Intersectoral School of Governance Baden Württemberg (ISoGBW)

wurden auf einer Konferenz am 20.6. im Berlin Global Village diskutiert. Die Veranstaltung wurde initiiert und durchgeführt von dem vor zwei Jahren gegründeten Research Facilitator SPCE Hub, der Universitäten und Praktiker*innen eine Plattform für die Umsetzung experimenteller, transferorientierter Forschungsprojekte im Bereich Energiewende und Nachhaltigkeit anbietet. Partner der durch den DAAD kofinanzierten Veranstaltung waren die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO), das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) sowie die Intersectoral School of Governance BW (ISoG BW).

Energiewende und Entwicklung finden nicht in einem politischen Vakuum statt sondern sind eng mit innen- und außenpolitischen Dynamiken verwoben. Eine Einführung in diese Dynamiken gab zu Beginn der Veranstaltung Aijan SHARSHENOVA vom kirgisischen Think Tank Crossroads Central Asia im Gespräch mit Beate ESCHMENT (ZOiS). Zentralasien

erlebt zur Zeit Umbrüche auf verschiedenen Ebenen. Innenpolitisch ist die derzeitige Phase durch die Veränderungen an der Spitze der Staaten gekennzeichnet – mit neuen Präsidenten in Usbekistan (2016), Kasachstan (2019), Kirgistan (2020) und Turkmenistan (2022). Mit den Personalwechseln an der Spitze gingen unterschiedlich starke Politikwechsel einher. Während Usbekistans Präsident Mirziyoyev mit seiner wirtschaftlichen Öffnung und Modernisierung und Kasachstans Präsident Tokayev mit neuen Akzenten im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik international Erwartungen geweckt haben, gibt es in der Region auch Tendenzen des Populismus und der Retraditionalisierung, wie z.B. unter Kirgistans Präsidenten Japarov. Repression und politischer Protest bleiben in der Region akut.

Die russische Invasion in der Ukraine stellt Zentralasien vor große Herausforderungen, aber auch Chancen. Zentralasien steht immer häufiger im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit. Russland hat seine Zusammenarbeit mit der Region verstärkt, um die durch die westlichen Sanktionen verursachten Verluste zu kompensieren. Auch europäische und nordamerikanische Staaten haben ihr Augenmerk auf die Region gerichtet. Kürzlich empfing China alle fünf zentralasiatischen Präsidenten in Xian, wo neue Möglichkeiten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit diskutiert wurden. Es gibt Anzeichen für eine verstärkte Zusammenarbeit von Ländern wie Indien, Pakistan, dem Iran und der Türkei mit der Region. Zentralasien hat nun eine größere Auswahl an externen Partnerschaften, wovon die Region längerfristig profitieren dürfte.

Auch europäische und nordamerikanische Länder haben ihr Augenmerk auf die Region gerichtet. Christina WEGELEIN, Leiterin des Referats „Geopolitik des Klimawandels, Klima und Sicherheit, Wasserdiplo-matie“



v.l.n.r.: Sebastian Schiek, Henryk Alff, Ainura Sagyn, Nadira Rakhimova, Kubatbek Muktarbek uulu

des Auswärtigen Amtes berichtete im folgenden Podiumsgespräch mit Sebastian SCHIEK (SPCE HuB) über die deutsche und europäische Zusammenarbeit mit Zentralasien. Der Besuch von Außenministerin Annalena Baerbock 2022 sowie von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier 2023 in der Region unterstreichen die Bedeutung, die die deutsche Außenpolitik Zentralasien beimisst. Die deutsch-zentralasiatische Zusammenarbeit im Bereich Wasser reicht bereits viele Jahre zurück. Die Themen Klimaanpassung und Energiewende spielen zunehmend eine Rolle, u.a. in Programmen wie ‚Green Central Asia‘ des Auswärtigen Amtes, den Programmen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie der Energiepartnerschaft mit Kasachstan des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klima (BMWK). Auch das Bundesministerium für Umwelt und Reaktorsicherheit (BMU) arbeitet mit Partnern in Zentralasien zusammen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert die Forschungskooperation zu ‚grünen‘ Themen.

Mit der Energiewende in Zentralasien beschäftigte sich die darauf folgende, von Beril OCAKLI (ZOiS) moderierte Podiumsdiskussion. Warum sollte sich Zentralasien überhaupt mit der Energiewende beschäftigen? Bah-tiyor ESHCHANOV, Energieökonom aus Taschkent, betonte dass sich Usbekistan, Kasachstan und Kirgistan dem Pariser Klimaabkommen angeschlossen und sich

zur Reduktion von Treibhausgasen verpflichtet haben. Kasachstan und Usbekistan investieren in diesem Sinne bereits beträchtliche Summen in Solar- und Windparks. Eshchanov betonte aber, dass die eigentliche Motivation der Länder für die Energiewende sich vor allem aus innenpolitischen Erwägungen speisen sollte: Trotz der vorhandenen fossilen Bodenschätze leiden die Staaten in unterschiedlichem Ausmaß und abhängig von Geographie und Saison bereist heute unter einem Strommangel, der sich in der Zukunft noch verschärfen dürfte. Ein weiteres Problem sieht er darin, dass sich jedes Land für die Energieproduktion auf einen dominanten Energieträger verlässt, wie z.B. Öl in Kasachstan, Gas in Usbekistan und Wasser in Kirgistan. Das birgt Risiken in sich, wobei die Zeithorizonte unterschiedlich sind. Während Kasachstans Ölvorkommen noch lange nicht ausgeschöpft sind, droht Usbekistan schon ein Versiegen seiner Gasquellen innerhalb zweier Dekaden. Vor allem sollte sich Zentralasien aber schon jetzt überlegen, wie es sich in zukünftige net-0 Wertschöpfungsketten integrieren kann. Den letzten Punkt bestätigte auch Yana ZABANOVA vom Research Institute for Sustainability in Potsdam (RIFS). Russlands Krieg gegen die Ukraine beschleunigt nach ihrer Ansicht die europäische und globale Energiewende. Seinen Platz in einer dekarbonisierten Weltwirtschaft zu finden, wird für Zentralasien zur existenziellen Herausforderung. Die Kosten für die Transition dürften dabei hoch sein, den Trend zu verschlafen und auf ‚stranded assets‘ sitzen zu bleiben, wäre aber deutlich teurer. Neben den Kosten gibt es weitere, beträchtliche Herausforderungen für die Energiewende, die laut Eshchanov vor allem in einem Mangel an Fachkräften, geringen Kapazitäten im Bereich Forschung und Verwaltung sowie einer nur geringen Aktivierung und Einbindung der Zivilgesellschaft liegen. Alex KOBZEV von der Deutsch-Kasachischen Universität (DKU) unterstrich dieses Argument. Studiengänge für erneuerbare Energien existieren zwar bereits, darunter auch an der DKU. Um den zukünftigen Bedarf an Fachkräften zu decken, sieht er ein hohes Potenzial in der regionalen Zusammenarbeit bei der Hochschulpolitik.

Welche Chancen ergeben sich also für die Zukunft? Zabanova verwies darauf, dass das große und bislang ungenutzte Potenzial im Bereich erneuerbare Energien die Region auch für die Produktion von grünem Wasserstoff prädestiniert. Die Regierungen haben Interesse an dem Thema; allerdings mangelt es an Infrastruktur und einer einheimischen Nachfrage nach Wasserstoff. Eine einseitige Konzentration auf den Wasserstoff-Export wäre oh-

nehin nachteilig, vielmehr sollten die Länder die Integration in klimaneutrale Wertschöpfungsketten anstreben, beispielsweise durch den Aufbau lokaler Kapazitäten für die Produktion von grünem Stahl, grünem Dünger, der Herstellung technischer Elemente von Solar- oder Windkraftanlagen oder anderer grüner Produkte, die vom Weltmarkt nachgefragt werden. Eshchanov stimmte dem zu und forderte vor allem eine breitere Debatte zum Thema klimaneutrale Wertschöpfung in den Ländern.

Ainur SOSPANNOVA, Vorstandsvorsitzende von Qazaq Green, dem führenden Verband für erneuerbare Energie in Kasachstan, betonte, dass die Länder international lernen, aber auch schon auf eigene Erfolge zurückblicken können und voneinander lernen sollten. Kasachstan ist hier mit der frühen Einführung des Emissionshandels sowie der Investition in Erneuerbare ein Vorreiter in Zentralasien. Regionaler genauso wie internationaler Kooperation kommt für eine erfolgreiche Energiewende ihrer Meinung nach eine Schlüsselrolle zu.

Eine erfolgreiche Energiewende und inklusive Entwicklung erfordert die Einbindung relevanter Stakeholder. Damit beschäftigte sich das zweite Panel mit Bezug auf Forschung sowie Umwelt- und Bildungsprojekte. Ainur SAGYN ist Gründerin des kirgisischen Sozialunternehmens Tazar. Gemeinsam mit Dorfbewohner*innen, die sie u.a. über die lokale Moschee erreichte, errichtete sie ein community center, in dem Plastikmüll gegen beliebte Produkte des täglichen Lebens eingetauscht werden können. Nadira RAKHIMOVA von der usbekischen NGO Tech4Impact berichtete über Projekte zur Förderung von jungen Frauen im MINT Sektor und weiblichem Unternehmertum. Sowohl Henryk ALFF (HnEE Eberswalde) als auch Kubatbek MUKTARBEK UULU (TU Bischkek) berichteten aus ihren Forschungsprojekten über die Chancen und Herausforderung der Einbindung von Praktikern*innen in die Forschung. Alff untersucht zusammen mit Landwirten in Tadschikistan den Wandel von Landwirtschaft und die Nutzung landwirtschaftlichen Abfalls für die Energiegewinnung. Muktarbek uulu berichtete von einem laufenden Reallabor-Projekt in Bischkek, das über die SPCE Hub-Plattform in Kooperation mit der Friedrich Ebert Stiftung in Bischkek und der Hochschule Karlsruhe implementiert wird. Im Austausch mit Expert*innen der Stadtverwaltung und einer Fahrrad-NGO werden geeignete und zugleich günstigere Optionen für die Erweiterung des bestehenden Radwegenetzes in Bischkek getestet.

Impressum

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V.
Schaperstr. 30
10719 Berlin

Geschäftsführung:
Dr. Gabriele Freitag

T 049 (0) 30 214 784 12
F 049 (0) 30 214 784 14
E info@dgo-online.org
W dgo-online.org

Redaktion und Satz: Dr. Sebastian Lambertz
Satz: Marta Warmińska
Redaktionsschluss: 1.9.2023

Fotos auf den Seiten: 39 – ©Martin Finkeldey; 2–3, 29–30, 32, 45, 65–68 – ©Katarzyna Mazur; 54 – ©Mira Przybilla; 1 – ©Ronan Thiel; 23, 41, 71 – ©Dorothea Tuch.

Die DGO erhält eine institutionelle Förderung vom Auswärtigen Amt.

